

Gudrun Hentges

Rassismus, Sprache und
„deutsche Leitkultur“

Otfried Nassauer

Eine europäische Flagge

Edgar Göll/Konstantin Vössing

USA 2000: And the winner
is ... Al W. Gorebu\$h

Mathias Jobelius

Mit ver.di auf der Suche nach Identität

Ausgabe 6 | 00

Heft 116

9,50 DM

November |

Dezember 2000

VERPASSTE CHANCEN



von Thomas Westphal

Die Meldung war kurz: „Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland nimmt heute am Trauergottesdienst für die Opfer des Unglücks von Kaprun im Salzburger Dom teil.“ Trotz aller diplomatischer Konfliktlagen mit dem Nachbarland Österreich, trotz der hohen innenpolitischen Wellen um die Einwanderungsfrage, die Rentenfrage und um den angeschlagenen eigenen Verkehrsminister findet der Bundeskanzler die Zeit, höchstselbst an einer Trauerfeier im Salzburger Dom teilzunehmen. Völlig normal sei dieser Vorgang meinen die Berichtersteller. Die Frage nach der tieferen Bedeutung dieser politischen Prioritätensetzung wird öffentlich nicht gestellt.

Mittlerweile gehört es offenbar zum Wertekanon immer breiterer Kreise der europäischen Gesellschaften, ein stärkeres Bewußtsein der Gesellschaft für eine sich immer weiter ausdehnende Anzahl von Opfern zu entwickeln. Opfer zu sein, hat mittlerweile eine eigenständige soziale und kulturelle Identität in den modernen europäischen Industriegesellschaften erlangt. Das war nicht immer so. Schon früher erlitten Menschen Leid und Unglück, in den ersten Jahrzehnten des blutigen 20. Jahrhunderts sogar weit umfangreicher als heute. Diese Menschen betrachteten sich jedoch nicht automatisch als Opfer. Nicht etwa deshalb, weil sie nicht litten, sondern weil solche Erfahrungen einem zu jener Zeit noch keine Identität verliehen. Dagegen erhält in der heutigen Gesellschaft, in der viele Menschen nicht recht wissen, wo sie hingehören, die Erfahrung des Leidens einen neuen Sinn, gar eine gesellschaftliche Identitätsposition.

Der britische Soziologe Frank Furedi hat bereits vor Jahren die moralische Grundlage einer „Opfergesellschaft“, in der der persönliche Gram politisiert wird, beschrieben: „Der moralische Anspruch eines Opfers basiert nicht auf dem, was es getan hat, sondern darauf, was ihm angetan worden ist. Eine solche Moral spiegelt eine Gesellschaft wider, in

der aktives menschliches Handeln oft mit Mißtrauen betrachtet wird und das Leiden eine der wenigen Erfahrungen ist, bei welcher jeder sich wohlfühlt. Zunehmend wird Leiden mit Authentizität gleichgesetzt und anstelle von bewußtem Handeln als Erfahrung wahrer Bedeutung betrachtet. Das Leiden wird dargestellt, als habe es einen tieferen Zweck, der einen zu Belohnung oder Entschädigung berechtigt.“

Die Moral der „Opfergesellschaft“ basiert auf der fundamentalen Grundauffassung, dass der Mensch sehr wenig Einfluss auf sein Schicksal hat. Folglich wird die menschliche Erfahrung durch das bestimmt, was einem widerfährt, nicht aber durch eigenes Handeln. In den letzten zehn Jahren wurden Großunfälle, Attentate und das Ableben prominenter Persönlichkeiten öffentlich zur Anrufung und zur Verstärkung der Opfermentalität in breiten Schichten der Bevölkerung zelebriert.

Kurzum: Die Teilnahme des deutschen Bundeskanzler an einer Trauerfeier im Salzburger Dom wird nur deshalb als völlig normal betrachtet, weil die Ritualisierung des Leidens längst zum wichtigsten Diskurs- und Experimentierfeld der gesellschaftlichen Hegemoniegewinnung geworden ist.

Frank Furedi zeichnet das Feuerwerk der moralischen Bühnenstücke, in denen persönliche Tragödien für die „Opfer- und Leidensnation Großbritannien“ aufgeführt wurden, eindrucksvoll nach. Vom Ausbruch der Panik im überfüllten Fußballstadion von Sheffield, die 100 Tote forderte, über den Tod des Labour-Chefs John Smith im Jahre 1994 und dem Amokläufer von Dunblane, der im März 1996 16 Schulkinder und eine Lehrerin erschoss. Mit jedem Ereignis wuchs der Schwall öffentlicher zur Schau Stellung von Leid und Trauer.

Die Ritualisierung dieser persönlichen Emotionen als gesellschaftliches Ereignis, als humanen Akt in dem eine Nation zu sich selber findet, feierte seinen zweifelhaften Höhepunkt

bei der Beerdigung der „Prinzessin der Herzen“ - Lady Diana. Tony Blair äußerte an diesem Tag, dass er nicht nur um die Prinzessin trauere, sondern stolz sei ein Brite zu sein, denn die Briten hätten im nationalen Trauern wieder zu sich selbst, zur nationalen Einheit gefunden.

Der Diskurs „Einheit durch Leiden“ ist kein britisches Phänomen. Denken wir nur an die Bilder zur Überschwemmung im Oderbruch, an die Unfälle von Eschede und Brühl, an den Untergang der russischen Kursk oder eben an Kaprun. Wenn auch weniger schrill als in Großbritannien, so ist doch auch in unserem Land die persönliche Tragödie zum wichtigen Schmierstoff des gesellschaftlichen Zusammenhaltes geworden.

Kurzum: Im Zeitalter der Hochtechnologie und der Gesellschaftsmo- dernisierung durch politische Technokraten, sind persönliche Emotionen und Gefühle zum edelsten Rohstoff im Kampf um die gesellschaftliche Hegemonie geworden. Die Folge: „Die Herrschaft des Gefühls über die Vernunft ist Symptom einer Gesellschaft, die sich, nachdem sie ihr Selbstvertrauen verloren hat, nicht nur von ihren Leistungen abwendet, sondern auch versucht sich von ihren Tragödien zu nähern“ (Frank Furedi).

Seit langem verdichtet sich bei mir der Eindruck, die (Staats)Bewegung zum „Aufstand der Anständigen“ hat wenig mit einer entschlossenen Politik gegen rassistische Gewalt und Diskriminierung zu tun. Es ist wohl eher ein erneutes Volksfest der Opfer- und Leidenskultur. Aus der anfänglichen aufrichtigen Sorge um das Leben von Juden und Ausländern in Deutschland ist längst der Diskurs des Eigenlobes über die Solidarität der mitfühlenden Deutschen geworden.

Kurzum: Was den Briten die Blumen am Grabe Diana's, ist den Deutschen die Kerze und die Lichterkette nach Anschlägen auf Ausländer.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin) (+)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Uta Biermann
 Stefanie Gerszewski
 Barbara König
 Dirk Meyer
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Claudia Walther
 Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär

Reinhold Rünker, Logo-Office Leichlingen

Neue Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
 Postfach 12033, 44 293 Dortmund
 Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
 02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 E-mail: verlag@spw.de
 redaktion@spw.de
 Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Joachim Schuster
 Alfred Voges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.

Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für Schülerinnen, Studentinnen,
 Erwerbslose DM 55,-,
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2000.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Internet: www.spw.de

Gestaltet durch Koeln-Online
 und Markus Lauber

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nölte-Druck, Iserlohn
 1-2. Tausend, Dezember 2000

INHALT

Kurzum 2

MAGAZIN**Gudrun Hentges**

Rassismus, Sprache und „deutsche Leitkultur“ 4

Dietmar Quandt

Konflikt NPD und freie Kameradschaft 7

Jörg Meier

Hochschulreform, Selbstverwaltung und Mitbestimmung 8

Kora Kristof/Stephan Ramesohl

5 Jahre Klimaschutzklärung 10

Oliver Kaczmarek

Sozialstaat á la carte? 13

Matthias Jobelius

Mit Ver.di auf der Suche nach Identität 14

Horst Dietzel/Gerry Woops

Nach Cottbus – Problemlagen und Zukunftsaussichten der PDS 17

Christian Schmitz

Die rheinland-pfälzische SPD in der Sackgasse 20

Martin Krems

SPD in Sachsen-Anhalt 22

PLATZ DER REPUBLIK 1**Birgit Pfeiffer**

Der Anstand der Aufständischen 24

ZEHN JAHRE VERPASSTE CHANCEN**Dirk Meyer /Joachim Schuster**

Einleitung zum Heftschwerpunkt 25

Rolf Mützenich

10 Jahre nach Ende der Bi-Polarität 27

Dieter S. Lutz

Der Friede als Ernstfall 29

Otfried Nassauer

Eine europäische Flagge 32

Hartmut Kühle

Rüstungsindustrie und Friedensdividende 37

INTERNATIONALE POLITIK**Edgar Göll/Konstantin Vössing**

USA 2000: And the winner is...Al W. Gorebu\$h 41

Wolfgang Behrendt

Der Europarat und Belarus – Dialog mit Dissonanzen 46

Boris Orlov

Die Quadratur des Kreises durch Putin 49

Adam Keller

Der angekündigte Krieg 51

THEORIE & STRATEGIE**Willi Brüggem, Horst Dietzel, Dietmar Lingemann,****Frieder Otto Wolf, Gerry Woop**

Die neue Ökonomie politisch gestalten 53

Jens Evers, Andreas Fisahn u. a.

Thesen zur Perspektive der sozialistischen Linken 56

Rassismus, Sprache und „deutsche Leitkultur“

Gudrun Hentges

PolitikerInnen fungieren als Stichwortgeber für einen rassistischen Mediendiskurs.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Friedrich Merz, erhob vor wenigen Wochen die Forderung, die in Deutschland lebenden Ausländer müssten sich einer deutschen Leitkultur annehmen – eine Aussage, die eine Welle der Empörung auslöste, aber auch zahlreiche Solidarisierungsbekundungen nach sich zog: Der Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission, Alois Glück, forderte, das Prinzip der Leitkultur für die Gestaltung der Zuwanderung anzuwenden; der Begriff der Leitkultur solle eine Alternative zum Bild einer multikulturellen Gesellschaft darstellen (vgl. Frankfurter Rundschau v. 27.10.2000). Der neue Generalsekretär der CDU/CSU verteidigte Merz und erklärte, „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, und der brandenburgische CDU-Vorsitzende Jörg Schönbohm meinte, er halte „sehr viel“ vom Begriff der „deutschen Leitkultur“. (vgl. web.de, ticker 16:12, v. 23.10.2000) Dies wundert nicht, denn bereits am 2. Juni 1998 sagte Schönbohm gegenüber der B.Z.: „Es gibt heute schon Quartiere, die so sind, dass man sagen kann: Dort befindet man sich nicht in Deutschland.“ Im Zuge der CDU/CSU-Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit schwang sich Schönbohm zum Verteidiger der deutschen „Leit-

kultur“ auf und sagte „Parallelkulturen“ den Kampf an.

Die Forderung nach einer Leitkultur sorgt vermutlich wegen ihrer Ambiguität für Furore und steht in Zusammenhang mit zahlreichen Äußerungen von Politikern der letzten Jahre:

- „Heimat kann man auch verlieren durch Masseneinwanderung. (...) Was in Deutschland geschieht, ist Masseneinwanderung“ – so äußerte sich Ex-Innenminister Heinrich Lummer gegenüber der taz (v. 6.11.1998).

- „Die Belastungsgrenze der Republik ist durch Zuwanderer überschritten.“ – konstatierte der damals erst wenige Wochen amtierende Bundesinnenminister Schily im November 1998.

- Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Roland Gewalt, hetzte: „Zum wiederholten Male haben sich hier bei einer Festnahme eines Straftäters türkischer Herkunft Landsleute zusammengerottet, um diesen zu befreien. Zur Abschreckung anderer muss daher die Ausländerbehörde (...) von den neuen gesetzlichen Maßnahmen Gebrauch machen und die Ausweisung verfügen.“ (vgl. taz Berlin v. 26.8.2000)

- „Berlins Entwicklung zur Weltmetropole hat auch ihre Kehrseite“, schwadronierte Berlins Polizeipräsident Saberschinsky in der B.Z., „die Stadt als Bindeglied zwischen West- und Osteuropa zieht das lichtscheue Gesindel an wie das Licht die Motten.“ (vgl. taz Berlin v. 26.8.2000).

Beklagt wurde in den letzten Jahren, dass „die Deutschen“ in einer durch Einwanderung geprägten Gesellschaft kein Heimatgefühl mehr entwickeln könnten, dass eine Belastungsgrenze überschritten sei und die sog. Ausländerkriminalität eins der zentralen Probleme darstelle. Besonders infam ist der Vergleich zwischen den Zuwanderern, die von der Hauptstadt angezogen würden wie die Motten vom Licht.

PolitikerInnen fungieren als Stichwortgeber für einen rassistischen Mediendiskurs. So wurde beispielsweise die Behauptung Schilys, die Belastungsgrenze sei überschritten, vom Spiegel (v. 23.11.1998) aufgegriffen. „Zu viele Ausländer? Sprengsatz für Rot-Grün“ titelte der Spiegel im November 1998 und illustrierte Schilys Kernthese vom vollen Boot. Die rhetorisch gestellte Frage „Zu viele Ausländer?“ wurde im Spiegel-Bericht bejaht: In Deutschland lebten

zu viele und leider die falschen Ausländer.

Medial vermittelte Diskurse mit rassistischen Anklängen verbreiten Bedrohungsszenarien und hinterlassen bei ihren Leserinnen und Lesern den Eindruck, es sei erforderlich, sich gegen die vermeintlich kriminellen, islamisch-fundamentalistischen, nicht-integrationsbereiten „Ausländer“ zur Wehr zu setzen, um selbst überleben bzw. den derzeitigen Lebensstandard halten zu können oder um die eigene „Identität“ – was immer das auch sein mag – nicht zu gefährden.

Gewalttätige Anschläge gegen Flüchtlinge, Menschen schwarzer Hautfarbe oder jüdischen Glaubens, Schändungen jüdischer Friedhöfe und Synagogen stehen in Zusammenhang mit einem medial vermittelten Bedrohungsszenario. Die Aggression und Gewalt richtet sich gegen jene Personengruppen, die in den Medien und der Öffentlichkeit als gefährlich, bedrohlich oder „unnützlich“ dargestellt werden.

Der Abgesang auf die multikulturelle Gesellschaft geht einher mit einer Kritik an der angeblichen Integrationsunwilligkeit und Kriminalität der Zugewanderten. Neue Dynamik gewann diese rassistische Argumentationsfigur vor allem in Zusammenhang mit der Debatte über die doppelte Staatsangehörigkeit, über die Anwerbung von IT-Spezialist(inn)en und über die mögliche Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes.

Aussagen wie die Schönbohms „Deutschland ist kein Einwanderungsland und sollte es auch nicht werden“ (2.6.1998) sind mittlerweile gesellschaftlich marginal geworden. Die demografische Entwicklung der bundesdeutschen Bevölkerung, die nach Angaben einer UNO-Studie jährlich eine Zuwanderung von 340.000 Personen erforderlich macht, sowie der Mangel an Expert(inn)en im Bereich der Informationstechnologien haben dazu geführt, dass sich ein gewisses Maß an Realitätssinn – auch bei national-konservativen Politiker(inn)en – durchgesetzt hat.

Das politische Koordinatensystem hat sich verschoben. Die Einwanderungsgesellschaft wird nicht mehr als solche in Frage gestellt, sondern die Eingewanderten selbst werden nach utilitaristischen Kriterien beurteilt. Prominentester Verfechter ist derzeit der bayrische Innenminister Günther Beckstein, der die Forderung erhob, man solle in Zukunft zwischen den Ausländern unterscheiden, die uns

nützen und jenen, die uns nur ausnützen.

Die Forderung nach einer deutschen Leitkultur richtet sich nicht nur an die bereits Zugewanderten, sondern ist zugleich ein Signal an potenzielle Zuwanderer. Sie sollen sich, so die darin enthaltene message, der deutschen Leitkultur unterordnen oder erst gar nicht einwandern. Die Kriterien der Nützlichkeit und die der deutschen Leitkultur sind durchaus miteinander zu vereinbaren.

Bassam Tibi und die Leitkultur-Debatte

Im Einklang mit Merz erhebt der Göttinger Professor für Politikwissenschaft, Bassam Tibi, der in seinem Buch „Europa ohne Identität?“ den Begriff der Leitkultur geprägt hat, die Forderung „Deutschland braucht eine Leitkultur. Gegenprogramm zu multikultureller Wertebeliebigkeit“ (Focus 44/2000, S. 72). Leitkultur definiert Tibi als einen „Wertekonsens westlicher Prägung als Gegenprogramm zu multikultureller Wertebeliebigkeit“. Als „Kern der Leitkultur“ erachtet er „die verbindlichen Werte unseres Grundgesetzes, wie etwa Menschenrechte oder Glaubensfreiheit“. „Wir brauchen ein Primat der Vernunft vor religiöser Offenbarung, individuelle Menschenrechte (also nicht Gruppenrechte), säkulare, auf Trennung von Religion und Politik basierende Demokratie.“ Eine Multikultur berge die Gefahr in sich, dass sich einzelne Kulturen separierten und nach ihren eigenen Werten lebten, so dass alles Verbindende verloren gehe. Der Scharia, dem islamischen Gottesgesetz, dürfe im Namen der Multikultur kein Platz eingeräumt werden.

Der von Tibi vertretene Standpunkt wirft die Frage auf, gegen welches Konzept von Multikultur er sich eigentlich abgrenzt. Welche Befürworter/innen einer multikulturellen Gesellschaft haben die Geltung der Werte des Grundgesetzes, die Menschenrechte oder etwa die Glaubensfreiheit jemals angezweifelt? Tibis „Gegenprogramm“ richtet sich explizit gegen die „Islamisten“, die – so seine Aussage –, „den organisierten Islam in Deutschland fest im Griff haben und gegen Integration sind“. Die „westliche Leitkultur“ scheint ihm ein probates Mittel, um jene Kräfte zu bekämpfen, und um an die Stelle des „deutschen Islam“ einen „europäischen Islam“ zu setzen.

Tibi beschränkt sich jedoch nicht nur auf eine Auseinandersetzung mit



den sog. Islamisten, sondern er will Politikberatung leisten bei der „Bewältigung des Zustroms von Zuwanderern aus nicht-westlichen Zivilisationen nach Europa“. Unter dem Motto „Einwanderung statt Zuwanderung. Zu viele Ausländer missbrauchen das Asylrecht“ vertrat er im Focus (38/2000, S. 102) den Standpunkt, aufgrund des Fehlens eines Einwanderungsgesetzes finde in Deutschland eine „wildwüchsige Zuwanderung“ statt, „bei der die Zahl der Sozialhilfeempfänger“ ansteige. Für integrierte Ausländer sei diese Entwicklung ein „Ärgernis, weil der Anstieg der Sozialhilfeempfänger unter den Zuwanderern die Fremdenfeindlichkeit“ der Deutschen intensiviere. Die integrierten Ausländer wollen, so Tibi, „nicht mit diesen in einen Topf geworfen werden.“ Er empfiehlt den Politikern, die unkontrollierte Zuwanderung in kontrollierte Einwanderung umzuwandeln. Entscheidender Hebel sei hierbei die Anpassung des Asylrechts an „europäische Standards“, „um einen Missbrauch des Asylrechts“ zu unterbinden.

In den vergangenen Jahren wiesen JuristInnen, SozialwissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen wiederholt darauf hin, dass es verfehlt ist, von einem „Missbrauch des Asylrechts“ zu reden, denn grundsätzlich ist jede Person, die die formalen Voraussetzungen erfüllt, dazu berechtigt, einen Asylantrag einzureichen. Der von Tibi angeführte vermeintliche Beleg für den Missbrauch des Asylrechts – die Tatsache, dass nur 4 Prozent aller Asylbewerber/innen anerkannt würden – ist gleich

in mehrfacher Hinsicht problematisch: *Erstens* unterschlägt Tibi den Anteil jener Flüchtlinge, die nach der Genfer Konvention ein Bleiberecht erhalten, da sie aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten kommen, *zweitens* geht er davon aus, dass abgelehnte Asylbewerber/innen definitiv keiner politischen Verfolgung ausgesetzt seien. Jüngste Recherchen von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen ergaben, dass in die Türkei abgeschobene abgelehnte Asylbewerber/innen in mehreren Fällen gefoltert und misshandelt wurden. Nach Schätzung der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung liegt die „Schutzquote“ der Asylbewerberinnen bei über 40 %.

Tibis Forderung nach Anpassung des Asylrechts an „europäische Standards“ verkennt vollkommen, dass die massive Einschränkung des Rechts auf Asyl (u.a. durch die Regelung der sog. sicheren Drittstaaten) im Jahre 1993 bereits unter dem Vorzeichen der europäischen Vereinheitlichung betrieben wurde und dass die derzeit geltenden Vereinbarungen (Schengener Abkommen, Amsterdamer Vertrag) Ergebnis der sog. „europäischen Standards“ sind. Seine Argumentation legt nahe, dass er – in Einklang mit Merz und Schily – das derzeit noch verfassungsmäßig verankerte Asylrecht massiv einschränken und möglicherweise in eine „institutionelle Garantie“ umwandeln möchte.

Deutsche Leitkultur und die Parteien

Welche Alternativen werden derzeit diskutiert? Die deutsche Leitkultur wird von Friedrich Merz und

Der Abgesang auf die multikulturelle Gesellschaft geht einher mit einer Kritik an der angeblichen Integrationsunwilligkeit und Kriminalität der Zugewanderten

Angela Merkel als Alternative zur angeblich gescheiterten multikulturellen Gesellschaft präsentiert. Der Vorschlag von Baden-Württembergs CDU-Fraktionschef Günther Oettinger, „deutsche Leitkultur“ durch „Kultur des Abendlandes in Deutschland“ zu ersetzen, fand seinen Niederschlag in dem entsprechenden Positionspapier. Die „Werteordnung unserer christlich-abendländischen Kultur, die von der Tradition der europäischen Aufklärung geprägt wurde“ müsse von den Zuwanderern akzeptiert werden, so das CDU-Positionspapier zur Zuwanderung. Ungeachtet der heftigen Kritik hält die CDU in ihrem Positionspapier am Begriff der Leitkultur fest.

„Mut zur multikulturellen Gesellschaft“ – lautete das Motto des Parteitags der Grünen in Münster im Mai 1989; und ein Jahrzehnt lang galt das Schlagwort der multikulturellen Gesellschaft zugleich als Zustandsbeschreibung als auch als Zielstellung bündnis-grüner Politik. In einer Situation, in der die Christdemokrat(inn)en die deutsche Leitkultur als Alternative zur multikulturellen Gesellschaft präsentierten und sich offensiv gegen einen bislang vermuteten grünen Konsens richten, ergreifen bündnis-grüne Politiker/innen wie Renate Künast, Cem Özdemir und Ralf Fücks die Gelegenheit und verabschieden sich vom Begriff der multikulturellen Gesellschaft.

Renate Künast, grüne Bundesvorsitzende, begründete ihre Distanzierung damit, der Begriff sei „zu kurz gegriffen“ und „ebenso unscharf wie deutsche Leitkultur“. (vgl. Die Welt v. 2.11.2000) In Zukunft müssten Multi-Kulti, Demokratie und Verfassungspatriotismus zusammen kommen, beispielsweise im Konzept einer multikulturellen Demokratie. (Die Welt v. 2.11.2000). Der innenpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, plädierte ebenfalls dafür, ganz auf das Schlagwort „Multi-Kulti“ zu verzichten und stattdessen von einer „interkulturellen Gesellschaft“ zu sprechen.

Außenminister Joschka Fischer hält den Begriff „deutsche Leitkultur“ für einen „altbackenen Käse von Nachwuchs-Führungskräften der CDU“. Deutschland habe „es gar nicht nötig“, sich eine solche Diskussion aufdrängen zu lassen, denn es gebe eine historisch gewachsene „großartige Kultur“. Es sei „nicht betonenswert“, dass es sich um die deutsche Kultur

handele, „denn wir sind hier schließlich in Deutschland“. (Frankfurter Rundschau v. 26.10.2000).

Hoch im Kurs steht derzeit der Begriff „Verfassungspatriotismus“. Positiv beziehen sich darauf u.a. Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), Peter Struck, Fraktionschef der SPD, und Heiner Geißler, ehemaliger Generalsekretär der CDU. Struck und Geißler plädieren dafür, den umstrittenen Begriff deutsche Leitkultur durch den des „Verfassungspatriotismus“ zu ersetzen. Das entscheidende sei, so Geißler, „dass die Menschen mit unterschiedlicher Religion und kulturellem Hintergrund sich an die Verfassung halten müssen“. (Frankfurter Rundschau v. 26.10.2000)

Neoliberale und deutsche nationale Töne in der FAZ

Die Kommentare und Berichte, die sich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung finden lassen, beantworten die Frage nach einer deutschen Leitkultur in zweifacher Weise.

„Als Gegenbild zur Leitkultur drängt sich die apologetische Erinnerung an die Ordnungskunst des Liberalismus geradezu auf“, ist in der FAZ (v. 24.10.2000) zu lesen. „Nur wer Differenz zu organisieren vermag, statt sie zu verleugnen, leistet gesellschaftliche Inklusion.“ Nachdem Friedrich Merz die Union in die „Sackgasse der Leitkultur“ geführt habe, warte nun auf ihn die Aufgabe, sie wieder herauszuführen. (Ebd.) Die „Ordnungskunst des Liberalismus“ ist demnach die Zauberformel, mit deren Hilfe Differenz organisiert werden soll. Übersetzt man diese vage Orientierung in ein politisches Konzept, so bedeutet dies, dass die Einwanderungs-, Asyl- und Ausländerpolitik den Kräften des Marktes überlassen werden soll.

Bei aller neoliberaler Ausrichtung kann die „größte deutsche Tageszeitung“ auf deutsch-nationale Töne nicht verzichten. „Wer sich der Frage nach der Leitkultur verweigert“, so konstatiert die FAZ (v. 25.10.2000) in ihrem Leitkommentar „Die Inländerfrage“, „wird auch die Lösung für die andere, die Ausländerfrage, nicht finden.“ Die Quintessenz des Kommentars lautet: „Offen für das Fremde wird, wer sich des Eigenen sicher sein kann.“ Zu fragen sei demnach, was bewahrt werden sollte, welchem Kodex sich diejenigen unterwerfen müssen, die zu uns gehören wollen, und worauf sich „unser Stolz“ zu gründen habe.

Eckart Werthebach, Innensenator des Landes Berlin, beantwortet die Frage nach dem Bewahrenswerten folgendermaßen: „Eine Kulturnation entfaltet dann gestalterische Kraft, wenn sie in Zeiten der Mobilität und Globalisierung eine starke Assimilationskraft entwickelt.“ (FAZ v. 11.9.2000) Ausgehend von der Frage, wie sich die Entstehung von „Parallelgemeinschaften“ verhindern lasse, habe man erkannt, dass das Erlernen der deutschen Sprache die Voraussetzung für die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft sei. Werthebach kritisiert die „Unfähigkeit, der eigenen Sprache Strahlkraft zu verleihen“ und das daraus resultierende Unvermögen, den Zuwanderern den „Eindruck von Zukunftsglauben und Behauptungswillen zu vermitteln.“ Es geht also offenbar um mehr als nur um Spracherwerb: es geht um Behauptungswillen, um das Überwinden unserer „Erstarrung“, Rückbesinnung auf die eigenen Kräfte. Sprache wird verstanden als „Anknüpfungspunkt für die eigene Identifikation und für die eigene Zukunftsfähigkeit“.

Während die Leitkultur-Debatte für das interessierte Publikum aufwändig als Kulturdebatte inszeniert wird, handelt es sich im Kern um eine Debatte, in der das Verhältnis zwischen nationalen ökonomischen Interessen Deutschlands und Ausländer, Asyl- und Flüchtlingspolitik neu bestimmt wird.

Bemerkenswert ist ferner das zeitliche Zusammentreffen: Während über die deutsche Leitkultur diskutiert wird, werden rassistisch und antisemitisch motivierte Anschläge gegen jene Menschen und Einrichtungen verübt, die – nach Meinung rechtsextremer Kreise – einer deutschen Leitkultur nicht zu entsprechen scheinen. Die Debatte über deutsche Leitkultur lenkt nicht nur von einer Auseinandersetzung mit Rassismus und Gewalt ab, sondern kann durchaus von rechten Gewalttätern als Legitimation für ihr Handeln verstanden werden. spw

Literatur

- Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen 1999
 Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, Opladen 2000
 Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Opladen 2000

Die Forderung nach einer deutschen Leitkultur ist ein Signal an Zuwanderer sich unterzuordnen oder erst gar nicht einzuwandern.

Spätestens mit der öffentlich breit diskutierten Verbotsandrohung gegen die NPD im Sommer dieses Jahres wird der Konflikt zwischen der NPD-Führung und den „Freien Nationalisten“ – federführend um die norddeutschen Strukturen um Christian Worch – vermehrt öffentlich ausgetragen. Im Kern geht es hierbei um die Weigerung der „Freien Nationalisten“, sich dem Diktat der NPD unterzuordnen, ja gradezu selbst den Führungsanspruch der neonazistischen Bewegung für sich in Anspruch zu nehmen. Auf der anderen Seite steht die Selbsteinschätzung der NPD, „reichsweit“ die Partei der Nazi-Szene zu sein.

Doch der Konflikt ist alt und spätestens seit den Verboten der NL und FAP im Februar 1995 im Raum: damals öffnete sich die NPD – noch unter ihrem damaligen Vorsitzenden Günter Deckert – für die parteilos gewordenen Mitglieder der verbotenen Organisation. Die bis dahin eher als „Rentner-Partei“ strukturierte NPD hatte seit Anfang der 1990er Jahre in ihren Jugend- und Studentenorganisationen JN und NHB jedoch schon Strategiedebatten um die Zukunft der Partei geführt; durch die Aufnahme von Kadern der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ um Steffen Hupka und Jens Pühse wurde der militante Flügel gestärkt, mit dem 1996 gewählten neuen Vorsitzenden Udo Voigt war das neue Motto klar: „Von der Wahl zur Kampfpartei“. Dies musste allerdings sowohl gegen alte parteiinterne Meinungen der Öffnung hin zu den „seriösen“ Parteien DVU und REP, als auch durch die Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses gegenüber „Hitleristen“ – also offensiven NS-Apologeten – durchgesetzt werden. Was in den meisten Landesverbänden zu einer neuen Mitglieder- und Propagandaoffensive umgesetzt wurde, führte in Norddeutschland zu Konflikten: Versuche der 1995 verbotenen FAP-Struktur um Andre Goertz, mit der JN-Zeitschrift „Einheit und Kampf“ ein Bindeglied hin zu alten neonazistischen Strukturen um Christian Worch und seine NL zu schaffen und hiermit den Führungsanspruch in Norddeutschland anzustreben, endeten für die NPD im Fiasko: Die norddeutsche JN-Struktur um den Goertz-Zögling Jan Zobel wurde offiziell von der NPD-Führung entmachteter, die Zeitschrift „Einheit und Kampf“ eingestampft. Andre Goertz flüchtete sich in die Idee des „progressiven Nationalis-

mus“ und als eindeutiger Sieger in diesem Machtkampf konnte Christian Worch uneingeschränkt sein Konzept der „Freien Nationalisten“ erfolgreich umsetzen. Seit Ende 1997 gibt es ein Agreement zwischen den Strukturen der „Freien Nationalisten“ und der NPD: Die Partei profitiert von der Mobilisierung innerhalb der „Freien Kräfte“ und deren logistischen Strukturen, beispielsweise im Wahlkampf 1998 in Mecklenburg-Vorpommern, als Gegenleistung drängt sie nicht in den Machtbereich der „Freien Nationalisten“ und läßt deren Führungskader, hauptsächlich Thomas Wulff und Christian Worch, auf offiziellen NPK-Kundgebungen und Aufmärschen Rderecht. Doch diese Abmachungen wurden von der Struktur des inzwischen entstandenen „Norddeutschen Aktionsbüros“ permanent intrigiert: Worch übernahm in Lübeck mit dem „Bündnis Rechts“ die dortige NPD-Struktur, setzte mit Dieter Kern einen willfähigen Strohhalm ein, der zusätzlich von dem frisch aus der Haft entlassenen ANS/FAP-Kader Detlef Brühl kontrolliert wird. Ingo Stawitz als ehemaliger Schleswig-holsteiner NPD-Landesvorsitzender wurde vom „Aktionsbüro“ Untätigkeit vorgeworfen. Parallel dazu übernimmt der ehemalige Wiking-Jugend-Kader Manfred Börn die nordniedersächsische NPD und bringt sie auf strammen Worch-Schritt.

Die NPD wird so im Norden fast ausschließlich zu Erfüllungsgehilfen des „Aktionsbüros“. Durch die propagandistische Offensive norddeutscher Neonazis hat dies die NPD-Parteiführung geduldet, jedoch wurde der Einfluss der „Freien Nationalisten“ immer größer, immer offensichtlicher die Funktionalisierung der NPD/JN lediglich als „juristische Absicherung“ für Aufmarsch-Anmeldungen. Als am „2. Tag des nationalen Widerstandes“ in Passau die Strukturen der „Freien Nationalisten“ den Alleinvertretungsanspruch der NPD auf die NS-Bewegung unter dem Motto „der nationale Widerstand ist größer als die NPD“ scharf kritisieren, beschloss die NPD, die eigenen Strukturen im Norden wieder zu stärken und eigene Aktivitäten zu entwickeln. Das bayrische NPD-Vorstandsmitglied Andreas Otto Hensel wurde hierfür in den Norden geschickt. Von Kiel aus sollten in diversen norddeutschen Städten Infotische durchgefü+ht werden und durch eine massive Propagandatätigkeit neue Mitglieder gewonnen und die NPD-Strukturen restauriert wer-

Der Konflikt NPD – „Freie Kameradschaften“

Von Dietmar Quante

den. Doch schon die erste größere Aktion in Hamburg-Altona scheiterte kläglich, wofür die NPD nunmehr von den „freien Nationalisten“ mit Häme bedacht wurde, da „alle Warnungen ortskundiger Kräfte in den Wind geschlagen“ wurden. Innerhalb der NPD führte diese Aktion und der ebenfalls gescheiterte Protestmarsch eine Woche später zu Auseinandersetzungen um den Umgang mit den „Freien Nationalisten“: „Feindliche Übernahme“ („Zentralorgan“) oder Zusammenarbeit. Worch als Führer der „Freien Nationalisten“ nahm das Ergebnis dieser Auseinandersetzung vorweg, als er in einem öffentlichen Brief erklärte, die NPD habe ihm den Hamburger Landesvorsitz angeboten, den er aber dankend ablehnen, da für die Politik der „Freien Nationalisten“ innerhalb der NPD kein Platz wöäre.

Spätestens mit der Verbotsdiskussion um die NPD und deren Demonstrationsverzicht brachen die Dämme der Zusammenarbeit mit der dienstältesten Neonazi-Partei: Seitdem wird die NPD vor allem von den „Freien Nationalisten“ der Feigheit beschuldigt: „Der Verbotsschiff scheint manchem Parteifunktionär bereits in die Hose gerutscht zu sein“ (Zentralorgan, Nr. 10).

Die „freien Nationalisten“, die sich scheinbar innerhalb der Verbotsdebatte mit ihrem halblegalen Konzept – Verbotserfahrungen seit den siebziger Jahren – als Sieger aus dieser Debatte hervorzugehen glauben, sind inzwischen in der Lage, mit ihren eigenen Strukturen oder den sich nicht an NPD-Bundesvorstandsbeschlüssen haltenden Funktionären Aufmärsche

Dietmar Quante schreibt für die Zeitschrift „Der Rechte Rand“, seinen Artikel entnehmen wir der Nr. 67, Ausgabe November/Dezember 2000, S. 11. Wir danken dem Verlag Der Rechte Rand GbR, Postfach 1324, 30013 Hannover für die Nachdruckerlaubnis.

durchzuführen und ihre Propagandaaktivitäten weiterzuführen.

Obwohl Udo Voigt die „Freien Kameradschaften“ immer als Vorfeldgruppen der NPD subsumieren wollte, scheint er im Kampf um den Füh-

rungsanspruch innerhalb der militanten NS-Szene gescheitert zu sein. Das am 30. September in Thüringen stattgefundenen Treffen einer „Opposition innerhalb der NPD“ um das „Bündnis Rechts“ aus Lübeck und die

Struktur um Steffen Hupka wird ihn dabei nicht gestärkt haben: dort wurde beschlossen, die Idee der „Freien Kameradschaften“ offensiv in der Partei zu diskutieren und umzusetzen.

spw

Von der Revolte zur Reform?

von Jörg Meier

Andreas Keller 2000: Hochschulreform und Hochschulrevolte. Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinariuniversität, der Gruppenhochschule und der Hochschule des 21. Jahrhunderts, BdWi-Verlag (Reihe Hochschule, Band 4), Marburg (ISBN: 3-924684-91-x, 560 S., 39,80 DM).

Nun war es unlängst, wenn auch nur kurz, sogar tagesmediales Thema. Der Oppermann ging wieder einmal um und wollte - en passant - die Selbstverwaltung der Studierenden abschaffen. Bekannt wurde dies durch einen „durch Ungeschicklichkeiten“ frühzeitig bekannt gewordenen Gesetzentwurf für eine umfangreiche Änderung der niedersächsischen Hochschullandschaft. Seines Zeichens Bildungsminister in Niedersachsen plant er schon seit geraumer Zeit, mit den bestehenden Hochschulstrukturen „gründlich aufzuräumen“. Der erste, als Bettvorleger gelandete, Papiertiger war die Einführung von Gebühren für Studierende. Die sind in einigen Bundesländern schon länger bekannt. Und auch die Probleme damit. Deswegen firmiert die von den Studierenden an Niedersachsens Hochschulen zu zahlende Gebühr von 100,- DM pro Semester auch unter dem Titel „Verwaltungskostenbeitrag“. Das ganze war auch ein Versuchsballon, um in kräftig gesteigerte Beitragsdimensionen vorstoßen zu können. 1.000,- DM pro Studi pro Semester waren anvisiert. Allein die Messlatte lag doch etwas zu hoch. Und die Rechnung war ohne die niedersächsischen Studierenden aufgemacht. Deswegen ging sie auch nicht auf. Der Minister musste sich - auch das war sogar bundesweit von Medienin-

teresse - neben dem publikumswirksamen „ohne Hunni an die Uni“ der Studierenden auch noch gefallen lassen, vor dem Verwaltungsgericht zu unterliegen. Um dann per Weisung den „sofortigen Vollzug“ anzuordnen. Erst spät und uneinheitlich wurden an den Hochschulen die Rechtsgrundlagen für die tatsächliche Einziehung der Gelder geschaffen. Sowie namentlich die Sanktionsmöglichkeit drohender Exmatrikulation bei Nichtzahlung, die der Maßnahme ja erst wirklichen „Biß“ verleiht. Das Paradoxe an dem Vorgang: Ausgerechnet die ministerielle Maßnahme brachte den Studierendenschaften aus dem Stand eine bis dato nicht mehr gekannte Präsenz und den Studierenden die Bedeutung ihrer Selbstverwaltung wieder näher.

Mag sein, dass die „beiläufig erwogene“ Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft (VS) eine Retourkutsche sein sollte. Es kann auch sein, dass sie nur als „Verhandlungsfutter“ aufgeschrieben wurde. Jedenfalls bremsste die Basis ihren Minister in seinen diesbezüglichen Bestrebungen sogleich. Offiziell ist zumindest diese Grausamkeit einstweilen vom Tisch.

Hochschulreform, Selbstverwaltung und Mitbestimmung sind und bleiben - natürlich nicht nur in Niedersachsen - weiterhin brandaktuell. Seit Anfang der 90er Jahre wird über eine Neugestaltung des deutschen Hochschulwesens diskutiert. Diese „zweite“ Hochschulreform stellt in ihrer Tendenz die Gruppenhochschule des Hochschulrahmengesetzes als Ergebnis der Auseinandersetzungen der 60er bis Mitte der 70er Jahre in Frage. Genau dieser Thematik widmet sich Andreas Keller in seiner jüngst im BdWi-Verlag erschienenen Doktorarbeit. Überaus kenntnisreich und auf der Grundlage einer ausführlichen Auswertung der vorhandenen Literatur, untersucht er die Entwicklung der Hochschulselbstverwaltung und Mitbestimmung. Der besondere Fokus liegt dabei auf der Partizipation der Studierenden. Der Autor, Referent für Wissenschaft, Forschung und Hochschulpolitik der PDS-Bundestagsfraktion, ist intimer Kenner der Materie, hat



er doch selbst lange Jahre als Mitglied der Selbstverwaltung hochschulpolitische Erfahrung sammeln können.

Dargestellt wird im historischen Verlauf das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft, die innere Verfassung der Hochschulen sowie der hochschulpolitische Status der Studierenden in der akademischen Selbstverwaltung und der VS. Seine Bestandsaufnahme und Analyse setzt am Vorabend der Hochschulreform Ende der 60er Jahre an. Dies ist die Zeit der nach 1945 restaurierten Ordinariuniversität, in der die akademische Selbstverwaltung das Privileg einer begrenzten Gruppe der Professoren blieb. Detailliert wird gezeigt, welche studienpolitische Strategie der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) verfolgte. Sehr gründlich wird der weitere Verlauf der Entwicklung seit Ende der 60er Jahre dargestellt, die zur „ersten Hochschulreform“ führte. Beschrieben wird u.a. wie die ursprüngliche Konzeption der Gruppenuniversität im Politikprozess immer weiter zerrieben wurde. Im Vergleich zur Ordinariuniversität beruht die professorendominierte Gruppenhochschule des Hochschulrahmengesetzes auf einer fortgeschritteneren Verstaatlichung und Binnenstruktur. Die inneren Machtverhältnisse an den Hochschulen blieben aber im Kern bestehen. Ausführlich stellt Keller in diesem Kontext die Politik von der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ des Marxistischen

Die „zweite“ Hochschulreform stellt in ihrer Tendenz die Gruppenhochschule des Hochschulrahmengesetzes in Frage.

schen Studentenbunds (MSB) Spartakus dar. Erläutert werden zusätzlich u.a. die Struktur der VS und deren Ausformung als parlamentarisches Modell in den alten sowie als Ratsmodell in den neuen Bundesländern. Exekutivorgane sind dabei der Allgemeinen Studierendenausschuss (ASTA) sowie der Studierendenrat (StuRa).

Ist die politische Artikulation und Betätigung im Hochschulsystem ohne Ansehen der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Bildungs- und Wissenschaftspolitik möglich? Studierendenvertretungen, die diese isolierte Betrachtungsweise ablehnen, geraten immer wieder unter Beschuss. Dem „Hickhack“ um das Politische Mandat, immer wieder unter dem Etikett der Rechtsstellung und der (originären) Aufgaben auch auf juristischer Ebene geführt, widmet Andreas Keller einen instruktiven Abschnitt. Unter den Prämissen Deregulierung und Dezentralisierung, Stärkung der Leitungsfähigkeit, gestärkte Selbststeuerungsfähigkeit sowie der zusätzlichen Steuerung durch Wettbewerb und Anreiz münden Diskussion und Umsetzung in die „zweite“ Hochschulstrukturreform der 90er Jahre.

Einige Befunde können an dieser Stelle skizziert werden, ohne dabei zu viel vorwegzunehmen. Das genaue Nachlesen wird stets belohnt und bietet viele weitere Details. Während studentische Politik in ihrer Konzeption und Strategie an den Beispielen des SDS für die Ordinariatenuniversität und des MSB Spartakus für die Gruppenuniversität analysiert werden kann, bleibt zur Beurteilung heutiger studentischer Politik nur, die Potenziale der Studierenden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert herauszuarbeiten. Weil der Umstrukturierungsprozess noch ungeschlossen und auch entwicklungs offen ist, so Keller, kann keine synchrone Gegenüberstellung von Hochschulverfassung und studentischer Politik erfolgen. Hinzu kommt aber auch, dass die Studierendenvertretungen heute wesentlich heterogener und damit weitgehend nicht eindeutig eingeordnet werden können.

Die studentische Politik in der gegenwärtigen Hochschulstrukturreformphase wird auf einen Problemaufriss beschränkt. Insbesondere die Studierendenstreiks des Wintersemesters 1997/98 sind für ihn jedoch Beleg, dass das kritische Potenzial der Studierendenschaft noch nicht versiegt ist.

Als paradigmatisch wird die noch ergebnisoffene Kontroverse um die

Studiengebühren bewertet. Widersprüchlicherweise sind es ausgerechnet die ins Auge gefassten KundInnen der Hochschulunternehmungen, die bei den Überlegungen an entscheidungsverantwortlicher Stelle - wenn überhaupt - nur am Rande eine Rolle spielen. In Rede steht der Wandel von der politischen Steuerung durch Teilnahme an hochschulischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen hin zu einer ökonomischen Steuerung über einen Markt auf dem Hochschulen die Ware Studium anbieten, Studierende diese Ware nachfragen. Dabei ist aber unklar, welche Konzeption sich schließlich im hochschulpolitischen Entscheidungsprozess durchsetzt. Und ebenso wenig ist klar, welche Bedeutung die Studierenden künftig in den Hochschulen haben sollen. Angesichts dieser Unschärfe ist es also kein Wunder, wenn auch die Studierenden noch keine geschlossenen Konzeptionen und Strategien für die studentische Mitbestimmung und Selbstverwaltung vorliegen. Keller fragt aber auch, ob es nicht genau das sein kann: Könnte es nicht die VS sein, die - von der Hochschule sogar unabhängig - die Interessen der Studierenden bei der Konstituierung eines freien Wissenschaftsmarktes wahrnimmt ...

Fazit

Für die studentischen MandatsträgerInnen, aber auch für alle an der Hochschule und am Studium Interessierten, lohnt die Lektüre der Auswertungen und Empfehlungen Kellers zur derzeitigen Situation. Sollen Studierende doch nach aktuellem Verständnis mehr und mehr als KundInnen in einem künstlich erzeugten Wissenschaftsmarkt begriffen werden. Deren einzige Partizipationsmöglichkeit wohl darin bestehen soll, „kaufkräftig“ Nachfrage zu erzeugen. Ein in dieser Einseitigkeit verhängnisvoller Ansatz, der geradezu nach aktiver Beteiligung, auch Gegenwehr, vor allem aber Positionierung, im Rahmen der Möglichkeiten studentischer Selbstverwaltung und Mitbestimmung schreit. Diese sind freilich begrenzt, weswegen auch Andreas Keller rät, sich auf der Suche nach einem „dritten Weg“ zwischen der Verteidigung des status quo und der am Dienstleistungsunternehmen orientierten Hochschulstrukturreform zusammenzuschließen, gemeinsame Positionen zu bestimmen um so im Bündnis, und damit „nachhaltiger“, agieren zu können. spw

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften 238

DIGITALE AUSGRENZUNG, GLOBALE NETZE UND DIE POLITIK UM INFORMATION: NEUE KÄMPFE IM ZEITALTER DES INTERNET

Das Internet und die damit verbundenen Technologien stellen eine grundlegende Veränderung der Produktionsweisen im Neoliberalismus dar, eine Durchwälzung und Neuordnung sozialer Verhältnisse, die andere Spaltungen hervorbringen (»digital divide«), neue Politikformen, neue Subjekt- und Ideologieformen.

Die Frage, was ist Realität und was Ideologie am »Hype« um das Internet, welche Konsequenzen hat es für die Veränderung von Arbeit, Ökonomie und Warenästhetik, von Politikformen und Kriminalitätsformen sind die Leitfragen des Heftes, das in Zusammenarbeit mit der autonomen Frauenredaktion erstellt wird.

ES SCHREIBEN:

Robert W. Chesney, Frigga Haug, Raul Rojas, Saskia Sassen, Rainer Rilling, Fanny-Michaela Reisin, Christof Ohm, Edeltraud Hanappi, Wolfgang F. Haug, Klaus Schönberger, Marisa Belausguigoita Rius, Johannes Moes, Ellen Balka, Elisabeth List, Mario Candeias, Ursula Huws, u.a.

BESTELLUNG ÜBER:

Argument-Versand
Reichenberger Str. 150
10999 Berlin
T: 030-611 39 83, F: -611 42 70
versand@argument.de

Argument-Redaktion
T: 030 - 61 14 182
F: 030 - 61 14 270
redaktion@argument.de
www.argument.de
Bitte fordern Sie unser
Gesamtprogramm an.

5 Jahre Klimaschutzklärung der Industrie - und kein bisschen weiter?

Dr. Kora Kristof, Dr. Stephan Ramesohl

Nach einem ersten, gescheiterten Anlauf im Jahre 1991 ist die „Erklärung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge“ vom März 1995 die erste branchenübergreifende freiwillige Initiative der Industrie in der deutschen Klimapolitik. Im März 1996 wurde eine Aktualisierung vorgestellt, die in einigen Punkten die Kritik an der ersten Version aufgriff und die Erklärung präziserte: „Auf freiwilliger Basis ist die deutsche Wirtschaft bereit, besondere Anstrengungen zu unternehmen, ihre spezifischen CO₂-Emissionen bzw. den spezifischen Energieverbrauch bis zum Jahr 2005 auf Basis des Jahres 1990 um 20 Prozent zu verringern“ (BDI 1996a). Bei dieser Klimaschutzklärung (KSE) der Industrie handelt es sich um eine Dacherklärung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zusammen mit weiteren Spitzenverbänden der Wirtschaft, die durch Einzelerklärungen der 17 teilnehmenden Branchen ergänzt wird. Diese Erklärung wurde durch eine Vereinbarung fortgeschrieben, die am 9.11.2000 gemeinsam von der Bundesregierung und der Industrie als Teil des nationalen Klimaschutzprogramms unterzeichnet wurde.

Die Bundesregierung reagierte auf die KSE vom März 1996 wie schon 1995 mit der Zusicherung der Aussetzung ordnungsrechtlicher Maßnahmen zur Klimavorsorge. Sie erweiterte dazu ihre Bereitschaft, sich bei den Verhandlungen zu einer EU-weiten CO₂-/Energiesteuer dahingehend zu engagieren, „daß die an der

Selbstverpflichtungsaktion teilnehmende Wirtschaft davon ausgenommen wird bzw. die dabei erreichten CO₂-Minderungen voll angerechnet werden“ (BR 1996). Seitdem bildet die KSE den klimapolitischen Rahmen für die Industrie, was sich auch mit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 und der darauf folgenden Einführung der Ökosteuer im April 1999 nicht änderte.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich das Instrument der Klimaschutzklärung fest in der politischen Landschaft etabliert und wird voraussichtlich der zentrale Pfeiler der industriellen Klimaschutzstrategie bleiben. Die deutsche Entwicklung ist damit ein weiteres Beispiel für den allgemeinen Bedeutungsgewinn von derartigen Lösungen auf nationaler wie internationaler Ebene. Vor allem in der Europäischen Union und den westlichen Industrieländern werden freiwillige Initiativen der Industrie zunehmend als Alternative zu staatlichem Handeln gesehen (Krarup/Ramesohl 2000; OECD 1999).

Freiwillige Ansätze in der Umweltpolitik sind sehr modern - aber führt dieser „Modetrend“ auch zu effektivem Klima- und Ressourcenschutz? Welchen Kriterien bzw. Bedingungen muss die KSE genügen, damit sie einen sinnvollen Beitrag zum Umweltschutz leisten kann? Welche Erfahrungen wurden in den letzten fünf Jahren mit der KSE gemacht - stellt die angekündigte neue Version der Dachklärung einen Fortschritt des Instruments dar?

Anspruch und Wirklichkeit

Aus Sicht der deutschen Bundesregierung und des BDI ist die KSE ein erfolgversprechendes und wirksames klimapolitisches Instrument, das die Erwartungen voll erfüllt (BR 1997/1999/2000; BDI 1997). Eine Analyse der KSE sowie die in den bisherigen Monitoringberichten geäußerte Kritik weisen allerdings auf erhebliche Mängel hin, die die Wirksamkeit des Ansatzes in Frage stellen (Ramesohl/Kristof 2000, RWI 1999/1997, Kristof/Ramesohl/Schmutzler 1997):

Die konkreten Minderungsziele der Branchen sind nicht vergleichbar und basieren z.T. auf unterschiedlichen Referenz- und Zieljahren; eine konsistente Herleitung des Gesamtziels der Industrie aus den sektoralen Angaben ist nicht möglich.

Die ersten Monitoringergebnisse weisen zwar darauf hin, dass sowohl die Industrie als ganzes als auch die

meisten Branchen ihre selbstdefinierten Ziele erreichen. Im Zeitraum von 1990-1997 gingen dabei die absoluten CO₂-Emissionen der Industrie um ca. 17% (35 Mio.t CO₂) zurück (RWI 1999). Da der Großteil der Minderungen jedoch in den Jahren 1990-95, d.h. vor Abschluss der Erklärung, erzielt wurde, entsprechen diese Reduktionserfolge weitestgehend dem Trend und können deshalb nicht der KSE zugerechnet werden. Dazu identifiziert das Monitoring umfangreiche Investitionen, die zum Zeitpunkt der Erklärung schon längst geplant oder begonnen waren.

Maßnahmen zur Senkung des prozessbezogenen Energieverbrauchs in der Industrie, insbesondere in energieintensiven Branchen der Grundstoffindustrie, sind von vielfältigen strategischen Investitionsparametern abhängig wie z.B. Rohstoffverfügbarkeit, internationale Marktentwicklung, Kapitalbedarfe bis zu Milliardenhöhe, Investitionszyklen von bis zu 20-30 Jahren etc. Auf diese zentralen Entscheidungen der Unternehmen hat die KSE kaum einen Einfluss, so dass die Wirkung des Instruments auf das konkrete Investitionsverhalten der einzelnen Unternehmen sehr begrenzt ist und sich im wesentlichen auf weiche Faktoren der Motivationssteigerung etc. beschränkt (Krarup/Ramesohl 2000; Ramesohl/Kristof 2000).

Die Daten, die dem mit dem Monitoring beauftragten Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) zugeliefert werden, sind das Herzstück des Monitoringverfahrens (BDI 1996a; BDI 1996b; BR 1996). Sie weisen aber laut RWI hinsichtlich Transparenz und Glaubwürdigkeit noch Mängel auf (RWI 1997/1999). Dies betrifft auch Probleme mit der Kompatibilität von Verbandsdaten und Zahlen des Statistischen Bundesamtes sowie eine unzureichende Differenzierung von spezifisch branchenabhängigen Entwicklungen und Struktureffekten. Hinzu kommt, dass der Zeitplan der Berichterstattung nicht eingehalten wird und z.B. der Bericht für 1998 Ende Oktober 2000 immer noch nicht vorlag.

Obwohl die Erklärung die meisten energieintensiven Branchen erfasst, sind wichtige Energieverbrauchssektoren wie die Nahrungsmittelbranche, Giessereien oder auch Fahrzeugbau, Maschinenbau oder Elektrotechnik nicht beteiligt. Auch in den teilnehmenden Branchen ist der Erfassungsgrad durch die Verbände unterschiedlich hoch. Grundsätzlich gilt

Eine Analyse der Klimaschutzklärung sowie die in den bisherigen Monitoringberichten geäußerte Kritik weisen auf erhebliche Mängel hin, die die Wirksamkeit des Ansatzes in Frage stellen.

zudem für alle Sektoren, dass die einzelne Unternehmen nicht explizit eingebunden und verpflichtet sind (z.B. fehlen schriftliche Beitrittserklärungen).

Angesichts dieser Mängel wird deutlich, dass die KSE in der Version von 1996 zwar die von den Teilnehmern selbstgesteckten Ziele erfüllt, aber nicht dem Anspruch gerecht wird, für die gesamte deutsche Industrie einen signifikanten, zusätzlichen Beitrag zur Senkung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen zu leisten. Die besondere Rolle der Initiative könnte allerdings darin liegen, als Ergänzung zu anderen Maßnahmen die mittel- bis langfristigen Bedingungen für mehr Energieeffizienz und Klimaschutz in der Industrie zu verbessern. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass Selbstverpflichtungen einen positiven Einfluss auf die Motivation der MitarbeiterInnen, die Stärkung von Energiemanagementsystemen und die firmenübergreifende Kooperation bei Effizienztechnologien haben können (Krarup/Ramesohl 2000, Ramesohl/Kristof 2000).

Die Klimaschutzklärung als Lernprozess für Unternehmen und Klimaschutzpolitik

Der innovative Beitrag der Klimaschutzklärung könnte also darin bestehen, dass auf Firmen-, Branchen- und Politikebene kollektive Lern- und Diskussionsprozess in Gang gesetzt werden, die durch die Kooperation verschiedener Akteure neue Möglichkeiten zur Senkung der Umweltbelastungen eröffnen. Wichtig ist deshalb, daß die KSE entsprechende Anreize bietet, d.h. als dynamischer Prozess mit kontinuierlichen Verbesserungen verstanden wird und die Lerneffekte durch permanente Korrekturen am Instrument und den Strategien der Teilnehmer auch realisiert und festgehalten werden. Wie gesehen besteht Handlungsbedarf dabei sowohl auf der konzeptionellen Ebene (grundsätzliche Regeln und Verfahren) als auch auf der operationalen Ebene (Mindestanforderung zur Gestaltung von Branchenerklärungen bzw. der individuellen Beiträge der Unternehmen). Ziel der nächsten Schritte sollte es deshalb sein,

einerseits die Idee der angekündigten „besonderen“ industriellen Klimaschutz-Aktivitäten zu stärken und damit die Angemessenheit, Glaubwürdigkeit und Transparenz der Ziele herzustellen (Bringschuld der Verbände/Industrie), und

andererseits einen kontinuierlichen und selbsttragenden Verbesserungsprozess der Klimaschutzklärung zu etablieren (vgl. Abb. 1).

Durch ein verbindliches Verfahren zu Monitoring, Überprüfung und Dynamisierung der KSE sollte sichergestellt werden, dass identifizierte Mängel auch tatsächlich beseitigt werden. Wesentlich ist, daß regelmäßig und zu fest vereinbarten Zeitpunkten Gespräche zur Fortschreibung stattfinden, damit vorhersehbare Zielpunkte und Anreize gesetzt werden. Je nach Bedarf können dann Korrekturen und Anpassungen der KSE vereinbart bzw. alternative politische Strategien verfolgt werden.

Eine neue Vereinbarung mit alten Mängeln?

Mit der „Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge“ vom 9.11.2000 ist ein erster Schritt zur Fortschreibung der Klimaschutzklärung getan (BR 2000). Zentrale Änderungen der Vereinbarung sind:

Im Gegensatz zu den vorherigen einseitigen Erklärungen haben Regierung und Industrie gemeinsam eine Vereinbarung unterzeichnet, die aber ohne bindende Wirkung für die einzelnen Unternehmen bleibt und deshalb eher von symbolischer Natur sein wird.

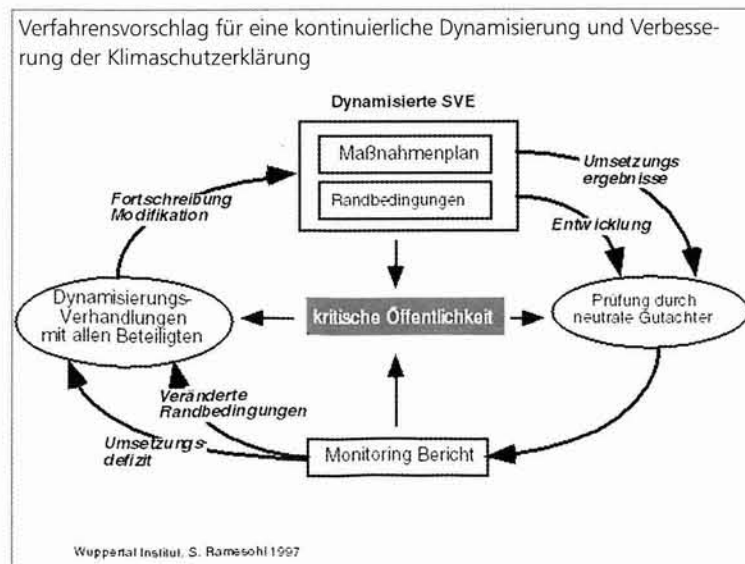
Die spezifischen CO₂-Reduktionsziele wurden von 20% auf 28% (1990-2005) erhöht. Außerdem wurde die KSE über CO₂ hinaus auf die sechs Treibhausgase des Kyoto-Protokolls erweitert und damit eine zusätzliche Reduktion von CO₂-Äquivalenten für den Zielzeitraum 2008-2012

erreicht. Regierung und Industrie „gehen davon aus, dass damit die Emissionsvolumina im Jahr 2005 um zusätzlich 10 Mio. t und im Jahr 2012 nochmals um zusätzlich 10 Mio. t gegenüber der bisherigen Erklärung gesenkt werden können“. Diese Abschätzung läßt sich auf Grundlage der vorliegenden Zahlen nicht überprüfen. Eine konkrete Zusage zu absoluten Minderungen liegt damit weiterhin nicht vor. Auch die Aufteilung auf die jeweiligen Branchen bleibt weiterhin unklar.

Die Zugeständnisse der Bundesregierung enthalten weiterhin den Verzicht auf ordnungsrechtliche Maßnahmen, die Berücksichtigung des Beitrags der Industrie bei der Ökosteuer sowie eine explizite Absage an ein verbindliches Energieaudit, das in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Ökosteuer-Ausnahmeregelung diskutiert wurde.

Auch wenn die Anpassung der jeweiligen Branchenerklärungen abgewartet werden muss, so zeichnet sich ab, dass die Fortschreibung der KSE hinter den Erwartungen zurückbleibt. Es fehlt weiterhin der plausible Nachweis, dass die Verpflichtung zu substantiellen Minderungen über den ohnehin zu erwartenden Trendfall hinaus führt. Die Qualität der Zielsetzung hängt dabei maßgeblich von dem Anspruch der einzelnen Branchenerklärungen ab sowie von der transparenten Herleitung der Gesamtergebnisse aus den Einzelerklärungen. Erst wenn in den Sektoren signifikante Verbesserungen erreicht werden, wird sich also zeigen, ob die bisherigen inhaltlichen und methodischen Defizite der bislang gültigen Version beseitigt werden konnten.

Durch ein verbindliches Verfahren zu Monitoring, Überprüfung und Dynamisierung der Klimaschutzklärung sollte sichergestellt werden, dass identifizierte Mängel auch tatsächlich beseitigt werden.



Die Formulierung der Vereinbarung läßt darauf schließen, das auch weiterhin keine durchgehende Verpflichtung von BDI über die Branchenverbände bis hin zu den einzelnen Unternehmen erfolgt.

Die unverbindlichen und wenig konkreten Formulierungen der Dachvereinbarung lassen hier nicht allzu viel erwarten.

Die Formulierung der Vereinbarung läßt darauf schließen, das auch weiterhin keine durchgehende Verpflichtung von BDI über die Branchenverbände bis hin zu den einzelnen Unternehmen erfolgt, was die Anreizwirkung des Instrument einschränkt.

Weiterhin fehlen in der allgemeinen Dachklärung jegliche Aussagen zu einer Qualitätssteigerung des Mo-

onitorings hinsichtlich der Datenqualität, Termintreue und der Konsequenz aus den in den Berichten identifizierten Fehlentwicklungen. Auch dass noch keine weiteren Verbände der Erklärung beigetreten sind, ist zu beklagen. Die dringend notwendige Dynamisierung und Weiterentwicklung der Abläufe ist offensichtlich nicht vorgesehen, erkannte Mängel bleiben bestehen.

Angesichts der vorliegenden Fortschreibung der Klimaschutzvereinbarung wird eine Chance zur ambitionierten Weiterentwicklung eines

grundsätzlich innovativen Ansatzes verschenkt, dessen Wirksamkeit bislang durch konzeptionelle und administrative Defizite stark gemindert ist.

spw

Literatur:

Bundesregierung (BR 1996): Pressemitteilung 118/96 vom 27.3.1996: Erklärung der deutschen Wirtschaft zu Klimavorsorge: Positive Jahresbilanz der zweiten Runde der CO₂-Selbstverpflichtung - Deutsche Wirtschaft präzisiert und erweitert ihre Zusage vom 10. März 1995

Bundesregierung (BR 1997): Pressemitteilung 417/97 vom 18.11.1997: Erster Monitoring-Bericht zur CO₂-Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft vorgelegt; CO₂-Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft erfolgsversprechend angelaufen

Bundesregierung (BR 1999): Pressemitteilung vom 16.6.1999: Klimavorsorge der deutschen Wirtschaft weiter erfolgreich - CO₂-Selbstverpflichtung soll fortgeführt werden

Bundesregierung (BR 2000): Pressemitteilung 535/00 vom 9.11.2000: Selbstverpflichtung zum Klimaschutz erfolgreich weiterentwickelt - Bundesregierung und deutsche Wirtschaft unterzeichnen Vereinbarung

Bundesverband der deutschen Industrie (BDI 1996a): Aktualisierte Erklärung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge, Köln, 27.3.1996

Bundesverband der deutschen Industrie (BDI 1996b): CO₂-Monitoring, Konzept für die Erstellung von regelmäßigen Fortschrittsberichten zur transparenten und nachvollziehbaren Verifikation der Erklärung zur Klimavorsorge, Köln, 26.2.1996

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI 1997): Pressemitteilung 120/97 vom 18.11.1997; „BDI-Präsident Henkel: Die Industrie hält ihre Versprechungen zum Klimaschutz - Erster CO₂-Monitoring-Bericht beweist Funktionieren der Selbstverpflichtung“

Krupp, S., Ramesohl S. (2000): Voluntary Agreements in Energy Policy - Implementation and Efficiency - The Final Report from the project Voluntary Agreement - Implementation and Efficiency (VAIE). AKF Forlaget, Copenhagen. <http://www.akf.dk/vaie>

Kristof K., Ramesohl S., Schmutzler T. (1997): „Die aktualisierte Erklärung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge - Große Worte, keine Taten?“ Wuppertal-Paper Nr. 71 März 1997, Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie, Wuppertal

OECD (1999): Voluntary Approaches for Environmental Policy in OECD Countries, Paris

Ramesohl, S., Kristof, K. (2000): Voluntary Agreements - Implementation and Efficiency. The German Country Study. Case studies in the sectors of cement and glass. Wuppertal Institute for Climate Environment Energy, Germany.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI 1997): „First Monitoring Report: CO₂-Emissions in German Industry 1995-1996“, RWI-Papiere, No. 50 (1997), Essen

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI 1999): „CO₂-Emissionen und wirtschaftliche Entwicklung, Monitoring-Bericht 1998“, Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 28, Essen

Frauenbilder 2

"Die weibliche Wirklichkeit ist anders!"



Der großformatige Band stellt die Ergebnisse eines Fotowettbewerbs dar, der 1999 vom Förderverein Kulturetage Neuruppin, der Fontanestadt Neuruppin und dem DGB Landesbezirk Berlin-Brandenburg unter Schirmherrschaft von Regine Hildebrand durchgeführt wurde und auf große Resonanz stieß. Inspiriert wurde er durch einen 1985 von den Berliner Jusos veranstalteten Fotowettbewerb „Frauenbilder - Die weibliche Wirklichkeit ist anders!“. Die besten der von einer prominenten Jury prämierten und für die Ausstellung ausgewählten Fotografien sind in diesem Katalog zusammengestellt. Sie zeigen ein vielfältiges und zum Nachdenken anregendes Bild der weiblichen Wirklichkeit im Übergang zum neuen Jahrhundert.

Die Ausstellung wird ab dem 8. März 2000 zunächst in Neuruppin und anschließend in vielen Städten Deutschlands gezeigt.

Der Katalog im Format A 4 hat 68 Seiten, kartoniert, und kostet 19,90 DM.

Bestellungen versandkostenfrei beim:
spw-Verlag, Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Tel. 0231-402410, Fax 0231-402416, eMail: verlag@spw.de

Die Arbeitsversicherung als Kern einer umfassenden Erneuerung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist schon seit einiger Zeit Gegenstand der Diskussionen innerhalb des Juso-Verbandes. Nach zahlreichen Papieren und Beschlüssen, so die Idee der Kampagne „Neue Zeiten denken“ des Juso-Bundesverbandes, sollte die Philosophie dieses Ansatzes aufgegriffen und von einem Fachpublikum beurteilt und ggf. um Vorschläge ergänzt werden. Zu diesem Zweck haben Juso-Bundesverband und Juso-Landesverband NRW in Düsseldorf ein Hearing veranstaltet, bei dem sowohl Zustand und Entwicklung der Arbeitsgesellschaft wie auch Reformperspektiven im Rahmen einer möglichen Arbeitsversicherung erörtert wurden.

Gerhard Bosch vom Institut für Arbeit und Technik in NRW (IAT) hat den Blick für die Entwicklung des Normalarbeitsverhältnisses geschärft. Seiner Ansicht nach ist dieses zwar gefährdet, da seine Grundlagen (Vollbeschäftigung, Normalarbeitszeiten inklusive der darauf aufbauenden Produktionskonzepte, tradierte Familienstrukturen und Regulierung des Arbeitsmarktes) zwar gleichermaßen zu erodieren drohen, man jedoch nicht von einer „vollkommenen Entgrenzung der Arbeit“ sprechen könne. Viel mehr würde ein Großteil der Beschäftigten gleichwohl auf die mit dem Normalarbeitsverhältnis suggerierten Sicherheiten hoffen. Andererseits würden sich individuelle Lebensplanungen kaum mit den Arbeitsbedingungen verbinden lassen. So schlägt Bosch vor, ein neues, flexibles Arbeitsverhältnis um den festen Kern des bestehenden Normalarbeitsverhältnisses herum zu organisieren.

Daran knüpfte auch Hartmut Seifert vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) an: Wahlarbeitszeiten in Form von Teilzeit in flexiblen Modellen, der Einführung von Weiterbildungszeiten usw. sollten seiner Ansicht nach vielfältige Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie zu Qualifizierung und Sozialengagement eröffnen. Die Politik der globalen (Wochen-)Arbeitszeitverkürzung habe sich hingegen angesichts stagnierender tariflicher Arbeitszeiten und sich ausweitender heterogener Arbeitszeitstruktur möglicherweise überholt, so seine zu überprüfende These.

Auf die differenzierten Erscheinungen der Arbeitslosigkeit ging

Matthias Knuth (ebenfalls IAT) ein. Während für einen Großteil der Arbeitslosen, Arbeitslosigkeit nur ein kurzfristiges, wiederkehrendes Phänomen sei, würde sich die Arbeitslosigkeit sich für etwa 10 % aller Arbeitslosen zu einem dauerhaften Phänomen verfestigen. Insbesondere bei dieser Zielgruppe würde die bisherige Arbeitsmarktpolitik versagen. Daher sei eine Neukonzeption des SGB III insbesondere an der „Beschäftigungsfähigkeit“ zu orientieren. Die Maßnahmen seien so zu konzipieren, dass im Resultat die Maßnahmeteilnehmer jederzeit wieder eingestellt würden. Dazu sei es notwendig auch im Bereich der Projektbeschreibung der öffentlich geförderten Beschäftigung weg von der konditionalen Steuerung (Welche Bedingungen müssen TeilnehmerInnen für die Teilnahme erfüllen?) hin zu einer finalen Zielbeschreibung von Maßnahmen zu kommen.

Ein weiterer Aspekt der Reformbereiche, das System der Weiterbildung, charakterisierte Mechthild Beyer von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) als „Defizitsystem“. Zum einen würden nur wenige Beschäftigte den Anforderungen der risikobereiten, entscheidungsautonomen Individuen, die ihren lebenslangen Lernprozeß selbst organisieren können, gerecht, zum anderen fehlten angemessene Strukturen, um die wachsenden Lerninteressen zu bündeln und zu realisieren. Daher sei der Ausbau der Weiterbildung zur vierten Säule des bestehenden Bildungssystems nur dann möglich, wenn Strukturreformen in öffentlicher Verantwortung eingeleitet würden. Dazu hat u.a. die GEW einen Entwurf für ein Weiterbildungsgesetz vorgelegt, der ein wichtiger Teil der aktiven Weiterbildungspolitik sein müsse.

Neben zahlreichen Umsetzungsfragen hatten die Referenten auch grundsätzliche Kritik am Entwurf einer Arbeitsversicherung und zeigten Erweiterungsbedarf der bestehenden Ansätze auf. So sei es zwar richtig, dass die traditionelle Erwerbsbiographie sich immer weiter individualisiere. Bislang sei es aber noch nicht ausreichend gelungen, sich zu verdeutlichen, welche Erwerbsbiographien sich unter welchen Bedingungen und für welche Erwerbstätigen entwickeln. Die Vielfalt der Erwerbsbiographien und damit der vielfältige Sicherungs- und Regulierungsbedarf seien im Konzept der Arbeitsversicherung noch nicht ausreichend erfaßt.

Modernes Leben - Neue Arbeit – Sozial- staat á la carte?

Hearing der Jusos zum Thema Arbeitsversicherung
in Düsseldorf

Von Oliver Kaczmarek

Zudem müsse ein größeres Gewicht auf die Schaffung einer sozialen Infrastruktur gelegt werden, die überhaupt erst individualisierte Erwerbsbiographien für Frauen ermögliche. Allerdings standen die Referenten dem Modell eine öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS), in dem diese Einrichtungen nach Vorstellung der Jusos entstehen sollen, eher skeptisch gegenüber. Bosch hielt diesen für überdimensioniert und Knuth wollte die Verbindung von Strukturpolitik und Arbeitsmarktpolitik im ÖBS genauer gefasst sehen: welche Art von Beschäftigung in einer tertiarisierten Produktion sei damit gemeint?

Jedoch war es nicht der Anspruch der Einladenden, ein fertiges Konzept vorzulegen, das die Weihen der Wissenschaft erlangen sollte. Viel mehr sollten gerade Defizite aufgezeigt werden und die Ideen einer fachlichen Begutachtung unterzogen werden, damit zum einen bessere Konzepte entstehen und zum anderen Netzwerke für die gemeinsame Debatte entwickelt werden können. So soll der Dialog auch fortgesetzt werden. In einem nächsten Schritt sollen aktuelle Gesetzgebungsverfahren debattiert und in Hintergrundgesprächen u.a. mit NRW-Arbeitsminister Harald Schartau Ideen ausgetauscht werden, die über die aktuelle Gesetzgebung hinausreichen.

Insgesamt war das Hearing ein gelungener Start für eine hoffentlich dauerhafte Netzwerkkooperation im Bereich der Arbeitspolitik. Das nächste derartige Forum ist seitens des Juso-Bundesverbandes zum Bereich Bildungspolitik geplant.

Der Großteil der Beschäftigten hofft weiterhin auf die mit dem Normalarbeitsverhältnis suggerierten Sicherheiten.

Oliver Kaczmarek, Sozialwissenschaftler, ist Jugendbildungsreferent der Jusos NRW und lebt in Kamen

Mit ver.di auf der Suche nach Identität

von Matthias Jobelius

Die Entgrenzung von Arbeit und Leben als Herausforderung gewerkschaftlicher Politik

„Wie war nochmal Dein Name, Kollege?“. Die Behauptung, dass einige ÖTV-Delegierte ihre Schwierigkeiten mit allem Neuen haben, trifft zumindest auf den Namen ihres gerade gewählten Vorsitzenden Frank Bsirske zu. Warum die Delegierten auf ihrem richtungsweisenden Kongress Anfang November in Leipzig dem Beitritt zur geplanten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die notwendige Zustimmung verweigerten, was zum Abgang des langjährigen ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai führte und erneut Zweifel an der Reformfähigkeit der Dienstleistungsgewerkschaften aufkommen lies, dürfte indess tieferliegende Ursachen haben. Die Fusionsverhandlungen zwischen DAG, HBV, DPG, IG Medien und ÖTV waren bislang von organisationspolitischen Fragestellungen beherrscht. Die Sicherung von Funktionsstellen, die Sorge um eine Dominanz der mitgliedstarken ÖTV oder die Angst vor Traditionsverlusten sind sicherlich wichtige Momente dieser Debatte, jedoch keineswegs deren Wesensmerkmal. Insbesondere die Gewerkschaftslinken drängt auf eine Politisierung der Organisationsdebatte, denn der Erfolg von ver.di wird nicht zu letzt von der Fähigkeit abhängen, eine Struktur zu schaffen, welche der Heterogenität einer solchen Großorganisation gerecht wird, Minderheiteninteressen schützt und dennoch politische Schlagkraft sicherstellt. Die ÖTV legte bei diesen Diskussionen schon seit Monaten eine strukturkonservative Grundhaltung an den Tag, doch das eigentliche Problem liegt in der generell fehlenden Politisierung des Fusionsprozesses. Die Reformfähigkeit der Dienstleistungsgewerkschaften wird sich in der Herausforderung ma-

nifestieren, neben einem adäquaten Organisationsmodell ein inhaltliches und strategisches Profil für ver.di zu konzipieren, was der Gewerkschaftsbewegung im Dienstleistungssektor dringend benötigte Impulse liefert. Die arbeitspolitische Debatte wurde in den vergangenen Jahren von den Gewerkschaften weder initiiert noch beherrscht. Aufgrund fehlender ausstrahlungsfähiger Leitbilder und veränderter Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit befinden sich die Gewerkschaften auch heute zumeist in einer Defensivhaltung gegenüber den Phänomenen einer veränderten Arbeitswelt und somit auch in einer ungünstigen Ausgangssituation bezüglich der Auseinandersetzungen mit Parteien, Regierung und Wirtschaftsverbänden.

In den Dienstleistungsgewerkschaften ist diese Misere besonders augenscheinlich, da der tertiäre Sektor sowohl qualitativ als auch quantitativ wesentlich deutlicher von der Ausweitung atypischer Beschäftigung und der Flexibilisierung von Arbeitszeiten betroffen ist als das verarbeitende Gewerbe.

Die für Frühjahr 2001 geplante Fusion der fünf Dienstleistungsgewerkschaften zur größten Einzelgewerkschaft der Welt mit 3,2 Millionen Mitglieder und ca. tausend vertretenen Berufen sollte daher viele Hoffnungen auf die Entstehung einer sowohl betrieblich wie politisch durchsetzungsfähigen Arbeitnehmerorganisation beinhalten. In der Diskussion um das zukünftige Profil der geplanten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vereinen sich immerhin die beiden Debatten über die emanzipativen Potentiale des Wandels der Erwerbsarbeit und über die zukünftige inhaltliche und strategische Ausrichtung gewerkschaftlicher Politik zu einem noch offenen, aber sehr dynamischen Prozess gewerkschaftlicher Neuorientierung.

Was den Umgang der Dienstleistungsgewerkschaften mit neuen Arbeitsverhältnissen und neuen Arbeitszeitregimen so kompliziert macht, ist zum einen deren Heterogenität, zum anderen deren Ambivalenz. Verbindet sich mit der Frage von Arbeitsverhältnissen und -zeitregime vor allem ein Regulationsproblem, bedeutet letzteres eine grundsätzliche politisch-programmatische Herausforderung. Der Dienstleistungsbereich präsentiert sich insgesamt sehr uneinheitlich, mit erheblichen qualitativen, quantitativen und temporären Unterschieden in

einzelnen Teilbereichen. Segmentierung des Arbeitsmarktes und Polarisierung von Einkommen und Arbeitszeiten sind im Dienstleistungssektor wesentlich deutlicher ausgeprägt, als im sekundären Sektor. Allein von den ca. 6,5 Mio geringfügig Beschäftigten arbeiten über 90% im Dienstleistungssektor, deren vordringlicher Regulationsbedarf vor allem in der Beschäftigungssicherung, dem Kündigungsschutz und der sozialen Sicherung liegt. Umgekehrt finden sich hier überdurchschnittlich viele hochqualifizierte Beschäftigungsverhältnisse, die gänzlich andere Erfordernisse kollektiver Regulierung in sich tragen.

Ein Beispiel: Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und des tayloristischen Zeitregimes wurde und wird m.E. oft auch als Moment der Humanisierung von Arbeitsverhältnissen bewertet. In der Tat bieten viele der neuen Arbeitsverhältnisse die Möglichkeit einer neuen Zeitsouveränität und einer Abkehr eines auf den männlichen Haupternährer orientierten Familienbildes. Doch zeigt sich inzwischen auch, dass vor dem Hintergrund neuer Management- und Steuerungskonzepten („indirekte Steuerung“) in Unternehmen, die neu gewonnene Autonomie nur allzu schnell zum Fluch werden kann: In dem Maße, wie die Selbstbestimmung über die eigene Zeit steigt, nimmt häufig auch die Bereitschaft zur 'Selbstaussbeutung' drastisch zu. Eine übersteigerte Bereitschaft mehr zu leisten und 'ohne Ende' zu arbeiten, wird mehr und mehr zum Charakteristikum qualifizierter Dienstleistungsjobs. „Durch die indirekte Steuerung wird es möglich, selbständiges, unternehmerisches Handeln in abhängige Beschäftigungsverhältnisse einzuführen – ohne dass an den Macht und Eigentumsverhältnissen gerüttelt werden muss.“ (Peters 1999, S. 9).

Auseinandersetzung um ein neues Profil

Viele der derzeitigen Entwicklungen im Dienstleistungssektor, insbesondere die Vielzahl neuer Arbeitszeitmodellen, tragen Elemente in sich, die seit Jahren zum gewerkschaftlichen Forderungskatalog gehören und sich gegen die starren Zeitvorgaben und Kommandostrukturen des Fordismus und das einseitig männlich dominierte Erwerbsarbeits- und Familienbild richteten. Gleichzeitig tragen diese Entwicklungen Tendenzen in sich, welche die Wirkungsmacht der Ge-

Die Diskussion um ver.di beinhaltet die Auseinandersetzung um die Positionierung gewerkschaftlicher Arbeit im 21. Jahrhundert.

werkschaften weiter zu verringern und den Arbeitnehmern ein Mehr an Arbeit, Ausbeutung und Gesundheitsgefährdung zu beschern drohen.

Mit der Gründung der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist die Erwartung verbunden, neue arbeitspolitische und sozialstaatliche Leitbilder zu entwickeln, die Antworten auf die Veränderung des Normalarbeitsverhältnisses liefern, welches lange Zeit die handlungsleitende Bezugsgröße gewerkschaftlicher Politik darstellte.

Demgegenüber sind in der Auseinandersetzung um das zukünftige Profil von Gewerkschaften zwei Tendenzen besonders dominant:

Zum einen kann ein Trend zur Idealisierung des fordistischen Arbeitsregimes ausgemacht werden. Erhofft wird „die Rückkehr der deutschen Gesellschaft und damit auch der Gewerkschaften zu den Verhältnissen in der Alt-Bundesrepublik zwischen den 50er und den 80er Jahren.“ (Klönne 1999, S. 26). Ein solcher Ansatz leidet nicht nur unter einem schlechten 'Kurzzeitgedächtnis', da er den hohen Entfremdungsgrad und den Ausschlusscharakter durch die männlich dominierte Erwerbsarbeit des fordistischen Kapitalismus verkennt. Nicht nur auf Grund der Entstehung eines neuen Zeit-, Werte- und Arbeitsregimes werden sich die Gewerkschaften von der lieb gewonnenen Tradition des westdeutschen Wohlfahrtsstaats verabschieden müssen. Nach der einseitigen Aufkündigung des sozialstaatlichen Konsenses steht eine Restauration des vergangenen Sozialstaatsmodells nicht auf der politischen Agenda.

Dem entgegen gesetzt steht ein Ansatz, der den Dienstleistungsgewerkschaften ein Selbstverständnis als Dienstleistungsagenturen abverlangt, deren wesentliche Aufgabe in der besseren Ressourcenausstattung und individuellen Beratung der Arbeitnehmer/innen liege. Die Befürworter einer solchen Strategie sehen darin eine Antwort auf die zunehmende Individualisierung von Erwerbsbiographien und arbeitsrechtlichen Problemen. Angesichts sinkender Mitgliederzahlen wird diese Strategie zudem als Möglichkeit der Attraktivitätssteigerung betrachtet, da so der unmittelbare Nutzen einer Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften erkennbar sei.

Eine Verbesserung der Beratungs- und Serviceangebote ist eine permanente Aufgabe von Interessensvertre-

tungsorganisationen und gehört in den Bereich innerorganisatorischer Evaluation. Das Leitbild von ver.di als Dienstleistungsagentur für die Beschäftigten im tertiären Sektor geht jedoch weit drüber hinaus. Wenn sich ver.di an diesem Leitbild orientiert, so wird die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft zu einer unpolitischen Weiterbildungsorganisation verkommen, deren Aufgaben auch von kommerziellen Dienstleistern übernommen werden könnten (was früher oder später sicherlich auch passieren würde).

Beide Ansätze offenbaren die theoretische Misere der Dienstleistungsgewerkschaften. Gewerkschaftliche Politik darf nicht dem Versuch unterliegen, das Arbeits- und Zeitregime des Fordismus zu idealisieren, genauso wenig wie sie im Zuge von eindimensionalen Konsensstrategien vorauseilenden Gehorsam gegenüber den vermeintlichen Sachzwängen einer neuen Arbeitsgesellschaft praktizieren und damit ihren Anspruch als gesellschaftliche Gegenmacht aufgeben darf.

„Der Arbeit wieder ein Maß geben“ und Flexibilisierung absichern

Während in Bezug auf die Spaltung des Arbeitsmarktes eine klare Positionierung der Gewerkschaften weniger Mühe macht, gibt es für die 'Entgrenzung' von Arbeits- und Lebenswelt keine allgemeinen Bewertungsmaßstäbe: „Arbeitsmarktpolitik muss auch unterscheiden (lernen), wann Flexibilisierung mehr Souveränität im individuellen Umgang mit den eigenen Ressourcen (etwa Verfügbarkeit, Zeit) bzw. der Ausgestaltung von Arbeit und Leben bedeutet und wann (und vor allem auch: für wen) damit in hoch problematischer Weise „Entsicherung“ betrieben wird.“ (Döhl, u.a. 2000, S. 14).

Durch die Auflösung der Grenzen zwischen Arbeits- und Lebenswelt bekommt gewerkschaftliche Arbeitspolitik eine neue Dimension: In dem Moment, in dem Chancen und Risiken von Erwerbsbiographien stärker mit dem persönlichen Lebensentwurf verknüpft sind, ergibt sich für Gewerkschaften nicht mehr nur ein arbeitspolitischer Anspruch, sondern die Aufgabe einer „Neuverteilung von Lebenschancen“ (Schmitthener 1999). War der Freizeitbereich früher strikt vom Arbeitsleben getrennt, so droht durch die Entgrenzung der Arbeit auch eine Ökonomisierung zuvor ge-

schützter Zeit- und Lebensräume; die Sphäre der 'Reproduktion' bzw. der privaten Lebensgestaltung gewinnt eine neue politische Brisanz. Das die Gewerkschaften sich diesem neuen Konfliktfeld stellen ist „Voraussetzung dafür, diffuse allgemeine (lebensweltliche) Fragen und Forderungen mit konkreten Interessen(gegensätzen) zu verknüpfen und damit als arbeitsmarktpolitische Forderungen zu reformulieren.“ (Döhl u.a. 2000, S. 16).

Es lassen sich zwei handlungsleitende Prinzipien einer politischen Strategie erkennen, welche die Entgrenzung von Arbeit und Leben progressiv gestaltbar machen:

1. Die Verbindung von Flexibilität und sozialer Sicherheit durch den Entwurf eines neuen Leitbildes des Sozialstaates, welches die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen absichert und neue Optionen der selbstbestimmten Lebensplanung eröffnet;
2. Die Regulierung und Begrenzung von Arbeit und Beschäftigungsverhältnissen durch differenzierte arbeitsrechtliche Instrumentarien und qualitätssichernde Maßnahmen;

Beide Prinzipien sind mehrdimensional und vielschichtig, da sie nicht nur arbeitsrechtliche Regulierung, sondern auch tarifrechtliche Beziehungen und sozialstaatliche Leistungen umfassen.

Ob ver.di ein Erfolg wird hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, im Sinne dieser Prinzipien inhaltlich ausstrahlungsfähige Leitbilder zu entwickeln, sich aus der theoretischen Verteidigungshaltung zu befreien und an die Spitze der Debatte um eine Reform des fordistischen Regulationsmodells zu stellen. spw

Literatur :

- Döhl, Volker u.a. 2000 : Krise der NormalArbeit(s)Politik. Entgrenzung von Arbeit - neue Anforderungen an Arbeitspolitik. In : WSI -Mitteilungen 1/2000.
- Klönne, Arno 1999 : Die Gewerkschaften auf dem geordneten Rückzug. Rück- und Ausblicke. In : Schlemmer, Gisbert u.a. : Kapitalismus ohne Gewerkschaften ? Eine Jahrhundertbilanz. Hamburg.
- Peters, Klaus 2000 : Die neue Selbständigkeit von Arbeit. In : Pickshaus, u.a. „Der Arbeit wieder ein Maß geben“. Neue Managementkonzepte und Anforderungen an eine gewerkschaftliche Arbeitspolitik. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2000. Hamburg.
- Schmitthener, Horst 1999: Neuverteilung von Lebenschancen. Eckpunkte für ein gewerkschaftliches Reformprojekt im Übergang ins 21. Jahrhundert. In: Schlemmer, Gisbert u.a. (Hrsg.): Kapitalismus ohne Gewerkschaften ? Eine Jahrhundertbilanz. Hamburg.

Gewerkschaftliche Politik darf nicht dem Versuch unterliegen, das Arbeits- und Zeitregime des Fordismus zu idealisieren

Jetzt wieder da:

Kommunal 2001

Das kommunalpolitische Standardwerk

Mit über 720 Seiten setzt Kommunal 2001 erneut Maßstäbe. Das Standardwerk enthält alle wichtigen Anschriften, Namen und Telefonnummern für den kommunalpolitischen Alltag und darüber hinaus. Über 6.000 Einzeldaten informieren Sie über kommunale Spitzenverbände, Kommunalverfassungen, Kreise, Städte, Gewerkschaften, Europa, Medien, Umweltinitiativen, Verbände und Messengesellschaften. In gesonderten Kapiteln gibt Kommunal 2001 einen Überblick über kommunale Adressen in Österreich und der Schweiz. Alle Angaben in Kommunal 2001 sind bundesweit und parteiübergreifend zusammengestellt. Ein komplettes Namensregister erleichtert das schnelle Auffinden wichtiger Daten.

Preis: 39,80 DM

(inkl. MwSt.) zzgl. Porto
und Verpackung

ISBN-Nr.: 3-87579-080-4

Jetzt bestellen:

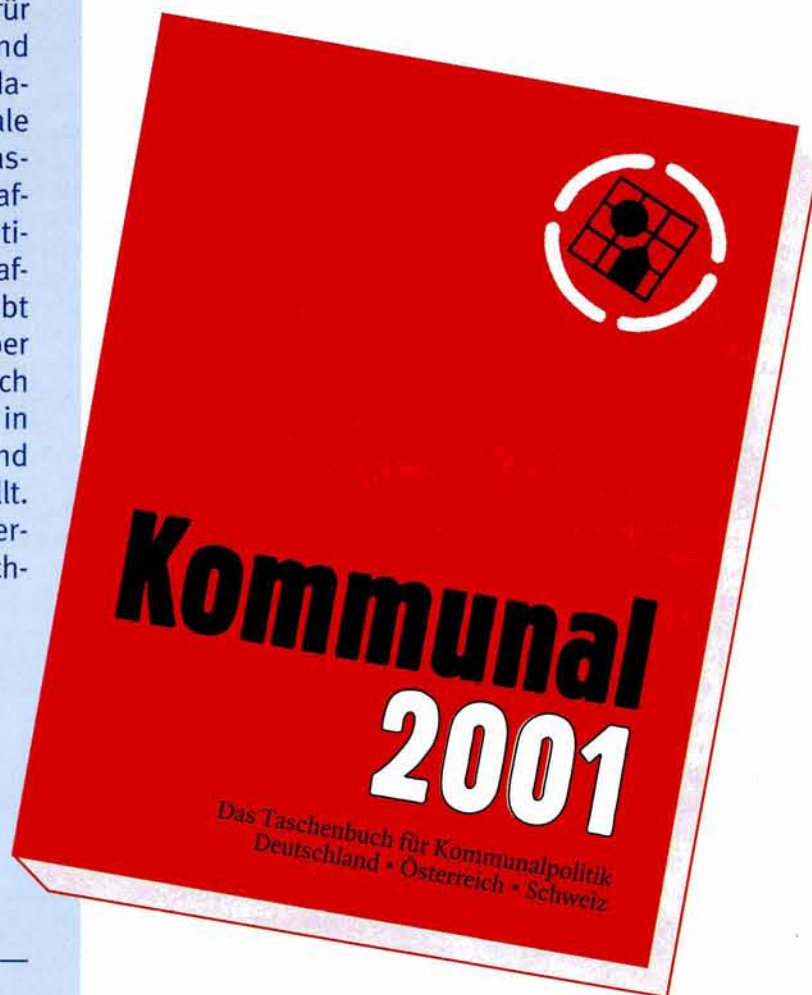
**Deutsche Druck- und
Verlagsgesellschaft mbH**

❖ **Stresemannstraße 30
10963 Berlin**

❖ **Tel. (0 30) 2 55 94 - 1 30**

Fax (0 30) 2 55 94 - 1 90

❖ **E-Mail vertrieb@vorwaerts.de**





„Da die PDS fundamental-ideologische Unterschiede zur SPD kaum mehr begründen kann, sehe ich keine grundsätzlichen Argumente, die gegen einen Zusammenschluss (von SPD und PDS) sprechen“, so Andrea Nahles in einer Stellungnahme in der *Woche* vom 27. Oktober 2000. Eine linke Partei, so die ehemalige Jusos-Vorsitzende weiter, sei genug. Das ist ein Trugschluss, wie der Kurs der SPD und die Lage der SPD-Linken in dieser Partei zeigen. „Vereinigungen“ oder „Beitritte“ bringen für die Linke nichts. Erst eine eigenständige linke sozialistische Partei im Parteiengefüge der Bundesrepublik neben der SPD stärkt die Linke (auch in der SPD) insgesamt.

Damit sind wir beim eigentlichen Problem: Welche Chancen hat die PDS sich als eine solche eigenständige linke Kraft dauerhaft zu etablieren? Die verschiedensten Strategien anderer Parteien, die PDS kurzfristig zu eliminieren und das Wählerpotential abzuschöpfen, sind kläglich gescheitert. Auch die „Entzauberungsstrategien“ sind (zumindest bislang) nicht aufgegangen. Die Periode der Ausgrenzung der PDS geht zu Ende. In zwei ostdeutschen Bundesländern regiert die PDS direkt oder indirekt mit und es war nicht ihr Schaden. Dennoch ist die Frage über die Zukunft der Partei noch nicht entschieden.

Neue Herausforderungen und alte Probleme

Mit dem Ende der Ausgrenzung ist die Politikfähigkeit der PDS in einer höheren Qualität gefragt. Um diese entscheidende Herausforderung für die Partei in der jetzigen Phase ihrer Entwicklung in Angriff zu nehmen, ist die Partei mit einigen Schwierigkeiten

konfrontiert. Zunächst muss das neue Führungspersonal diese Aufgabe entschieden angehen und die Kräfte bündeln. Hinzu kommt aber, dass nach der Logik der Masse der Mitglieder es nicht in erster Linie wichtig ist, „politikfähig“ zu sein, d.h. Politikinhalte vorzulegen, die heute (und nicht in späteren Jahrzehnten) umsetzbar sind. Auch Bündnisse mit anderen Parteien einzugehen und Kompromisse zu schließen und sich letztlich auch an Regierungen auf verschiedener Ebenen zu beteiligen, stehen für diese nicht im Vordergrund. Im Gegenteil, der Begriff „Politikfähigkeit“ wurde oftmals innerparteilich so gedeutet, dass die Parteispitzen Überzeugungen und Positionen über Bord werfen und die PDS auf den Weg des „Verrats“ führen.

Bestes Beispiel dafür war die Ablehnung des vom Vorstand und der Fraktionspitze eingebrachten Leitetrags des Parteitag in Münster, bei Militäreinsätzen der UNO nicht von vornherein Nein zu sagen, sondern den Einzelfall zu prüfen. Selbst die Autorität Gysis half hier nicht. Die Mehrheit der Delegierten vermutete die Aufgabe von antimilitaristischen oder pazifistischen Positionen. Der Weg der Grünen war dabei immer im Hinterkopf vieler Delegierten. Die PDS sollte ihre „reine Weste“ behalten und sich lieber nicht zu sehr in die konkrete Welt von heute vorwagen. Die konservativen Kräfte in der Partei unterschiedlicher Couleur (einschließlich der früher am heftigsten Befürworter des Befreiungskampfes mit Waffengewalt) dominierten bzw. konnten die Stimmung für sich verbuchen.

Die innerparteilichen Kräfteverhältnisse schienen ins Wanken zu geraten. Fundamentalistische Kräfte, Marxistisches Forum und Kommunistische Plattform sahen sich schon als

Nach Cottbus

Problemlagen und Zukunftsaussichten der PDS

Horst Dietzel/Gerry Woop

die tonangebenden Kräfte in der PDS. Der Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf rief dazu auf, dieses vermutete neue Kräfteverhältnis auch personell bei den anstehenden Vorstandswahlen auf dem Parteitag in Cottbus personell zu untersetzen. Dieses Vorhaben aber misslang völlig. Der neu gewählte Parteivorstand der PDS ist „politischer“ denn je zusammengesetzt. Viele Vorstandmitglieder tragen in den Ost-Ländern wichtige politische Verantwortung. Neben Dieter Dehm wurde der sächsische Partei- und Fraktionsvorsitzende Peter Porsch zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Von den Vorstandmitgliedern ist Helmut Holter stellv. Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern, Petra Sitte Fraktionschefin in Sachsen-Anhalt, Petra Pau Vorsitzende des starken Berliner Landesverbandes usw. Auch der Leitetrug des Vorstandes wurde mit sehr großer Mehrheit angenommen, der ein Mitte-Links-Bündnis zumindest mittelfristig für realistisch hält. Alles in allem eine deutliche Hinwendung zur Politik.

Sicher sind die Ergebnisse des Cottbusser Parteitages ein nicht zu gering zu schätzendes Zwischenergebnis, dass die PDS sich konsequent den neuen Herausforderungen stellt. Dennoch gibt es auch Gegentendenzen. Allein die Debatte um „Deutschland“ und die „Nation“ zeigten, dass möglicherweise den für die PDS profilbestimmenden Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des Umbaus der sozialen Sicherungssysteme unter den Bedingungen der Globalisierung u.ä. wieder ausgewichen wird.

Differenzierungen im Reformlager

Bei der Positionsbestimmung in den genannten wie auch anderen innerparteilichen Streitpunkten wird man mit dem bislang gängigen Schema „Reformer“ gegen „Orthodoxe“ nicht

Damit sind wir beim eigentlichen Problem: Welche Chancen hat die PDS sich als eine solche eigenständige linke Kraft dauerhaft zu etablieren?

Horst Dietzel, Berlin, Sozialwissenschaftler,
Mitglied der Grundsatzkommission der PDS
Gerry Woop, Berlin, Politikwissenschaftler,
Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrcke

Wenn Sie täglich alle Lokalausgaben deutscher Zeitungen lesen müssten, aber keine Zeit haben.

Lesen Sie DEMO!



Politik passiert vor der eigenen Haustür. Aber vor jeder Haustür passiert eine andere Politik. Als Reporter müssen Sie wissen, was jenseits Ihres Kirchturms passiert, als Kommunalpolitiker müssen Sie darüber informiert sein, wie andere Probleme lösen, als Bürger ist es wichtig zu wissen, wie man sich informiert und erfolgreich einmischt. Jeden Monat lesen Sie in der DEMO, was in Deutschland auf lokaler Ebene gedacht und getan wird. Jetzt auch unter www.demo-online.de!

DEMO: Deutschland lokal.

Jetzt zwei kostenlose Probehefte bestellen

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH · Aboabteilung
Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel. (0 30) 2 55 94 - 1 30 · Fax - 1 90
E-Mail vertrieb@vorwaerts.de · www.demo-online.de

mehr gerecht werden. Das „Reformlager“ ist nicht homogen, sondern setzt sich aus verschiedenen Kräften zusammen, die bei genauem Hinsehen unterschiedliche Auffassungen in Fragen der Fiskal- und Steuerpolitik, der Innenpolitik, ja selbst in der Sozialpolitik haben. So gibt es ein unterschiedliches Verständnis vom Sicherheitsbedürfnis bei Menschen oder Staaten. Dieses hat Auswirkungen auf die Positionen in der Innen- und Außenpolitik. Ein eher traditionalistischer sozialer Ansatz beim Beschreiben des sozial-ökologischen Umbaus weist Differenzen zu einem mehr ökologisch fixiertem Herangehen auf - mit Folgen für politische Prioritäten und öffentliche Botschaften. Gleiches gilt im Kern für die unterschiedliche Nutzung und Gewichtung der Begriffe Moderne oder Sozialismus. Ist die Verschuldung öffentlicher Haushalte aktiv anzugehen oder eher als im Wachstum sich selbst lösendes Problem zu begreifen? Soll die Rente nur durch Umverteilung und durch eine Politik für mehr Arbeitsplätze gesichert werden oder dürfen oberhalb definierter Einkommensgrenzen private Vorsorgeaspekte eingebaut werden - bzw. sollen die Probleme durch mehr Bundeszuschüsse gelöst werden?

Zusammengefasst geht es um die Frage, inwieweit Lösungen für den Umbau der Sozialsysteme wie auch für die sich gravierend wandelnde Arbeitsgesellschaft gefunden werden, die jenseits des Neoliberalismus oder der dominierenden sozialdemokratischen Variante liegen, die aber gleichzeitig dem gewachsenen Wohlstand, dem Verlangen nach sehr verschiedenen Lebensentwürfen Rechnung tragen und zugleich Solidarität und Zusammenhalt in einer individualisierten Gesellschaft sichern.

Diese vielschichtigen Klärungsprozesse werden Streit ins PDS-Haus bringen, der produktiv sein und die alten, nach innen gerichteten, ideologisierten Streitthemen überlagern kann. Gerade auf diesem Feld wird sich zeigen, wie „politikfähig“ die neue PDS-Spitze tatsächlich ist. Und es wird auf jedem Politikfeld einen Streit zwischen Traditionalisten und Modernisierern geben, sicher in anderen Koordinaten, aber ähnlich wie in anderen Parteien auch. Neue Konstellationen sind zu erwarten. Wer meint, das außenpolitische Thema in Münster sei lediglich ein Ausrutscher durch schlechtes Management gewesen, der irrt. Es wird in Zukunft viel davon abhängen, ob die Tragweite

der Globalisierungsprozesse ernsthaft in ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft als Grundlage politischen Handelns angenommen wird, und ob die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse und die Folgen neuer Produktivkräfte, die Individualisierungsprozesse als Prämissen für die politische Konzeptionen der PDS tatsächlich angenommen werden.

Alles gipfelt in der Frage, ob die PDS über jetzt schon Vorhandenen alternativen Reformvorstellungen hinaus auch ein schlüssiges Gesamtkonzept vorlegen kann. Davon hängt ab, ob sie lediglich ein Korrektiv in Einzelfragen zur jetzigen (oder anderen Regierungskonstellation) oder ob sie eine Reformkraft mit einem eigenen Profil wird.

Die PDS im Parteiensystem der Bundesrepublik

Heute wird vielfach betont, dass die PDS vor allem dadurch eine Chance hätte, weil sich SPD und Grüne nach rechts bewegt hätten und die Regierung einen am Neoliberalismus orientierten Kurs fährt. Dadurch würden neue Räume für die Demokratischen Sozialisten frei werden. Das stimmt nur bedingt, denn mit einer erfolgreichen Regierungspolitik wird diese Lücke links von der SPD relativ kleiner. Mehr traditionell eingestellte SPD-Wähler gehen mit der Partei mit in die Mitte. Das Koordinatensystem links-rechts verschiebt sich generell. Traditionalistische linke Wähler werden weniger. Die sie tragenden Milieus schmelzen ab und neue „libertäre“ Milieus entstehen mit der Zunahme neuer Technologien und der Individualisierung. Zugleich hat die PDS - auch durch kulturelle Barrieren - erhebliche Schwierigkeiten, linke gewerkschaftliche geprägte Milieus für sich zu gewinnen, obwohl diese bei wichtigen Fragen in größerer Distanz zur gegenwärtigen Regierungspolitik stehen. Wenn hier ein Durchbruch der PDS gelänge, würden sich die sie tragenden Milieus im Westen strukturell verändern.

Vieles spricht allerdings dafür, dass die PDS auf den wesentlichen Politikfeldern die Partei im Parteiensystem mit einem traditionalistischen linken (genauer linkssozialdemokratischen) Profil sein wird, gewürzt mit gewissen fundamentalistischen Positionen bei Themen der klassischen Innen- und Außenpolitik. Das kann ihr kurzfristig Vorteile bringen, mittel- und längerfristig jedoch würde sie von den Modernisierungstendenzen

der Gesellschaft möglicherweise überrollt werden. Ein reines Umverteilungsimago einer Robin-Hood-Partei wird in Zukunft allein nicht mehr tragen.

Im Parteienwettbewerb braucht gerade die PDS mehr Problemlösungskompetenz in den sie prägenden Politikbereichen. Zugleich steht sie vor der Aufgabe weiterhin drei Faktoren miteinander in schwieriger Balance zu verbinden: gestaltende Reformpartei zu sein, aber zugleich ihren Charakter als Protestpartei gegen den neoliberalen Mainstream nicht aufzugeben. Schließlich muss sie die originäre Ostpartei bleiben, gleichzeitig aber das „Nur“-Ostimage abstreifen, ohne ihr dortiges Standbein zu schwächen..

Letztlich braucht die PDS auch eine Machtperspektive im parlamentarischen Raum. Ein kommunistisches Parteiverständnis, sich lediglich als gesellschaftliche Oppositionspartei gegen alle anderen zu begreifen, die „Gegenmacht“ mit Bündnispartnern aufzubauen versucht, ist historisch gescheitert. Deshalb ist es so wichtig, dass die Mehrheit der Mitglieder und -Sympathisanten die PDS als eine Partei begreifen, die - ein Teil eines - im einzelnen wie auch immer gearteten - Mitte-Links-Bündnis sein kann. Hier hat der Cottbusser Parteitag ein eindeutig positives Signal ausgesendet. Dennoch bleibt der Abgang von Gysi und Bisky eine tiefe Zäsur in der bisher kurzen Geschichte der PDS. Es wird erheblich schwieriger sein, ohne Gysi im Westen Gehör zu finden. Aber der Führungswechsel wurde - im Vergleich zu anderen Parteien - positiv vollzogen. Zusammen mit der in Cottbus beschlossenen politischen Linie stehen die Chancen für die PDS nicht schlecht, im Jahre 2002 wieder in den Bundestag einzuziehen und sich dauerhaft im Parteiensystem der Bundesrepublik zu etablieren.

spw

Ein reines Umverteilungsimago einer Robin-Hood-Partei wird in Zukunft allein nicht mehr tragen.



Die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie in der Sackgasse

Entdemokratisierung als vorausseilende Parteireform und das fatale Ergebnis

von Christian Z. Schmitz



Das Moment der Angst und die Konzentration der Macht

In der rheinland-pfälzischen Sozialdemokratie herrscht Gemütlichkeit. Die oft an Ignoranz grenzende Gleichgültigkeit der Ortsvereine gegenüber den übergeordneten Gremien hat schon so manchen in den Chefetagen zur Verzweiflung gebracht. Bisher angedachte Parteireformen der hauptamtlichen oder organisationspolitischen Struktur würden denn auch ohne Wirkung ins Leere laufen.

Die Partei begnügt sich in einem nichtverbalisierten „common sense“ des Kritikverzichts der Ortsebene und lässt die Oberen mal machen.

Wer die Ochsentour geschafft hat, genießt das (fast) uneingeschränkte Vertrauen. Nur selten regt sich von den Unterbezirken und Bezirken Diskussionsbedarf, schlagen sie wie ein schlafender Riese mal zu, so geschehen bei den Umstrukturierungen der Bezirksregierungen, der Privatisierung kommunaler Betriebe, der Sozialstaatsdebatte oder bei der Öko-steuer.

Politische Inhalte sind dem freien Aushandlungsgeschick der Mitglieder der Landesregierung freigegeben. Flügelzugehörigkeit ist Privatsache und wirkt eher wie ein Charakterstempel auf dem sonst der Partei versprochenen Engagement.

Straffer geht es in der unmittelbaren Umgebung des Machtzentrums zu: Fast nichts geschieht in der Lan-

despartei, ohne dass es der Landesvorsitzende und Ministerpräsident Kurt Beck will. Die inhaltliche Erarbeitungsebene ist auf die Ministerialbürokratie und den (zum Glück meist guten) MitarbeiterInnen der Abgeordneten überlassen. Diskussionen werden nur gestattet, wenn der öffentliche Druck eine Nichtbehandlung als Offenbarung geisseln würde. *Eine Durchsetzung von Themen oder Positionen ist deshalb ein Gradmesser der allgemeinen parteiöffentlichen Anerkennung.*

Dies erklärt auch die Bodenständigkeit des Landesvorsitzenden, der dem klassischen Bild der „alten Sozialdemokratie“ zuzurechnen wäre, wo Kernerarbeit und Glaubwürdigkeit noch besser bewertet wird, als eine flotte Zunge. Der Vorsitzende wirkt und agiert als personifiziertes Selbstverständnis der rheinland-pfälzischen Sozialdemokratie.

Die uneingeschränkte Machtkonzentration auf den Vorsitzenden spiegelt sich am eindrucksvollsten bei dem alltäglichen politischen Umgang wider. Die Vorbereitungen zur politischen Positionierung auf einem Themengebiet, erinnert an die Höfe der Cäsaren, wo Verbündete, Vertraute und BeraterInnen, inhaltlich Verantwortliche und Mitglieder des Hohen Rates (Präsidium) am besten einzeln und unabhängig voneinander angesprochen und gewonnen werden müssen, um den grossen Schlag vorzubereiten. Diesen Schlag kriegt man dann meistens gar nicht mit, es ist dann so passiert und wird vom Landesvorsitzenden dem/r überraschten InitiatorIn dann auf einer Landesvorstands- oder -ausschusssitzung verkündet, vielfach in beiderseitiger Unkenntnis des Prozesshergangs.

Diese bildhafte Übertreibung der rheinland-pfälzischen Aushandlungsebenen wirken zwar etwas befremdlich, haben jedoch ihre eigenen festen Regeln. Gleichzeitig ermöglichen sie so Freiräume, auch für (jung-)sozialistische Initiativen, die ohne größere Widerstände sonstiger Platzhirsche bis in die Vorlagen einzelner Ministerien reichen können. Symbolische Auseinandersetzungen sind auf ganz wenigen Konfliktfeldern möglich (Bsp. Rente) und beschränken sich zumeist auf Wortgefechte in den seltenen SPD-Sitzungen.

Andererseits hat dieses Gebahren zur Folge, dass Widerspruch, schlecht vorbereitet, schlecht argumentativ unterlegt oder auch nur im falschen Moment vorgebracht mit dem Auscheiden aus dem Spiel bestraft wird. Die Gefahr, das Falsche (oder auch das Richtige) in einem falschen Ton zu sagen, ist durchaus real, wenn man zur „persona non grata“ durch den Landesvorsitzenden gebrandmarkt und damit auf die Strafbank versetzt wird. Dies kann allerdings länger dauern als zwei Minuten.

Die rheinland-pfälzische SPD hat in der Tat zwei Gesichter: Die sehr bodenständige Ortsebene, die bei KandidatInnenaufstellungen u.ä. sich gar nichts vormachen lassen will und die Landesebene, die mit eiserner Hand geführt wird und die Autorität des Landesvorsitzenden nahezu kritiklos anerkennt.

Vor diesem Hintergrund muss der Landesparteitag im Oktober betrachtet werden. Zum ersten Mal wurde ein ausserordentlicher Parteitag zur Aufstellung der Landesliste so minutiös vorbereitet.

Wie auch sonst in der Landespartei üblich, sollte keine Sekunde Frei-

Die Durchsetzung von Themen oder Positionen ist Gradmesser der allgemeinen parteiöffentlichen Anerkennung

Christian Schmitz, Juso-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz, studiert Geographie, Volkswirtschaftslehre, Kulturanthropologie und Politik, er lebt in Trier

raum offenstehen, nichts möglich sein, was nicht kontrollierbar wäre.

Nervosität vor dem Show-down

Mit Informationen zum Parteitag wurde selbst im Landesvorstand gespart. Bis ins letzte Detail sollte das Geld, das er kostete, durch positives Medienecho wiedereingespielt werden. Für eine Partei ist dies ein legitimes Ansinnen, demokratische und langwierige Personalentscheidungen auch nach außen attraktiv zu zeigen.

Doch bereits in den Bezirken hatte es heftig geknistert: die harte Erfüllung der Quote, Regionalproporz, Bezirks- vs. Landesinteressen waren zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen. Niemand war sich sicher, ob es nicht zu heftigen Diskussionen auf dem Landesparteitag kommen würde. Zu alledem heizte die Ökosteuerdebatte und die sich angekündigten demonstrierenden Bauern vor dem Parteitag die Stimmung im Vorfeld an. Doch innerparteilich wurde erfolgreich gearbeitet und versöhnt und auch protestierende Bauernschaften blieben auf dem Landesparteitag aus.

Auf dem Parteitag wurden Kandidaturen schließlich mit Hinweis oder besser gesagt „Drohung“, sie würden die Partei schädigen, unmöglich gemacht.

Inhaltlich stand die Rede des Bundesvorsitzenden und Kanzlers, sowie die umfangreiche Rede des Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden, Kurt Beck, im Vordergrund.

Jusos als einzige Gruppe in der SPD erkennbar

Natürlich besteht die Gefahr, dass der Autor als Juso-Landesvorsitzender die Bedeutung seines Verbands überbetont, aber tatsächlich war es so, dass nur Jusos (bis auf Rudolf Scharping, dem ebenfalls 5 Minuten zugestanden wurden, bei fast abgeschaltetem Mikro) sich zu Wort meldeten. Sie waren als einzige mit einem Informationsstand präsent, brachten eigene Programmpunkte vor und versuchten die Grenzen ihrer Möglichkeiten auszuweiten. Ursprünglich waren von Seiten der Partei derartige Aktivitäten gar nicht eingeplant. Die Redeliste zur Aussprache wurde für und durch die Jusos erst geöffnet, und obwohl kein Antrag mit Verweis auf den Programmparteitag im Januar zugelassen wurde, durften die Jusos ein eigenes Programmpapier zu Bildung vorstellen, das eine zurückhaltend formulierte aber deutliche Absage an die

geforderte „Eliteschule“ des Koalitionspartners enthielt.

Doch gerade mit der Präsentation der jungen Direkt- und ErsatzkandidatInnen in den Wahlkreisen (20 unter 40) machten die Jusos deutlich, dass nicht irgendwelche Jugendliche nun in die Parteiämter nachrücken, sondern dass es Jusos sind. JungsozialistIn-Sein ist also nicht schädlich für eine Karriere, wie es manches Mal in der Partei zu hören war und organisiert werden sollte, im Gegenteil. Das ist der Generation, die jetzt in Verantwortung ist, klar geworden: Sie kann sich ihre jungen Leute nicht aussuchen nach dubiosen Kriterien der Anpassungsfähigkeit. Das wird nämlich nach hinten losgehen - vor allem für die Partei!

In der Tat stehen trotz massiver Konkurrenz und Machtspielchen zwei aktive JungsozialistInnen, Alexander Fuhr (Pfalz) und Beate Reich (RHN) abgesichert auf der Liste, zwei weitere Jusos (aus RHN) könnten die Chance erhalten, im Laufe der Legislaturperiode nachzurücken.

Von der „Initiative Sozialdemokratische Zukunft“ (ISZ), die von einigen Parteirechten und dem ehemaligen Landesvorsitzenden der Jusos, Frank Nauheimer, initiiert und hofiert wurde, „um die Jusos überflüssig zu machen“, ist innerparteilich nichts mehr zu hören. Die Protagonisten dieser Gruppe haben sich vor Ort durch ihren Karriereehreiz, der durch die fehlende soziale, inhaltliche und politische Kompetenz nicht gerechtfertigt wurde, selbst ins Aus gesetzt.

Während vorher eine Abgrenzung von den Jusos zum Dogma erklärt wurde, beziehen sich selbst die überzeugtesten „Jungen Sozialdemokraten“ (sind alles Männer) loyal zu diesem Verband und arbeiten, die Streitkultur pflegend, konstruktiv mit.

Die strategische Machtkonstellation und das fehlende Moment „Partei zu sein“

Dieser Parteitag zeigte andererseits aber deutlich, dass die Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz inhaltlich schweren Zeiten entgegen geht. Alle noch vorhandenen innerparteilichen Aktivitäten auf Landesebene resultieren aus der Arbeit der Jusos. Nachdem die Partei bei der Erarbeitung des Programms außen vor gelassen wurde, rufen nun hochrangige FunktionärInnen der Landespartei die Jusos auf, sich am Januarparteitag zu Wort zu melden. Der Partei fehle landespolitisch ein „Offensivthema“ wird nun

den staunenden Unterbezirken verkündet, ist doch sonst eine Beteiligung der Parteigliederungen an der Landespolitik lästig. Die Sozialdemokratie ist zur Zeit als Regierungsorganisation alternativlos, will sie es bleiben, ist als Partei ein Neuanfang überfällig.

Durch das Fehlen eines eigenständigen Profils, hat sich die rheinland-pfälzische SPD auf Gedeih und Verderben der Bundesstimmung ausgeliefert. Jedoch - die nächste Ökosteuererhöhung ist bereits angekündigt, ganz zu schweigen von den weiteren „Angstthemen“ Rente und Bildung. Ein eigenständiges Profil kann sich eine zwischen Pflichtgefühl, starker sozialdemokratischer Identität und Loyalität stehende Sozialdemokratie in einer sozialliberalen Koalition, mit der FDP als Besitzer der strategischen Mehrheit, so nicht erarbeiten.

Sie steckt in einer strategischen Zwangsjacke: 1): Eingeengt von der, aufgrund des stimmungsmässigen Abhängigkeitsverhältnisses, notwendigen Loyalität zur Bundesregierung, 2): der Inszenierung des Pflichtgefühls zum Koalitionspartner und 3): der erzeugten Lähmung der Parteistärke durch die innere Machtausrichtung und -konstellation. Mit besonderer Spannung muss demzufolge der Januarparteitag betrachtet werden. Es entscheidet sich, zu welchen Seiten der Befreiungsschlag erfolgen wird.

Der notwendige Neuanfang wird sich letztlich an der Entwicklung einer Streitkultur und der Ermöglichung von politischer Kreativität entscheiden. Sie muss also auch an der „Verfasstheit“ des Landesvorsitzenden ansetzen. Schliesslich stellt sich die Frage, ob die Sozialdemokratie als Gesamtpartei und v.a. wie schnell, sie ihre landespolitische Kompetenz auf den einzelnen Ebenen, also ausserhalb der Landesbürokratie, wieder aufbauen kann.

Von der CDU und ihrem Spitzenkandidaten ist in Rheinland-Pfalz überhaupt nichts zu spüren. Sie ist moralisch, personell, finanziell und inhaltlich am Ende. Ihren 37% StammwählerInnen kann sie sich trotz aller möglicher Skandale und ihrer offensichtlichen Kompetenzlosigkeit auf allen Ebenen in RLP sicher sein, doch zum Sieg reicht das eben auch noch nicht!

Die Sozialdemokratie kann sich in RLP nur selbst um den Sieg bei den Wahlen im kommenden Frühjahr bringen.

Dieser Parteitag zeigte deutlich, dass die Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz inhaltlich schweren Zeiten entgegen geht.

spw

Burgfrieden und Heckenschützen

Sachsen-Anhalts SPD-Landesparteitag sucht gemeinsamen Nenner

Von Martin Kreams

Den großen Knall hat es nicht gegeben. Der SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt führte am 3. und 4. November 2000 im Harzstädtchen Ilsenburg einen innerhalb wie außerhalb der Partei mit Spannung, ja Anspannung erwarteten Landesparteitag durch. Dabei waren die widerstreitenden innerparteilichen Kräfte einerseits erkennbar um Geschlossenheit nach außen bemüht, andererseits kam es bei der Wahl des Landesvorsitzenden zu einem Nachklapp der öffentlichen Schlamm-schlachten des vergangenen Sommers - diesmal mit dem Stimmzettel.

Der Leitantrag

Unspektakulär und nahezu beiläufig beschloss der Parteitag ein Dokument, das die Zwischenbilanz einer programmatischen Grundsatzdebatte darstellt, die in den vergangenen Monaten durch Auseinandersetzungen um Bündnisfragen fast völlig überlagert wurde. Im April hatte sich die SPD Sachsen-Anhalt mit einer ambitionierten „Zukunftskonferenz“ in Halle erfolgreich dem Dialog mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen geöffnet und eine - deutlich ostdeutsch geprägte - Variante der Debatte über Globalisierungsfolgen und über die Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie geführt. Noch stärker als die Koalitionsavancen von CDU und PDS in den folgenden Monaten hatte diese Konferenz die Rolle der SPD als unumstritten dominierende politische Kraft in Sachsen-Anhalt deutlich gemacht. So wie sich alle anderen Parteien im Land darstellen, kann die SPD diese Rolle nur aus eigenem Verschulden verspielen.

Die SPD ist unumstritten die dominierende politische Kraft in Sachsen-Anhalt.

Die Ergebnisse dieser Zukunftskonferenz wurden in einen Leitantrag gegossen und in einem breit angelegten, erschöpfenden innerparteilichen Diskussionsverfahren schon vor dem Parteitag auf Konsens getrimmt, wobei viele Ecken und Kanten verloren gingen. Aber immerhin: „Wir wollen eine ‚Politik ausgewählter Wachstumsfelder‘ erreichen, in der das gefördert wird, was gesellschaftlich gewollt ist, was Zukunftschancen hat und die Förderung auch benötigt.“ Die vom rechten Parteiflügel - er firmiert in Sachsen-Anhalt als „Neue Mitte“ - angekündigte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Leitantrag fand in Ilsenburg nicht mehr statt.

Die Koalitionsfrage

Nach glänzenden Umfrageergebnissen im Frühjahr, die der SPD 48 Prozent Zustimmung zumaßen, hatte sich die Landespartei im Sommer 2000 öffentlich Grabenkämpfe geliefert, die die Mitglieder erschütterten und in der Bevölkerung zu erheblichen Glaubwürdigkeitsverlusten führten. Auslöser war die Fundamentalkritik, die der Landtagsabgeordnete Michael Hoffmann bei einer Pressekonferenz der parteirechten „Neuen Mitte“ an der Finanzpolitik übte, die er als langjähriger Vorsitzender des Finanzausschusses in führender Position mitverantwortet hatte. Seine Äußerungen („Wenn Sachsen-Anhalt ein Unternehmen wäre, müssten wir längst Konkurs anmelden“) führten dazu, dass Hoffmann auf Druck der Landtagsfraktion den Ausschussvorsitz niederlegen musste.

Die Auseinandersetzungen wurden in hohem Maße von den Interpretationsmustern der beiden Tageszeitungen geprägt, die in der nördlichen und südlichen Landeshälfte Sachsen-Anhalts jeweils ein faktisches Monopol haben. Magdeburger Volksstimme (Bauer-Verlag) und Mitteldeutsche Zeitung (Neven DuMont) sortieren SPD-Funktionäre im Land ausschließlich nach ihrer Haltung zur Zusammenarbeit mit der PDS. Nicht nur in Kommentaren, auch in der laufenden Berichterstattung der beiden Blätter wird mittlerweile die meist ganz pragmatisch motivierte Unterstützung für das Magdeburger Modell mit einer inhaltlichen „PDS-Nähe“ und der Zugehörigkeit zum linken Parteiflügel gleichgesetzt.

Wenn auf diese Weise etwa Reinhard Höppner und Rüdiger Fikentscher plötzlich mit der im „Mansfel-



der Forum“ zusammengeschlossenen Parteilinken in einen Topf geworfen werden, mutet das zwar grotesk und realitätsfremd an, doch die penetrant kommunizierte Schubladenlogik wirkt auch in innerparteiliche Diskussionen hinein. Auf diese Weise wird die Koalitionsfrage, die mit größter Wahrscheinlichkeit nach der Wahl 2002 tatsächlich zur Entscheidung ansteht, bereits heute allen innerparteilichen Debatten übergestülpt, verschärft sie ohne Not und macht Differenzierungen beinahe unmöglich. Und so wurde auch das sachsen-anhaltische Sommertheater zu einer abstrakten Koalitionsdebatte stilisiert, ohne dass es einen aktuellen Konflikt in der Tolerierungszusammenarbeit mit der PDS gegeben hätte. Die Auseinandersetzung konnte erst wieder auf eine rationale Grundlage gestellt werden, als der Landesvorstand einen Verfahrensvorschlag präsentierte, der dann auch vom Parteitag einstimmig beschlossen wurde:

1. Das Magdeburger Modell wird in seiner aktuellen Ausprägung - eine SPD-Alleinregierung wird von der PDS auf der Basis verbindlicher Vereinbarungen toleriert - nur noch bis zum Ende der Landtagswahlperiode im Frühjahr 2002 fortgesetzt. Danach wird eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit gebildet.
2. Vor der Wahl gibt es keine Koalitionsaussage.
3. Über Koalitionsverhandlungen entscheidet ein Parteitag nach der Wahl.

Die Landespartei ist sich jetzt einig, dass nur mit diesem Vorgehen ein gutes Wahlergebnis erreicht werden kann. Eine Festlegung vor der Wahl zugunsten der CDU oder der PDS würde nicht nur jeweils eine große Wählergruppe verprellen, sondern auch die SPD tief spalten. Allerdings wird in den anderthalb Jahren bis zur

Martin Kreams lebt in Walbeck und arbeitet im sachsen-anhaltischen Bau- und Verkehrsministerium. Er ist Mitglied des SPD-Kreisvorstandes im Ohrekreis und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Weferlingen.

Wahl der Druck von außen nicht geringer, sondern stärker werden, und die Versuchung wird für manche Genossen, manchen Genossen groß sein, sich als Stichwortgeber für eine neue Debattenrunde zu betätigen. Das innerparteiliche Misstrauen ist noch immer sehr hoch. Dazu hat auch das Ergebnis der Wahl des Landesvorsitzenden beigetragen.

Der Landesvorstand

Der Burgfrieden von Ilsenburg drückte sich nicht nur in Abstimmungsergebnissen aus. Auch in der Aussprache zu Beginn des Parteitags wurde dem öffentlichen Schlagabtausch wortreich abgeschworen. Kritik an Rüdiger Fikentscher, der sich ohne Gegenkandidaten zur Wiederwahl stellte, gab es nicht. Viele Delegierte erwarteten deshalb eine breite Zustimmung und waren schockiert, als er nur 58 Prozent Ja-Stimmen erhielt. Damit lag das Ergebnis zwar etwas höher als vor zwei Jahren, aber die Chance, nach außen ein Zeichen echter Geschlossenheit zu geben, war vertan.

Missfallen an dem betont leidenschaftslosen Führungsstil Fikentschers

gibt es auch über die Parteirechte hinaus. Entscheidend für sein schlechtes Abschneiden war jedoch offenkundig das Wahlverhalten der „Neuen Mitte“, die über Monate vergebens nach einem Gegenkandidaten gesucht hatte und jetzt nicht bereit war, einen Vorsitzenden mitzutragen, dem sie unterstellt, in der Koalitionsfrage bereits festgelegt zu sein. Die geringe Bereitschaft, Gesamtverantwortung für die Sozialdemokratie zu übernehmen, ist eines der größten Probleme für einen Landesverband, in dem es zwischen den beiden ausgewiesenen Parteiflügeln zwar eine breite, nicht gebundene, reale Mitte gibt, die sich aber kaum artikuliert und die deshalb auch nicht vermittelnd wirksam werden kann.

In Ilsenburg wurde insgesamt ein pluralistisch besetzter Landesvorstand gewählt, von dem man eine konstruktive Zusammenarbeit erwarten kann. Mit der Wahl von Innenminister Manfred Püchel zu einem der drei stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde die Führungsfigur der „Neuen Mitte“ in die engere Parteispitze integriert. Nach der Linkswende im Landesver-

band der Jusos, die sich über mehrere Jahre als rechte Speerspitze in der Partei profiliert hatten, ist jetzt mit Falk Sickmann auch wieder ein linker Juso im SPD-Landesvorstand vertreten.

Die Parteilinke

Das Mansfelder Forum kann insgesamt eine recht positive Bilanz des Parteitags ziehen. Die künftige Rolle der Parteilinken wird davon abhängen, welchen Beitrag sie selbst in den nächsten anderthalb Jahren zum Zusammenhalt der Landespartei leistet. Dafür ist es unabdingbar, sich von der leidigen, inhaltslosen PDS-Diskussion zu emanzipieren und endlich wieder das selbst gesteckte Ziel zu verfolgen: die Formulierung eigener Positionen innerhalb der SPD. Nur ein klares eigenes Profil kann die SPD-Linke davor schützen, weiter als „PDS-naher Flügel“ abgestempelt zu werden. Zu einem solchen Profil gehört die Kritik an der PDS von links: an ihrem Opportunismus in der Finanzpolitik, an ihrer Staatsfixierung in gesellschaftspolitischen Fragen oder auch am vaterländischen Gerede ihrer Bundesvorsitzenden.

Die Koalitionsfrage wird bereits heute allen innerparteilichen Debatten übergestülpt.

spw

Praxismappe

Spiele für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Diese Praxismappe gehört in jede Institution, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt. Die sehr gute Strukturierung ermöglicht jedem einen schnellen Überblick über die verschiedenen Spielarten, wie z.B. Kennenlernspiele, Bewegungs- u. Kooperationsspiele und Geländespiele, um nur drei der 15 im Buch beschriebenen Arten zu nennen. Somit kann jede/r Spielleiter/in aus einem schier unendlichen Vorrat von Spielvorschlägen schöpfen. Den eigenen Phantasien sind keine Grenzen gesetzt, da die vorgegebenen Spiele immer wieder abgeändert oder verknüpft werden können, und so für die gegebene Situation immer ein passendes Spiel zur Hand ist. Für die noch unerfahrenen Spielleiter/innen unter Euch ist auch gesorgt. Auf den Seiten 9-25 werden detaillierte Hilfestellungen gegeben. Diese wesentliche Arbeitserleichterung ist schon bei vielen Betreuern/innen, Pädagogen/innen und Kindererzieher/innen, kurz allen Personen, denen das pädagogisch sinnvolle Spiel am Herzen liegt, äußerst beliebt. Diese 304 Seiten starke Publikation kostet 23,- DM plus Versandkosten.



Hiermit bestelle(n) ich/wir
 Publikation(en) zum Preis
 von 23,- DM plus Versandkosten.

Name, Vorname _____
 Straße _____
 PLZ / Wohnort _____

Ihre schriftliche Bestellung senden Sie bitte an das : Bundesjugendwerk der AWO • Oppelner Str. 130 • 53119 Bonn.

Der Anstand der Aufständischen?

von Birgit Pfeifer

„Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz!“ So schallte es an jenem denkwürdigen 9. November 2000 vor dem Brandenburger Tor aus 200.000 Kehlen zugleich. Die wackeren KämpferInnen für Gerechtigkeit und gegen Gewalt waren ausgezogen, um der ganzen Welt zu zeigen, dass IT-Experten aus Indien und gutsituierte Ingenieure aus Moçambique durchaus in Deutschland willkommen sind. Die Worte vom „nützlichen Ausländer“ hatten ja auch schon im Vorfeld der Diskussionen die Runde gemacht. Die in kürzester Zeit unter dem Eindruck von Brandanschlägen auf Synagogen und jüdische Friedhöfe organisierte Massendemo war getragen von einem breiten Bündnis aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Parteien. Nach einigem Murren von rechts (Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm beispielsweise hatte die Teilnahme an, wie er es nannte, „Kerzenprozessionen“ unter dem Hinweis abgelehnt, dass es sinnvoller sei, die Kerzen wegzulegen „und das Schwert des Rechtsstaats in die Hand“ zu nehmen; der hessische CDU-Abgeordnete Hohmann toppte das ganze noch in einem Interview in der „Jungen Freiheit“ mit der Erklärung, warum CDU und PDS niemals am gleichen Strang ziehen dürfen) entschloss sich dann doch auch die CDU mitsamt ihrer Schwesterpartei zur Unterschrift unter das Motto des „Aufstands der Anständigen“, das man doch mit Fug und Recht als den allerkleinsten gemeinsamen Nenner bezeichnen kann. Und so begab es sich, dass an der Spitze der Bewegung Edmund Stoiber neben Otto Schily für Menschlichkeit und Tole-

ranz warben. Ob sie dabei auch an das unmenschliche Flughafenverfahren und das Vorgehen der Staatsmacht bei Abschiebungen nicht-nützlicher Ausländer gedacht haben, bleibt dahin gestellt.

Ebenso dahin gestellt bleibt, was das Zucken um die Mundwinkel von Angela Merkel während der erfreulich deutlichen Worte von Paul Spiegel zum Thema geistige Brandstifter zu bedeuten hat. „Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten?“ Diese Frage ist doch wohl ein Musterbeispiel dafür, wie man mit entschlossenen und mutigen Worten Heuchelei und Opportunismus entlarvt. Unser Genosse Bundespräsident hat es ja leider vorgezogen, seine Überparteilichkeit durch Unverbindlichkeit seiner Rede zu dokumentieren. Dabei hätte die Übernahme einer der vielen Sprüche aus dem Meer von Transparenten, die sich mit dem Thema „Leitkultur“ auseinandersetzten, seiner Rede vielleicht ein bißchen mehr Pep gegeben. Wäre es nicht keck gewesen, wenn unserem Bundespräsidenten ein Spruch wie „Maulkorbzwang für Koch, Rüttgers und Merz“ über die Lippen gegangen wäre?

Aber die Rede von Johannes Rau war symptomatisch für das Verhalten der SPD und der Bundesregierung in der Debatte um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Außer Spesen nichts gewesen, könnte man sich fragen ob der vielen Absichtserklärungen und dem Bekunden guten Willens, der Probleme Herr zu werden. Als Antwort auf rechtsextrem motivierte Brandanschläge fanden Parteien und gesellschaftliche Gruppen eine Demo für Menschlichkeit und Toleranz. Als Antwort auf rechtsextremistische Agitation fanden Bund und die meisten Länder das NPD-Verbot. Als Antwort auf die Einwanderungsdiskussion fand die CDU den Begriff der „Leitkultur“.

Lighttalk bisweilen auf der Demo - Verkürzung einer Diskussion über Rechtsextremismus zu einem Parteienverbot - inhaltsleere Begriffe - kurz: Oberflächlichkeiten, wohin das Auge schaut. Die Debatte über Rechtsextremismus und Rassismus wird zunehmend durch symbolhaftes Handeln und Reden bestimmt: Die Demonstration war von Anfang an und ausdrücklich als ein Zeichen konzipiert (was ja auch im Wesen einer Demonstration liegt). Das ist

auch nicht weiter zu kritisieren. Zu kritisieren ist aber, wenn nach dem 9. November alle wieder zur Tagesordnung übergehen und sich auf die Schultern klopfen, dass sie aufgestanden sind für mehr Toleranz. Und vieles spricht dafür, dass das so sein wird, denn jetzt haben sie wieder Platz genommen und machen genau so weiter wie bisher. Man fühlt sich ein wenig erinnert an die letzte Berliner Großdemo gegen Ausländerfeindlichkeit mit 300.000 Teilnehmern vor acht Jahren. Auch damals wollte man aufrütteln. Die Erfolge hielten sich bekanntlich in Grenzen. Auch der diesjährigen Demo wird kein anderes Schicksal beschieden sein, denn schon treten einige Verfechter der Menschlichkeit und Toleranz eine neue Diskussion über unser Asylrecht los. Schon sprechen sich Stoiber und Konsorten mit Vehemenz gegen eine multikulturelle Gesellschaft aus.

Da passt der symbolische Begriff „Leitkultur“ genau so gut ins Bild wie die nicht sehr überzeugend hervorgebrachte „Kritik“ der CDU-Bundesvorsitzenden an den SozialdemokratInnen als den ewig vaterlandslos bleibenden Gesellen, wobei letzteres eher zu Amüsement als zu großem Ärger Anlass geben hat. Die CDU hat sich mit ihrem Unwort des Jahres in spe selbst in eine schwierige Lage manövriert, denn niemand aus ihren Reihen weiß offenbar, ob er oder sie diese Worthülse eigentlich wirklich ungestraft benutzen darf.

Auch ein nahendes NPD-Verbot reiht sich nahtlos in die Reihe der Symbole ein: Man verbietet eine Partei und lässt es voraussichtlich dabei bewenden. Sicherlich entzieht man damit einer aggressiven Gruppierung die Grundlage für legitimes politisches Handeln. Man erweckt mit einem Verbot allerdings nur den Anschein, dass der Staat erfolgreiche Maßnahmen gegen militanten Rassismus ergreift. Rechtes Gedankengut rottet man durch staatlich verordnete Zensur wohl kaum aus. Und Überfälle auf anders Aussehende werden ebenfalls wohl kaum durch ein Parteienverbot verhindert werden.

Zu befürchten ist, dass die gesamte Politik, inklusive der sozialdemokratischen, immer mehr zu einer Inszenierung verkommt, dass Symbole Ersatz für Politik werden. Hatte sozialdemokratische Politik nicht ursprünglich einen ganz anderen Anspruch?

spw

Birgit Pfeifer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag und lebt z. Z. in Berlin

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Zehn Jahre Verpasste Chancen

Einleitung zum Schwerpunkt

Von Dirk Meyer und Joachim Schuster

Das Ende der Blockkonfrontation geht ins nunmehr zweite Jahrzehnt. Zeit also für eine Bilanz der vergangenen Dekade und den Blick auf die gegenwärtigen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen. Konkret gefragt: Was ist aus den Hoffnungen auf die Friedensdividende und den „Weltfrieden“ geworden?

Die Antworten der vier Autoren fallen zum Teil sehr verschieden aus. Alle gemeinsam werfen eine Reihe zusätzlicher und komplexer Fragen auf. Enttäuschter Rückblick dominiert, bleibt aber nicht ohne Hoffnung. Alle Autoren suchen gemeinsam nach einem gesellschaftlichen Resonanzboden und fordern die Zeitgenossen zur Diskussion auf.

Gerade letzteres muss stutzig machen – und deutet zugleich ein Paradoxon an, das weit über die Fragen von Außen- und Sicherheitspolitik hinausgeht.

Es lautet: Während das relativ schlichte Ordnungsmuster des Ost-West-Konfliktes seit den 50er Jahren in Welten immer wieder die Gemüter bewegt und Gesellschaften polarisiert hat, man erinnere sich nur der „Ohnemich“- , der Ostermarsch-, der Friedens- und der Dritte-Welt-Bewegung, so schwindet das gesellschaftliche Interesse an existenziellen Fragen just zu einem Zeitpunkt, wo die internationale Kräftekonstellation zukunftsöffener und damit zumindest theoretisch gestaltbarer geworden ist. Die Welt bewegt sich, das aber bewegt die Menschen immer weniger!?

Dies deutet auf ein zweites Paradoxon hin: Denn dieses Interesse schwindet just zu einem Zeitpunkt, wo global wie international eigentlich immer mehr entschieden werden müßte, auch ohne das starre bipolare Koordinatensystem entschieden werden könnte, zugleich aber immer weniger entschieden wird, oder zu spät, oder offenkundig falsch.

Konkret: Die zivilen Herausforderungen, die bei Lichte besehen Herausforderungen sind, die die Zukunft der Zivilisation in Frage stellen, nur schleicher daher kommen, entfernter scheinen, vielleicht noch weniger vorstellbar sind als ein atomarer Weltkrieg, sind von mindestens ebenso herkulischen Ausmaßen, wie es die atomare Bedrohung zwischen NATO und Warschauer Vertragsorganisation dereinst war.

So schreitet der weltweite Klimawechsel schneller voran als befürchtet. Die Weltbank rät den schon heute bekannten Verlierern zu weitreichenden Vorsorgemaßnahmen. Die großen Versicherungsgesellschaften beginnen die Liste der von der Erstattung ausgeschlossenen Schadensfälle zu verlängern.

Gleichzeitig überbieten sich die Nationen der Ersten Welt darin, bei der profitablen Kopie ihres offenkundig nicht übertragbaren Wirtschaftsmodells auf Länder wie China und Indien eigennützig und hilfreich zur Seite zu stehen.

Und: In Den Haag siegt die Arroganz der vermeintlich vom Klimawechsel weniger Betroffenen, scheidet vorläufig der Versuch, in globaler Verantwortung wenn auch nur minimale, so doch verbindliche Schritte zu unternehmen, die selbstverschuldete Katastrophe abzuwenden.

Dabei wissen alle, dass zum Beispiel auf Veränderungen des Wetters neue politische Instabilitäten folgen

Die Welt bewegt sich, das aber bewegt die Menschen immer weniger?!?

*Dirk Meyer, Historiker, arbeitet in Düsseldorf;
Dr. Joachim Schuster, Politikwissenschaftler, Mitglied der Bremer Bürgerschaft;
beide sind Mitglied der spw-Redaktion;*

und dass zum Beispiel aus Klima-Verlierern flüchtende Menschen werden und dass zum Beispiel flüchtende Menschen in ohnehin schwer getroffenen Regionen zu weiteren Instabilitäten beitragen werden usw.usf.

Ein anderes Beispiel: Für den afrikanischen Kontinent ganz sicher und für Asien wohl auch hat sich AIDS längst zur Schwarzen Pest des 20. und 21. Jahrhunderts ausgewachsen. Eine reale Apokalypse, die verhinderbar gewesen wäre, hält man die erfolgreichen aber eben kostspieligen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung in der Ersten Welt entgegen.

Ein drittes Beispiel: Aus der britischen BSE-Krise wird gerade eine europäische BSE-Krise. Wider besseres Wissen haben von mächtigen Interessengruppen geführte nationalstaatliche Egoisten über frühzeitiges und vor allem präventives und ergo verantwortungsbewußtes kollektives Handeln gesiegt, mit der Folge, dass sich vermutlich schon in wenigen Jahren das Hirn unzähliger Menschen schwammartig auflösen wird.

Und ein letztes Beispiel: Nimmt man eine streng vom Einzelnen aus gesehene Perspektive ein dann hat sich wohl für die Mehrheit der Menschen in den ehemals realsozialistischen Ländern das Ende ihres Gesellschaftsmodells keineswegs gelohnt. Zusammengebrochene soziale Sicherungssysteme machen ihnen das Leben schwer und haben es durchschnittlich kürzer gemacht. Im Kampf um Macht und Ressourcen sind ganze Regionen im Chaos und Leid und Elend militärischer Konflikte um Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte zurückgebombt worden. Die Hoffnungen und Verheißungen auf Frieden, auf Wohlstand und individuelles Wohlergehen haben sich als äußerst trügerisch erwiesen – ohne absehbare Perspektive auf Besserung.

Wohlgemerkt, dies sind (noch) keine außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen im strengen Sinne. Sie scheinen fern – örtlich und zeitlich. Aber es sind Herausforderungen, gänzlich unsortiert und unvollständig und jüngeren Datums, die über den Weltfrieden maßgeblich mitentscheiden. Deshalb müssen sie entschieden werden. Und sie können nur gemeinsam entschieden werden. Es sind zivile Herausforderungen, die eben nicht militärisch gelöst werden können. Und es sind Herausforderungen,

deren Lösung nach dem Ende bipolarer Stagnation einfacher schienen.

Statt dessen müssen die vier Autoren des Schwerpunktes in ihrer Dekadenbilanz feststellen, dass

- ein weltweiter Wettlauf zwischen Europa und den USA um den lukrativen Weltrüstungsmarkt tobt (Küchle),
- der zivile Ausbau gemeinsamer europäischer Außen- und Sicherheitspolitik dem militärischen deutlich hinterhinkt (Nassauer),
- die USA mit den Plänen zur Raketenabwehr einen neuen, gigantischen Rüstungswettlauf heraufbeschwören (Mützenich),
- mit Indien und Pakistan zwei neue und gleichzeitig tief verfeindete Atommächte entstanden sind (Mützenich),
- mit dem „Recht auf Selbstmandatierung“ in neuer NATO-Doktrin und erprobt im Kosovokrieg den Vereinten Nationen dauerhaft und schwerer Schaden zugefügt worden ist (Mützenich),

- mit der neuen Geheimhaltungspolitik in der Europäischen Union offenkundig gezielt daran gearbeitet wird, transparente Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse (wieder) intransparent zu machen (Nassauer).

Von globaler Verantwortung, von Friedensdividende und Weltfrieden also nur wenig Spur – im Gegenteil. Wenn alle vier Autoren dennoch nicht in beobachtende Resignation verfallen, so, weil sie wie Nassauer den europäischen Weg für grundsätzlich noch relativ offen beschreiben oder aber wie Mützenich darauf setzen, dass von den Nicht-Regierungs-Organisationen Druck entfaltet wird, der, wie in der Vergangenheit bereits bewiesen, auch in Zukunft zu einem Mehr an Abrüstung führen kann.

Insbesondere Nassauer zeigt in seinem differenzierten Beitrag auf, dass das „Quo vadis Europa“ noch keineswegs entschieden ist. Zu viele offene Fragen stehen noch im Raum, weder zwischen noch innerhalb der Mitgliedstaaten gelöst – und erst Recht nicht im Verhältnis zu den USA. Zu spezifisch auch die europäische Lage, mit Rußland als großem Nachbarn, als dass der Aufbau der Europäischen Union zu einem militärischen Konkurrenten der USA ohne Risiko wäre. Allerdings fällt auf, dass der politische Wille und die politische Kreativität vor allem der großen europäischen Staaten, wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien auf militärischem Gebiet ausgeprägter zu sein scheint als auf zivilem und konfliktvorbeugendem Gebiet.

Ob und wie mehr Druck von unten entfaltet werden kann, ob und wie es etwa den Nicht-Regierungs-Organisationen gelingen kann, die zivilen, das heißt die zivilisatorischen Fragen in den Mittelpunkt politischen Handelns zu rücken, wird entscheidend vom Volumen des gesellschaftlichen Klangkörpers abhängen. Da ist es ein weiteres Mal paradox, dass in Deutschland der Bundespräsident bei zahlreichen Gelegenheiten zum breiten gesellschaftlichen Diskurs über die Zukunft deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik auffordert (Lutz), erinnert man sich daran, dass in der jüngeren bundesrepublikanischen Geschichte (siehe oben) derartige Diskurse „von unten“ gegen „die oben Handelnden“ erzwungen worden sind. Es bleibt schlicht Skepsis angebracht, ob „von oben“ angeforderte Partizipation so funktionieren kann. Gleichwohl gibt es zu diesem Diskurs keine Alternative – und es bleibt zu hoffen, dass dieser umgekehrte Weg tatsächlich trägt.

Alternativlos dürfte angesichts der weltpolitischen Kräftekonstellationen auch der europäische Weg in eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sein, den wir als europäische Friedenspolitik ausgestalten sollten.

Es kann auch für die Lösung der großen globalen Probleme nur richtig sein, wenn Europa, in welchen Grenzen auch immer, als halbwegs geschlossener Akteur auftritt – und wenn es sein muss der einzig verbliebenen Weltmacht USA entgegentritt. Das Heil in nationalstaatlichem Isolationismus zu suchen, der Recht hat, aber wirkungslos bleibt, ist zehn Jahre nach dem Ende der Bipolarität purer Eskapismus.

Für das Handeln der politischen Linken in Deutschland bedeutet das vor allem: Den Regierenden aus den eigenen Reihen auf die Finger zu schauen, ihnen auf die Finger zu hauen, wenn es notwendig ist – und vor allem dazu beizutragen, gesellschaftliche Diskussion in Gang zu bringen, zu begleiten und ihnen eine Stimme zu geben.

spw

Das Heil in nationalstaatlichem Isolationismus zu suchen, ist zehn Jahre nach dem Ende der Bipolarität purer Eskapismus.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Zehn Jahre nach dem Ende der Bipolarität

Herausforderungen an die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

von Dr. Rolf Mützenich

Köln, meine Heimatstadt, wurde rund zweihundert Jahre durch eine reichsstädtische Miliz, die Roten Funken bewacht. Die Soldaten „kunnte nit schieße“ („konnten nicht schießen“) und als am 5. Oktober 1794 die französischen Revolutionstruppen vor den Toren Kölns standen, sollen ihnen die Roten Funken von der Hahnenortburg zugerufen haben: „Nit schieße! Seht Ehr dann nit, dat he Mensche ston.“ („Nicht schießen! Seht Ihr denn nicht, daß hier Menschen stehen.“).

10 Jahre nach dem Ende der Bipolarität – eine Bilanz

Doch der Aufruf zum Gewaltverzicht blieb auch die weiteren Jahrhunderte ungehört.

Hätten die Regierenden die Aufforderung der Kölner Stadtsoldaten befolgt, wäre Europa einiges erspart geblieben.

So wurde der Kontinent und später die Welt weiter mit Kriegen und Massenmord konfrontiert. Am Ende dieses Jahrhunderts schien der Gewaltverzicht für kurze Zeit in die internationale Politik zurück zu kehren, war doch das Ende eines Macht- und Systemkonflikts erstmals in der Geschichte unblutig verlaufen. Weniger Gewalt, Vorbeugung und soziale Sicherheit sollten die alte Konfliktformation ablösen.

Haben sich die Hoffnungen erfüllt? Welche Chancen wurden genutzt? Und welche Linien zeichnen sich ab?

Zehn Jahre nach dem Ende des „kurzen Jahrhunderts“ (Hobsbawm) bietet sich Gelegenheit zur einer vorläufigen friedens- und sicherheitspolitischen Bilanz.

Versäumnisse

Westeuropa durchlebte während des Ost-West-Konflikts eine vergleichsweise friedliche Zeitspanne. Die atomare Abschreckungslogik wurde durch internationale Regime und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Bündnissen stabilisiert. Gewaltsame Konflikte wie in Korsika, im Baskenland, in Nordirland und in Zypern blieben weitgehend unbeachtet. Der Krieg zwischen Großbritannien und Argentinien wurde unter dem Kapitel Spätkolonialismus abgehakt. Ein regionaler Krieg schien abgeschlossen.

Der Irrtum ist heute offensichtlich.

Während Kriege in vierzig Jahren nur an den Rändern der Friedenszone stattfanden, ist militärische Gewalt wieder Teil europäischer Außenpolitik. Auch sozialdemokratische Politiker haben Militäraktionen und Kriegspropaganda betrieben. Sie unterstützten die Angriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien, obwohl die Vereinten Nationen dazu kein Mandat erteilt hatte. Auch später rechtfertigten Sozialdemokraten Angriffe auf Zivilisten und zivile Ein-

richtungen, obwohl die Aktionen eindeutig der Genfer Konvention widersprachen. Erstmals nahmen deutsche Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aktiv an Kampfhandlungen teil. Die Beteiligung sollte die endgültige Normalisierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik symbolisieren.

Der Sündenfall ist umso nachhaltiger, weil militärische Gewaltanwendung als Mittel der Politik an die Kabinettsstische zurück gekehrt ist. Obwohl so genannte ethnische Konflikte im Kern das Resultat ungelöster Verteilungskonflikte und Demokratiedefizite sind und die Angriffe in der Mehrzahl wirkungslos blieben, ist die Gefahr groß, dass die Regierenden auch in Zukunft wieder auf Gewalt zurückgreifen werden.

Untermauert werden derartige Verhaltensmuster durch die scheinbare Zwangsläufigkeit der Weltpolitik im 21. Jahrhundert.

An die Stelle des Macht- und Systemkonflikts tritt auch in den Köpfen europäischer Politiker der „Kampf der Kulturen“ (Huntington). Demnach werden sich an den um Religionen definierten Kulturgrenzen Konflikte zwischen

Gemeinschaften und so bezeichnete „Bruchlinienkriege“ entzünden. Derartige schematische Erklärungen sind eingängig und werden in Politik und Medien gerne aufgegriffen. Der Ausschluss der Türkei aus der Europäischen Union wird mit dem unvereinbaren Wertesystem, der fremden Lebensweise und dem anderen Weltbild begründet. Ebenso ist der Rückgriff auf den in der Debatte über die Voraussetzungen von Integration geprägten Begriff der „Leitkultur“ (Tibi) in der Konstruktion sich ausschließender, feindlicher Kulturkreise erdacht.

Derartige Vereinfachungen münden in der Weltdeutung: „Wir gegen Sie“. Für die internationale Politik stellt sich hier ein schwieriges Problem. Während der Systemkonflikt zwischen West und Ost in einer Konkurrenz um das bessere Modell von Wohlfahrt und Sicherheit geführt wurde, nimmt der Kulturkampf der Politik jede Chance zur Konfliktbearbeitung, weil schließlich die Kulturzugehörigkeit keinem Zweifel unterliegt und jede Kooperation am Ende wirkungslos bleiben muss.

In einem solchen Klima hat sich Westeuropa für die Erweiterung der westlichen Verteidigungsorganisation NATO entschieden. Nicht die Institutionalisierung politischer Zusammenarbeit ist demnach der Kern zukünftiger

„Nit schieße! Seht Ehr dann nit, dat he Mensche ston.“

Dr. Rolf Mützenich, Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln

Außenpolitik, sondern der Rückgriff auf ein System kollektiver Verteidigung.

Dabei wissen wir aus der Geschichte der europäischen Integration, dass nur ökonomische Vernetzung, soziale Stabilität, demokratische Strukturen und Erwartungsverlässlichkeit notwendige Voraussetzungen für Frieden und Sicherheit sind. Solche Strukturen erwachsen nicht aus Aufrüstungen. Wenn es schon kurzfristig nicht gelingt, die NATO in ein System kollektiver Sicherheit zu überführen, wäre immerhin der Umbau der Militärorganisation zu einer rein defensiven Armee vordringlich gewesen. Die Maßnahmen sprechen allerdings dagegen. Während sich der europäischen Integrationsprozess merklich verlangsamt, schafft die Europäische Union innerhalb kürzester Zeit den Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe. Die deutsche Militärplanung kopiert die entsprechenden Erwartungen. Die Fähigkeit zur raschen militärischen und raumgreifenden Reaktion wird effektiv durch einen sozialdemokratischen Verteidigungsminister vorangetrieben. Begleitet werden solche Aussichten von einer noch immer zu offenen Rüstungsexportpolitik.

Das vergangene Jahrzehnt war ein Jahrzehnt der verpassten Abrüstungschancen.

Verpasste Chancen

In dieser Atmosphäre gedeihen keine Verträge zur Abrüstung, Rüstungskontrolle, Vertrauensbildung und Konfliktvorbeugung.

Das vergangene Jahrzehnt war ein Jahrzehnt der verpassten Abrüstungschancen.

Obwohl die Zahl der atomaren Sprengköpfe deutlich reduziert, der Atomwaffensperrvertrag ohne zeitliche Begrenzung verlängert, die Vernichtung aller Chemiewaffen bis 2007 verabredet und die Zahl der konventionellen Waffensysteme und Streitkräfte in Europa reduziert wurde, ist die Bilanz nicht günstig.

Der Abrüstungsprozess ist praktisch zum Erliegen gekommen. Die atomaren und konventionellen Rüstungen verbleiben auf einem zu hohen Niveau. Neue Atommächte haben die Bühne betreten. Unabhängig vom Ausgang der Präsidentenwahl in den USA wird das Programm zur Raketenabwehr weiterentwickelt, erprobt und stationiert. Das technisch nicht beherrschbare System wird einen Aufrüstungsschub provozieren, existierende Verträge gefährden, die Bedeutung atomarer Bewaffnung stärken und Zonen geteilter Sicherheit vortäuschen. Mit großer Offenheit bestätigen Vordenker der sicherheitspolitischen



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Debatte in den USA, dass der Abwehrgürtel sich letztlich gegen die wachsende atomare Fähigkeit der VR China richte (Allen).

Gleichzeitig untergraben die USA die Bedeutung rüstungskontrollpolitischer Verträge, wenn sie beispielsweise dem Umfassenden Teststopp-Vertrag die notwendige Zustimmung im Senat verweigern, das Verifikationssystem der Chemiewaffenkonvention ablehnen, den Internationalen Strafgerichtshof für nicht zuständig erklären oder wichtigen Nicht-Rüstungsverträgen, wie dem Landminen- und dem Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone in Südostasien, fernbleiben.

Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss sich entscheiden, ob sie diesen Kurs stillschweigend akzeptieren oder Kooperation, Kommunikation und die Bereitschaft zu drastischen Rüstungs- und Streitkräftenreduzierungen in Gang bringen will.

Hoffnungen

Während die meisten Regierungen noch dem überkommenen Bild der Staatenwelt folgen, unterliegen die internationalen Beziehungen einem revolutionären Wandel. Der wirtschaftliche Globalisierungsprozess der vergangenen Jahre entzieht dem in Europa gewachsenen Steuer- und Wohlfahrtsstaat mehr und mehr Kompetenzen und Interventionsmöglichkeiten.

Obwohl in der internationalen Politik die Regierenden bedeutende Akteure bleiben werden, gibt es neue und bestimmende Mitwirkende.

Die eine Gruppe sind die transnationalen Konzerne, mit ihren großen Fähigkeiten und Einflüssen. Die andere Gruppe sind Nicht-Regierungsorganisationen, wie Amnesty International, das Internationale Rote Kreuz, Ärzte ohne Grenzen etc.

Ende der 1990er Jahre gab es rund 15.000 derartige Organisationen. Ende der 1970er Jahre waren es gerade einmal 6.000.

Insbesondere Spezialorganisationen, die sich einem bestimmten Themenfeld in der internationalen Politik widmen, und Regionalorganisationen, die sich die zusammenwachsende Kommunikationswege zu Nutze machen, haben einen bedeutenden Zuwachs erfahren.

Herausragendes Beispiel für die Bedeutung der Nicht-Regierungsorganisationen im Feld der internationalen Politik ist der Vertrag über das Verbot von Landminen. Hier ist es erstmals gelungen, dass ein rüstungskontrollpolitisches Abkommen exklusiv von privaten Gemeinschaften vorangetrieben, durchgesetzt und überprüft wurde. Nicht verschwiegen werden darf das Legitimationsproblem international agierender Nicht-Regierungsorganisationen. Sie bleiben anfällig für äußere Einflussnahmen, Engstirnigkeit und unbeschränkte Autorität Einzelner.

Dennoch: Nicht-Regierungsorganisationen werden die Zukunft der internationalen Politik beeinflussen. Zusammen mit einer immer besser informierten Öffentlichkeit könnten sie die Versäumnisse der Regierenden in der internationalen Politik ausgleichen. Sie sind das Äquivalent zur Verdichtung globaler wirtschaftlicher und technologischer Verflechtungen. Es besteht die Möglichkeit, dass Gewaltverzicht über diese Plattform eine neue Chance erhält.

Übrigens: Für die Roten Funken kommt – sieht man einmal vom Karneval ab – die Entwicklung bekanntlich zu spät: Nachdem der kaiserlich österreichische General Franz-Josef Moser mit seinen Soldaten Köln verließ, blieben auch die Roten Funken für immer vom Schauplatz öffentlicher Appelle verschwunden.

spw

Politik muss friedensfähig sein!

Zu den wenigen verfassungsrechtlichen Normen, in denen die Aufgaben und Funktionen des Bundespräsidenten *expressis verbis* niedergeschrieben sind, gehört an hervorgehobener Stelle Artikel 59 GG. Dort heißt es: „Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich.“ Es ist deshalb kein Zufall, wenn sich bedeutende Bundespräsidenten wie Gustav Heinemann, Richard von Weizsäcker oder Roman Herzog im Laufe ihrer Amtszeit immer wieder gerade mit außenpolitischen, insbesondere friedenspolitischen Problemen beschäftigen bzw. in ihren Reden, Beiträgen und Aktivitäten auf sie zurückkommen. Für den Sozialdemokraten Johannes Rau trifft dies vom ersten Tag seiner Amtszeit an zu.

Zum einen besuchte Rau bereits im ersten Jahr seiner Zeit als Bundespräsident Griechenland, die Türkei, den Nahen Osten und die USA. Darüber hinaus traf er mit den Staatsoberhäuptern aller Nachbarländer Deutschlands zusammen. Zum anderen gehörte zu den besonderen Schwerpunkten seiner Gespräche und Initiativen stets das Werben für Frieden und gute Nachbarschaft als Muster deutscher Außenpolitik.

Welchen Stellenwert Johannes Rau dem Thema „Frieden“ beimisst, wird bereits in seiner ersten Ansprache nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten in der Gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 1. Juli 1999 in Berlin deutlich. In klaren Worten bedauert der neue Bundespräsident dort zunächst, dass Krieg auch zehn Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts noch immer – oder wieder – „Mittel der Politik“ sei: „Zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und nach dem Fall der Mauer sind wir noch immer auf der Suche nach einer neuen Ordnung, in Europa und weltweit. Es gibt die beiden Militärblöcke nicht mehr, die sich feindlich gegenüberstanden. Wir haben aber noch nicht die gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung schaffen können, die notwendig wäre, damit Krieg jedenfalls in Europa kein Mittel der Politik mehr ist. Von einer neuen Weltfriedensordnung, die das Leitbild der globalen nachhaltigen Entwicklung aufnimmt, sind wir noch weit entfernt.“

Und dann kommt Rau auf die „wichtigste Lehre“ zu sprechen, die er aus dem Kosovo-Krieg zieht: „Für mich lautet die wichtigste Lehre: Wir müssen durch vorbeugende Politik die *falsche Alternative* zu vermeiden suchen, dass wir Schuld auf uns laden durch Wegschauen oder dass wir Schuld auf uns laden durch den Einsatz militärischer Mittel, der auch völlig Unschuldige trifft.“ (Hervorheb. – DSL)

Dies heißt im Klartext: Die Vorstellung, dass Menschen auf Dauer friedlich sind, entspricht nicht immer der Realität. Belege für das Gegenteil – auch und gerade für die Zeit nach 1989/90 – finden sich zuhauf. Mit Immanuel Kant teilt deshalb Bundespräsident Rau dessen nüchternen Realismus: „Kant war skeptisch im Hinblick auf das menschliche Streben, von sich aus das Gute zu tun.“ Und – so fährt der Bundespräsident in seiner Rede auf dem IX. Internationalen Kant-Kongress am 30. März 2000 in Berlin fort: „Sie alle kennen den berühmten Satz, in dem sich diese Skepsis bildlich ausdrückt: ‚Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nicht ganz gerades gezimmert werden. Nur die Annäherung zu dieser Idee ist uns von der Natur auferlegt‘.“

Wie andere auch ist Rau deshalb im Kosovo-Krieg „mit zerrissenen Herzen“ der Ansicht, „nicht tatenlos zusehen“ zu dürfen, „wenn mitten in Europa Terror und Vertrei-

Der Friede als Ernstfall

Bundespräsident Johannes Rau formuliert die außen- und friedenspolitische Konzeption Deutschlands in der Tradition Gustav Heinemanns

Von Prof. Dieter S. Lutz

bung Platz greifen. In einem solchen *extremen Ausnahmefall* ist auch der Einsatz militärischer Gewalt gerechtfertigt.“ (Hervorheb. –DSL)

Wenn aber Menschen auf Dauer nicht *friedlich* sind, so können sie bzw. ihre Politiker und Politikerinnen doch *friedensfähig* sein, das heißt fähig, vorbeugende Vernunft mit der Kunst des Möglichen zu verbinden. Krieg und Frieden sind deshalb für Rau ebenso wenig natürliche Alternativen, wie Krieg nicht wirklich eine normale Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Vornehmste Aufgabe von Politik ist es vielmehr, Krieg zu verhüten, nicht ihn zu führen. Situationen, die als Alternativen nur die Übel zulassen, Schuld auf sich zu laden oder Unschuldige durch den Einsatz militärischer Mittel zu töten, darf es deshalb nicht geben. Treten sie ein, hat die Politik versagt.

Nicht der Krieg ist also der Ernstfall, in dem sich die Politik zu bewähren hat, sondern der Frieden. Mit dieser Überlegung stellt sich Bundespräsident Johannes Rau nachdrücklich in der Tradition seines großen sozialdemokratischen Amtsvorgängers Gustav Heinemann.

In seiner Ansprache am 6. Januar 2000 anlässlich der Eröffnung des OSZE-Forschungszentrums (Core) in Hamburg greift Rau das Erbe Heinemanns auch *expressis verbis* auf: „Nicht der Krieg ist der Ernstfall ...“. Dieser Satz Heinemanns steht gegen europäische Geistesgeschichte. Er steht gegen Heraklit. Er steht gegen Schiller. ‚Nicht der Krieg ist der Ernstfall, der Friede ist der Ernstfall, in dem wir uns

alle zu bewähren haben, weil es hinter dem Frieden keine Existenz mehr gibt.‘ Gustav Heinemann hat das 1964 gesagt, nicht als Bundespräsident, weit 5 Jahre vor seiner Wahl. Er hat das gesagt zu einem Zeitpunkt, als die Verhütung des Atomkriegs zwischen Ost und West die oberste Maxime der Sicherheitspolitik geworden war. Vor 10 Jahren ist der Ost-West-Konflikt von der Bühne der Geschichte verschwunden. ... Sicherheit in Europa wird heute weniger durch Machtansprüche einzelner Staaten bedroht als vielmehr durch das Anfachen von Gruppenantagonismen in einzelnen Staaten. Die sogenannten neuen Sicherheitsrisiken sind mit den klassisch-militärischen Mitteln der Sicherheitspolitik nicht mehr erfassbar: Soziale Ungleichgewichte, die Auswirkungen der internationalen Finanzkrisen, ethnische Konflikte, fundamentalistische Gewalt, Drogenhandel, transnationale Kriminalität. Darum

Heute steht in Europa die *positiv definierte Aufgabe* der Friedensgestaltung auf der Tagesordnung. Heute ist der Friede zum Ernstfall geworden.

Prof. Dieter S. Lutz ist Direktor des Institutes für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Foto: Christian Kiel (Berlin)



gilt Gustav Heinemanns Satz „Der Friede ist der Ernstfall“ heute in einem noch viel umfassenderen Sinne als vor 36 Jahren: Damals, als Heinemann diesen Satz sprach, ging es um eine negativ definierbare und definierte Aufgabe, es galt zu verhindern, dass der Kalte Krieg in einen heißen eskalierte. Heute steht in Europa die *positiv definierte Aufgabe* der Friedensgestaltung auf der Tagesordnung. Heute ist der Friede zum Ernstfall geworden.“ (Hervorheb. -DSL)

Der Friede als Ernstfall

„Friede als Ernstfall“, verstanden als „positiv definierte Aufgabe der Friedensgestaltung“. Was heißt das konkret?

Ganz sicher nicht Realpolitik im herkömmlichen Sinne! Die realadäquate Konkretisierung der Vision Frieden als Ernstfall verlangt im Gegenteil eine Politik, die beharrlich versucht, die kriegerische Realität mit allen Mitteln und auf allen Wegen nachhaltig zu verändern. Eine Politik da-

Heute verstehen wir Frieden als einen politischen Prozess. Er soll im Zusammenleben der Menschen und Völker nachhaltig der Existenzhaltung und -entfaltung dienen.

gegen, die von „alles besser wissenden selbsternannten ‚Realisten‘“ (Rau) als sogenannte Realpolitik entweder Krieg, wenn nicht gar gewollt, so doch zumindest billigend in Kauf nimmt, hat mit dem „Ernstfall Frieden“ ebenso wenig gemein wie eine vermeintliche Realpolitik, die „Anpassungsfähigkeit“ quasi als Selbstwert preist, eine gewaltträchtige, ja kriegerische Realität als gegeben hinnimmt und von Tag zu Tag eine Politik des sich „Durchwurstelns“ (muddling through) betreibt.

Auch Rau kommt zu dieser Schlussfolgerung, wenn er „die Lehren des 20. Jahrhunderts für das 21. Jahrhundert“ zieht. In seiner Rede anlässlich der internationalen Konferenz zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 16. März 2000 in Berlin sagt er u.a.: „Bei Hegel heißt es, die Geschichte lehre vor allem, ‚dass Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt (...) haben‘ ... Aber wir dürfen nicht aufhören, die Geschichte danach zu befragen, wie wir solchem Scheitern entgehen. ... Die Mächte des alten Europa trafen die falsche Entscheidung. Ihre Diplomaten *sicherten nicht den Frieden, sondern Allianzen für den Krieg*. Ohne es zu wollen, schufen sie eine Höllenmaschine.“ (Hervorheb. - DSL)

In seiner Laudatio aus Anlass der Verleihung des Hessischen Friedenspreises an Martti Ahtisaari bekennt sich

Bundespräsident Rau deshalb zu seiner Überzeugung: „Es ist die Überzeugung, dass Realpolitik alten Stils in Europa keinen Platz mehr hat.“

Für Rau ist „Friede als Ernstfall“ aber mehr als die bloße negative Absage an die Realpolitik alten Stils. Sie ist „*positiv definierte Aufgabe der Gestaltung*“. Dies ist deshalb hervorzuheben, weil der Begriff „Frieden“ als Ziel politischen Handelns zwar von fast allen politischen Gruppierungen in Anspruch genommen wird. Wie sich Frieden definiert, ist gleichwohl noch immer nicht abschließend und verbindlich geklärt – trotz der mittlerweile vorliegenden Flut an wissenschaftlicher und politischer Literatur zum Thema. Festgehalten werden kann allerdings, dass bis vor einigen Jahren Frieden noch traditionell als ein Zustand bezeichnet wurde. Interpretiert wurde der Zustand als Abwesenheit von Krieg, später dann als Abwesenheit von Gewalt. Heute verstehen wir Frieden eher als einen politischen Prozess. Er soll – so meine Definition – im Zusammenleben der Menschen und Völker nachhaltig der Existenzhaltung und -entfaltung dienen. Er soll die Menschenrechte verwirklichen und Krieg, Gewalt, Ausbeutung, Armut, Hunger, Unterdrückung verhüten, gegebenenfalls beseitigen. Er soll ferner die natürlichen Lebensgrundlagen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten sowohl nutzen als auch für kommende Generationen bewahren.

Je nach (politischer) Situation bedarf diese Definition natürlich ihrer (historischen) Konkretisierung. Bundespräsident Rau identifiziert deshalb – aus der Realität heraus – „Ernstfälle des Friedens“ und definiert sie positiv als Aufgabe der Gestaltung eben dieser Realität. Es ist seine ganz spezifische Art, der angeführten akademischen Forderung nach einer „realadäquaten Konkretisierung der Vision Frieden“ (s.o.) Leben zu verleihen.

Die Formulierung einer neuen außen- und friedenspolitischen Konzeption

Wer die Reden und Beiträge des Bundespräsidenten in der Gesamtschau sieht, wird feststellen, dass Johannes Rau mindestens zehn dieser „Bausteine“ oder „Ernstfälle des Friedens“ im Blick hat. Acht von ihnen identifiziert Rau in seiner Ansprache anlässlich des Besuches des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, am 3. Juli 2000 in Berlin auch *expressis verbis*. Es sind: Demokratie, Menschenrechte, Erinnerung und Vergebung, Prävention, Soziale Marktwirtschaft, Entwicklung, Kulturdialog und Gute Nachbarschaft. Zwei weitere „Ernstfälle“ lassen sich in einer Vielzahl der Äußerungen Raus unschwer feststellen. Es sind: Föderation und Umwelt.

Zugegebenermaßen bewegen sich einige der „Fälle“ in methodischer und systematischer Sicht auf stark unterschiedlichen Ebenen. Wer die Reden und Beiträge des Bundespräsidenten in der Gesamtschau sieht, wird aber auch bemerken, dass es sich bei den von Johannes Rau angemahnten Ernstfällen keineswegs nur um beliebige einzelne Bausteine einer abstrakten Vision handelt. In der Gesamtsicht lässt sich vielmehr erkennen, was auch die gegenwärtige Regierungskoalition zwar schriftlich und verbal versprochen, bislang aber nicht eingehalten hat. Gemeint ist die Formulierung einer neuen außen- und friedenspolitischen Konzeption. Dass das wiedervereinigte Deutschland ein Jahrzehnt nach Ende des Ost-West-Konflikts eine solche Konzeption dringend benötigt, steht außer Zweifel. In der Vereinbarung der Regierungskoalition ist sie angekündigt unter dem Motto: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“. Was aber heißt das anderes, als

dass Außenpolitik *ein* – wenn nicht sogar *der* – Ernstfall des Friedens ist?

Wahrhaft visionäre, wenn nicht sogar revolutionäre Gedanken eines Bundespräsidenten? Aus der Sicht des Sozialdemokraten Raus wohl eher visionäre, aber einfach vernünftige Überlegungen. Allerdings hält es Johannes Rau in der Frage einer Europäischen Friedensordnung – zu Recht – ausdrücklich mit einem anderen Großen der Sozialdemokratie, mit Carlo Schmid, dem in Perpignan in Frankreich geborenen deutschen Patrioten und Europäer: „Wenn wir Europa wollen, dann müssen wir aufs Ganze gehen“.

„Wir brauchen die Diskussion“

Anders als gegenwärtig (noch) die meisten der Verantwortung tragenden Politiker in Deutschland artikuliert und präsentiert Johannes Rau mit seinen Überlegungen zum „Ernstfall Friede“ bereits eine weitgehend widerspruchsfreie, in sich schlüssige und durchdachte Konzeption nachhaltiger Friedenspolitik. Rau wäre aber nicht Rau, würde er seine Überlegungen schon als abgeschlossen ansehen oder gar als sakrosankt der Diskussion entziehen.

Im Gegenteil: Wie viele seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger vermisst auch der Bundespräsident die seit Jahren versprochene grundsätzliche Diskussion friedens- und sicherheitspolitischer Fragen. „Ich halte diese Diskussion für außerordentlich wichtig, weil wenige politische Weichenstellungen so weit reichende Auswirkungen für unsere ganze Gesellschaft haben.“

In einer ganzen Reihe von Reden hat der Bundespräsident deshalb Mitte 2000 begonnen, diese so wichtige Diskussion auch mit deutlichen Worten anzumahnen:

„Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion über diese Fragen jenseits des „Zahlenwerks“ ... Ich wünschte mir, dass sich an dieser Diskussion nicht nur die Parteien und Verbände, die Medien, die Bundeswehr, der Zivildienst und die Friedensforschung beteiligten, sondern auch möglichst viele Bürgerinnen und Bürger. ... Wir müssen uns darüber klar werden, wie wir unter veränderten Bedingungen die äußere Sicherheit unseres Landes wahren wollen. Wir müssen uns darüber klar werden, welchen Beitrag die Bundesrepublik Deutschland für Frieden, Freiheit und Menschenrechte im Rahmen der NATO, der EU, der WEU und im Auftrag der Vereinten Nationen leisten kann und will. ... Ich wünsche mir eine intensive, eine ernsthafte und breit geführte gesellschaftliche Debatte, an deren Ende nicht weniger stehen sollte als ein neuer gesellschaftlicher Grundkonsens über die Aufgaben der Bundeswehr und darüber, wie diese Aufgaben im Interesse unseres Landes am besten erfüllt werden können.“

„Wir brauchen die Diskussion möglichst vieler zur Verantwortung bereiter und fähiger Menschen aus verschiedenen Disziplinen und Überzeugungen. Wir brauchen Diskussionen und Impulse, die quer stehen zum Trend und zur Tagesmeinung. Wir brauchen diese Diskussionen angesichts drängender Fragen, die unser aller Leben berühren und beeinflussen. Deshalb sage ich ...: Mitdenken ist nicht nur erlaubt, es ist erwünscht.“

spw

Anmerkung:

Die Zitate finden sich in dem zum Jahreswechsel unter dem Titel „Friede als Ernstfall“ im NOMOS Verlag Baden-Baden in der Reihe Demokratie, Sicherheit, Frieden (DSF) erscheinenden Band mit den Reden und Beiträgen des Bundespräsidenten.

Es gibt Alternativen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Politik droht von der Weltökonomie unterworfen zu werden. Darin sind sich kritische Autoren mit den Ideologen des Turbokapitalismus einig. Gerhard Schröder, Joschka Fischer und Hans Eichel verfügen also über genug Argumente, ihr Handeln als alternativlos zu begründen. Doch die Durchsetzung ihres Anpassungsprogramms stößt auf gegenläufige Interessen und Überzeugungen. Die Gesellschaft ist resistenter als gedacht. **Bodo Zeuner über die unvollständige Abschaffung der Politik.** („Blätter“, 10/2000)

Wer Kosten und Segnungen der Altersversorgung steuern will, der kann an einer Vielzahl von Rädern drehen. Gegenwärtig stehen aber nur bestimmte Steuerungsmöglichkeiten im Blickpunkt. Geradezu entschlossen werden wesentliche Entwicklungen ausgeblendet. **Tobias Nickel begutachtet die Rentenpläne der Bundesregierung.** („Blätter“, 11/2000)

Zweistellige Wachstumsraten beim Güterverkehr, just-in-time-Systeme statt Lagerhaltung, Verlagerung von der Schiene auf die Straße ... Die Industriestaaten werden ihre Klimaschutzziele auf diesem Weg nicht erreichen. **Mohssen Massarrat erklärt, warum das so ist und wie ein Ausweg aussehen könnte.** („Blätter“, 12/2000)

Bestellen Sie ein kostenloses Probeheft:
Blätter Verlagsgesellschaft, Postfach 28 31, 53018 Bonn, Tel. 0 228 / 650 133,
Fax 0 228 / 650 251, e-mail: blaetter@t-online.de, Internet: www.blaetter.de

Blätter. Freude am Diskurs.

Herausgeber: Norman Birnbaum, Micha Brumlik, Dan Diner, Günter Gaus, Jürgen Habermas, Detlef Henschel, Rudolf Hickel, Jörg Hufschmid, Walter Jens, Walter Kreck, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Ingeborg Maus, Klaus Naumann, Ute Osterkamp, Jens G. Reich, Rainer Rilling, Irene Runge, Karen Schönwälder, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby, Marie Veit und Rosemarie Will.

Eine europäische Flagge

Von Otfried Nassauer

Großbritannien hat den Ruf, das Land der Euro-skeptiker zu sein. Die Briten haben ein wunderbares, (selbst)ironisches Sprichwort: „If you can't win it, put the Union Jack on top.“ Großbritannien spielt dieser Tage zur kontinental-europäischen Überraschung eine führende Rolle bei der Europäischen Integration. Und das ausgerechnet in einem Politikfeld, das zutiefst den Kern britischer Euroskepsis, die Preisgabe nationaler Souveränität, berührt: Der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union (EU) zu einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP).

Mit der GESVP rückt die Fähigkeit zu militärischem Eingreifen, zu Interventionen in die Politikoptionen der bisherigen Zivilmacht Europa ein. Europa soll zu effektivem, militärischem und zivilem Krisenmanagement befähigt werden, eine Handlungsfähigkeit gewinnen, die seinem politischen und wirtschaftlichen Gewicht entspricht.

Vor kaum mehr als zwei Jahren begannen die EU-Staaten, eine eigenständige Fähigkeit zum militärischen Krisenmanagement zu diskutieren und zu planen. Auf einem informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 23. und 24. Oktober 1998 in Pörschach, zehn Tage nachdem der NATO-Rat ohne UNO-Mandat in Sachen Kosovo den Einsatzbefehl für die

Streitkräfte der Allianz gebilligt hatte, wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit über die Zukunft der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik diskutiert. Der Gipfel ventiliert, wie – nach dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages, der ein erweitertes Mandat und die Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen beinhaltet – die europäische Integration in diesem Bereich vorange-trieben werden kann. Er darf als Initialzündung für das Projekt eines gemeinsamen europäischen militärischen Krisenmanagements gelten. Der britische Premierminister, Tony Blair, gab kurz darauf vor der Parlamentarischen Versammlung der NATO den öffentlichen Startschuss ab: „Europa braucht eine genuine operative militärische Fähigkeit, nicht zuletzt Streitkräfte, die schnell reagieren und effektiv zusammenarbeiten können und es braucht genuine politischen Willen“, argumentierte Blair. „Diplomatie funktioniert am besten, wenn sie durch eine glaubwürdige Drohung des Einsatzes von Streitkräften Rücken-deckung hat“. Später wird Blair über das Europa der Zukunft sagen: „a superpower, but not a superstate“. Großbritannien und Frankreich erklärten in St. Malo, dass sie beim Aufbau einer europäischen Fähigkeit zum Krisenmanagement die Führung übernehmen wollten.

Welche geopolitische Rolle spielt Europa künftig in der Welt?



Von nun an geht alles sehr rasch. Das Treffen der EU-Außenminister in Reinhardtshausen im März 1999 steckt zehn Tage vor Beginn des Kosovo-Krieges die Eckpunkte des Vorhabens ab. Beim NATO-Gipfel im April wird ein Kommuniqué verabschiedet, das wesentliche Elemente des Vorhabens enthält. Der Kölner Gipfel der EU im Juni beschließt, „die gesamte Palette der im Vertrag über die Europäische Union definierten Aufgaben der Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung, der sogenannten ‚Petersberg-Aufgaben‘“ in Angriff zu nehmen und die EU „zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten“ zu befähigen. Der Europäische Rat legt im Dezember in Helsinki fest, dass bis 2003 Streitkräfte im Umfang von bis zu 60.000 Soldaten binnen 60 Tagen für einen maximal einjährigen Kriseneinsatz-bereitstehen sollen. Politische und militärische Entscheidungs- und Führungsstrukturen werden beschlossen, die weitgehend jene der NATO spiegeln. Sie beginnen im März 2000 mit der Arbeit.

Strukturen für die Zusammenarbeit mit der NATO und die Mitwirkung der Beitrittskandidaten sowie jener NATO-Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, sich aber bei europäischen militärischen Kriseneinsätzen beteiligen wollen, entstehen im Frühjahr und Sommer. Die WEU beschließt im November, ihre Arbeit zum 1.7.2001 weitgehend einzustellen bzw. ihre sicherheitspolitischen und militärischen Instrumente in die EU zu überführen. Die Organisation bleibt wegen der Beistandsverpflichtung im WEU-Vertrag erhalten. -Am 20./21. November treffen sich die EU, die Beitrittskandidaten und die an Kooperation interessierten NATO-Staaten in Brüssel, um die nationalen Beiträge für die künftigen europäischen Krisenreaktionskräfte zusammenzutragen. Deutlich über 100.000 Soldaten, 400 Kampfflugzeuge und 100 Kriegsschiffe werden allein aus den EU-Staaten offeriert. Das Helsinki-Ziel von 60.000 Soldaten wird klar überschritten.

Bis zum Ende der französischen Präsidentschaft sollen die Gespräche mit der NATO über dauerhafte Strukturen der Zusammenarbeit in (Übergangs)Abkommen gegossen werden. Zwei Jahre nach Pörschach ist die Dynamik der Entwicklung der GESVP ungebrochen. Immer mehr Beobachter halten den Prozess für unumkehrbar.

Der Weg der EU zu eigenständigen militärischen Fähigkeit zwingt zu einer Reihe wichtiger Grundsatzentscheidungen. Die EU war bisher nie im engeren Sinne sicherheitspolitischer, militärischer Akteur. Also müssen viele schwierige Entscheidungen, die national und in sicherheitspolitischen Organisationen wie der NATO nach langer, mühsamer und kontroverser Diskussion gefällt wurden, nun auch für die EU getroffen werden.

Unter welchen Voraussetzungen interveniert die EU? Wer muss das Mandat erteilen? Sollen Einsätze nur im

Otfried Nassauer ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS). Eine längere Fassung des Artikels findet sich auf der Homepage des BITS unter <http://www.bits.de>

Umfeld Europas oder weltweit möglich sein? Wie wird die Zusammenarbeit mit der NATO gestaltet? Bekommt die NATO Einfluss auf EU-Entscheidungen und Operationen? Welche Mitspracherechte bekommen Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, sich aber an deren Einsätzen beteiligen wollen? Wie wird die Zusammenarbeit mit Russland gestaltet? Wo liegt die Grenze zwischen gemeinsamem Krisenmanagement und militärischen Interventionen zum Schutz von Interessen der EU-Staaten?

Hinter vielen dieser Grundsatzentscheidungen zeigt sich eine Grundfrage: Welche geopolitische Rolle spielt Europa künftig in der Welt? Als größter Binnenmarkt, stärkster wirtschaftlicher Akteur, wichtigster Entwicklungspolitischer Geldgeber, diplomatisches und künftig auch als währungspolitisches Schwergewicht agiert die EU schon heute global und in einem Umfeld, in dem lediglich die USA gleichgewichtig oder stärker als Partner und Konkurrent auftreten können. Deren singulärer, letztlich größerer Einfluss beruht auf drei Faktoren: Dem Dollar als weltweit wichtigster Währung, den überlegenen, militärischen Fähigkeiten und der Tatsache, dass die USA als einheitlicher Akteur auftreten. In der Zukunft wird das überlegene Gewicht der USA möglicherweise nurmehr auf dem zweiten Faktor basieren. Der Euro wird die Dollardominanz auf längere Sicht infragestellen. Europa lernt, als einheitlicher Akteur aufzutreten. Der Aufbau einer europäischen, militärischen Krisenmanagementfähigkeit hat begonnen, wird aber mit den USA auch längerfristig nicht konkurrieren können.

Aus diesen Entwicklungen ergeben sich die Rahmenbedingungen für die künftige Rolle der EU. Zugleich entsteht die Frage, ob die EU ihre Rolle als globaler Machtfaktor ähnlich wie die USA spielen will oder eigene Formen und Mittel entwickelt.

1. Ziviles und militärisches Krisenmanagement

Chris Patten, EU Kommissar für Außenbeziehungen, ist bekannt als Mann klarer Worte. „Es geht darum, seltener Feuerwehr zu spielen und sich mehr darum zu kümmern, warum es immer wieder brennt.“ „Wir müssen“, so Patten weiter, „Wege finden, unseren immensen wirtschaftlichen Einfluss strategisch einzusetzen, wenn es darum geht, das Entstehen neuer Brände zu verhindern und zuallererst die Ursachen dafür anzugehen, dass sie immer wieder entstehen. Europa braucht nicht nur die Fähigkeit zum (militärischen) Krisenmanagement, sondern vor allem eine Politik der Vorbeugung gegen das Entstehen militärischer Konflikte.“

Die Ausgestaltung europäischer Fähigkeiten zur Krisenbewältigung verläuft einseitig zugunsten der militärischen Fähigkeiten. Obwohl die Gipfel in Köln und Helsinki explizit die Notwendigkeit einer Stärkung und Weiterentwicklung der europäischen Fähigkeiten zur Krisenfrühwarnung, Krisenprävention und zu nicht-militärischem Krisenmanagement hervorheben, folgten den Worten nur wenige Taten. Die Ausgestaltung der zivilen Fähigkeiten hinkt deutlich hinter den Entwicklungen im militärischen Sektor hinterher – sowohl zeitlich als auch im Blick auf die verfügbaren Ressourcen.

Schon in der Vorbereitung des Helsinki-Gipfels wurde das Missverhältnis augenfällig. Die finnische Präsidentschaft achtete peinlich genau darauf, die Kölner Beschlüsse über die Stärkung des zivilen und des militärischen Krisenmanagements gleichberechtigt umzusetzen und entsprechende Vorlagen für den Gipfel in Helsinki vorzubereiten. Doch während die Finnen sich ernsthaft mühten, ei-

nen Aktionsplan zur Stärkung des zivilen Krisenmanagements auszuarbeiten, setzten Briten, Deutsche, Franzosen und Italiener ein wahres Feuerwerk von Vorschlägen in Gang, um möglichst schnell eine militärische Handlungsfähigkeit der EU herzustellen. Die finnischen Ideen für den zivilen Bereich wurden verwässert, weniger verbindlich gestaltet oder auf die portugiesische Präsidentschaft verlagert, im militärischen Bereich wurden Fakten geschaffen. Erst im Frühjahr und Sommer 2000 entstehen auch für das zivile Krisenmanagement Entscheidungsstrukturen, ein kleiner Finanzfond und die Zielsetzung,

Die Frage ist grundsätzlicher Natur: Welche Ausrichtung gibt die EU ihrer Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik? Orientiert sie sich an den Mustern klassischer nationalstaatlicher Machtpolitik und entwickelt eine an der Durchsetzung der Interessen der EU-Mitglieder bzw. an noch zu definierenden Europäischen Interessen orientierte, militärisch abgestützte Politik? Die bisherigen Schritte der EU sind ianusköpflich. Sie lassen es zu, dass die EU in Kooperation oder Konkurrenz zur NATO eine ähnliche Politik realisiert wie diese. Offen steht der EU aber auch ein anderer Weg.

Sie kann die Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik nutzen, um eine kluge Balance nicht-militärischer und militärischer Mittel des Krisenmanagements zu suchen. Als größter Binnenmarkt, als diplomatisches Schwergewicht und als wichtigster Geber von Entwicklungshilfe besitzt die EU schon heute wesentliche Instrumente der Konfliktfrühwarnung, der Prävention militärischer Konflikte und des nicht-militärischen Konfliktmanagements. Würden diese zielgerichtet ausgebaut, auf effektive Anwendungsmöglichkeiten untersucht und mit militärischen Mitteln nur soweit abgestützt, dass sie nicht des militärischen Schutzes durch die USA oder die NATO bedürfen, so könnte Europa weitgehend andere Formen des Umgangs mit werdenden oder schwelenden Krisen entwickeln als heute üblich.

Ihr Kennzeichen wäre es, präventiv und frühzeitig zu handeln, dem Ausbruch militärischer Konflikte zuvorzukommen und damit Situationen, in denen militärisches Handeln nötig wäre, zu verhindern.

Ausdruck einer solchen Politik

wäre es auch, dass die EU ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten in den Dienst von UNO und OSZE stellt, z.B. indem sie signifikante personelle und finanzielle Fähigkeiten vorhält, mit denen sie sich an Maßnahmen des Krisenmanagements im Rahmen oder Auftrag von UNO oder OSZE beteiligen kann.

Die dritte Alternative, die Beibehaltung, Stärkung und systematische Entwicklung der EU als Akteur des ausschließlich zivilen Krisenmanagements, wird zunehmend zu einer theoretischen Option.

Wo die EU und ihre Mitglieder den Schwerpunkt der künftigen Entwicklung setzen, läßt sich nicht zuletzt daran erkennen, wie sie ihre finanziellen Ressourcen einsetzen.

2. Die EU und die Internationale Gemeinschaft

Der Aufbau militärischer Fähigkeiten zwingt die EU, sich mit der Frage zu befassen, ob sie Militär nur einsetzen will, wenn ein Mandat der UNO bzw. der OSZE vorliegt oder ob – ähnlich wie bei der NATO – ein Beschluss der EU, also eine Selbstmandatierung, ausreichen soll. Die Antwort hat gro-

Die Ausgestaltung europäischer Fähigkeiten zur Krisenbewältigung verläuft einseitig zugunsten der militärischen Fähigkeiten.

Be Auswirkungen auf die künftige Rolle der Union, ihre Außenwahrnehmung und auf UNO und OSZE.

Verpflichtet sich die EU, militärische Mittel nur einzusetzen, wenn ein Mandat der UNO oder der OSZE vorliegt, so trägt sie wesentlich zur Stärkung der Rolle und der Autorität dieser internationalen Organisationen bei.

Ganz anders die Wirkung, wenn die EU sich die Möglichkeit zur Selbstmandatierung offenhält. Die Entscheidung der NATO, den Kosovo-Krieg ohne UNO-Mandat zu beginnen, international gültiges Recht zu durchbrechen, machte die Gefahren deutlich. Hält sich auch die EU die Option einer Selbstmandatierung offen oder wendet sie dieses Verfahren gar an, so würden die Rolle der UNO und die Autorität internationalen Rechts deutlich geschwächt.

Bislang hält sich die EU in dieser Frage bedeckt. In der Gipfelerklärung von Helsinki hat sie ausgeführt, EU-Einsätze stünden „im Einklang mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen“ und die EU erkenne „die vorran-

Auch die EU scheint sich militärische Aktionen ohne UNO-Mandat offenzuhalten zu wollen.

gige Verantwortung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ an. Das ist keine explizite Bindung an ein UNO-Mandat.

Es eröffnet ein Einfallstor für Argumente, auch die EU solle – wie die NATO – einen Militäreinsatz ohne UNO-Mandat nicht kategorisch ausschließen. Letztlich ist damit zu rechnen, dass ad-hoc und unter dem Druck einer akuten Krise entschieden wird:

3. Das Verhältnis zur NATO

Zu den wichtigsten Richtungsentscheidungen für die EU gehört deren künftiges Verhältnis zu den USA und zur NATO. Wird dieses Verhältnis zunehmend von Elementen konkurrierenden Verhaltens geprägt oder werden sich die Fähigkeiten beider Institutionen sinnvoll ergänzen, weil beide je spezifische, ergänzende Aufgaben übernehmen?

Die EU-Staaten streben in ihren Gipfelbeschlüssen von Köln und Helsinki an, die EU mit der Fähigkeit zur

- Autonomie bei der Entscheidungsvorbereitung und –findung
- sowie der Fähigkeit zur eigenständigen Durchführung von militärischen Maßnahmen zur Krisenbewältigung bis hin zu Einsätzen wie im Kosovo.

auszustatten. Im Blick auf die Durchführung solcher Maßnahmen unterscheiden sie zwei Optionen, nämlich Einsätze, die die EU-Staaten mit eigenen Mitteln bestreiten können und Einsätze, für die auf militärische Ressourcen der NATO zurückgegriffen werden muss.

Zugleich machen die Beschlüsse deutlich, dass die EU militärische Maßnahmen nur ergreifen will, wenn die NATO als Ganzes, also vor allem wenn die USA sich nicht an der Durchführung beteiligen wollen. Eine Europäische Armee, eine Konkurrenz zur NATO, vor allem im Bereich kollektiver Verteidigung, sei nicht geplant. Der NATO werden intensive Konsultationen angeboten, für die inzwischen eine Vielzahl gemeinsamer Arbeitsgruppen eingerichtet wurden, in denen Teilaspekte der Zusammenarbeit kleingearbeitet werden.

Trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen und der Aussicht, dass Europa langjährigen Forderungen der USA entgegenkommt und die eigene Fähigkeit zu militärischem Eingreifen stärkt, ließen harsche Kritik, zweifelnde Fragen und politische Ermahnungen aus Washington nicht lange

auf sich warten. Sie werden am besten in einem Gedanken der amerikanischen Außenministerin Albright zusammengefasst. Sie forderte, dass Europa „no duplication“, also keine Duplikation der militärischen Fähigkeiten der NATO plane, „no decoupling“, also keine Schwächung der NATO und ihrer Rolle zulasse und „no discrimination“, also keine Diskriminierung jener NATO-Mitglieder, die nicht EU-Mitglieder sind, betreibe, sondern diesen das Recht auf gleichberechtigte Mitarbeit ermögliche.

Aus Sicht Washingtons ist den Interessen der USA mit der gegenwärtigen Verteilung von Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten in Europa bestens gedient. Im Kern gilt eine Politik des „NATO first“: Keine wichtige Entscheidung kann ohne explizite Zustimmung der USA gefällt werden. Die NATO hat die gesicherte rechtliche Möglichkeit, auf die militärischen Mittel der europäischen Staaten zurückzugreifen; umgekehrt gilt dies für die WEU nur partiell und solange wie die NATO keinen Eigenbedarf anmeldet. Washington wünscht Zugriffsrechte auch für die neu entstehenden, europäischen militärischen Fähigkeiten. Den europäischen Staaten größere Unabhängigkeit und Autonomie zuzugestehen, liegt nicht im Interesse der USA. Der Vorrang der NATO und damit die Möglichkeit der USA, europäisches Handeln entscheidend zu beeinflussen, soll erhalten bleiben.

Die EU-Staaten hingegen wollen erreichen, dass sie militärisch eigenständig handlungsfähig werden und dies auch dann bleiben, wenn Washington aus innenpolitischen Gründen oder aus Gründen einer anderen nationalen Prioritätensetzung oder Interessenslage militärisches Handeln ablehnt. Dazu benötigen sie eigene Entscheidungsstrukturen und militärische Mittel, in deren Nutzung kein Dritter entscheidend hineinreden kann. Dazu müssen zwangsläufig einige Strukturen der NATO dupliziert werden. Konfliktpotential mit den USA bzw. der NATO besteht vor allem in Hinblick auf größere militärische Einsätze, die in etwa dem Szenario im Kosovo entsprechen oder im Blick auf Einsätze, bei denen die EU und die USA von unterschiedlichen politischen Interessen bzw. Zielsetzungen geleitet werden.

Ausgetragen werden die Differenzen im Wesentlichen auf der rechtlichen und technischen Ebene – im Nahkampf der Konsultationen zwischen EU und NATO. Hier muss entschieden werden, auf welche Informationen, Aufklärungsergebnisse und Planungskapazitäten der NATO die EU zugreifen kann und unter welchen Bedingungen sie militärische Mittel der Allianz nutzen kann. Hier wird auch entschieden, welche Zugriffsrechte die NATO auf die neuen militärischen Fähigkeiten Europas bekommt.

Politisch lautet die Gretchenfrage: Gelingt es der EU in ihren Verhandlungen mit der NATO angesichts der Interessenslage der USA, Vereinbarungen zu treffen, die wirklich autonome Entscheidungen und Militäraktionen ermöglichen.

Diese Diskussionen haben eine Nebenwirkung. Die Debatte konzentriert sich auf militärische und rüstungstechnologische Fähigkeiten, die für große, an der Grenze zur offenen Kriegführung liegende Kriseneinsätze notwendig sind. Damit wird die vorhandene Tendenz zu einer Überbetonung der Entwicklung des militärischen Krisenmanagements in der EU weiter verstärkt. Eine Debatte darüber unterbleibt, ob Europa überhaupt ähnliche Fähigkeiten wie von den USA im Kosovo-Krieg demonstriert, benötigt.

Dies trägt dazu bei, den Blick für die potenzielle Stärke einer europäischen Politik der Krisenbearbeitung zu

verstellen, die ausgehend von den Stärken der EU im nicht-militärischen Bereich auf den Prinzipien der Gewaltprävention und der Gewaltminimierung beruht, also vor allem darauf bedacht ist, den Einsatz militärischer Drohungen und militärischer Gewalt zu begrenzen.

4. Die EU, die Finalität und die kollektive Verteidigung

Wird die EU und wenn ja, wann eine gemeinsame militärische Verteidigung anstreben? Diese politisch heikle Frage verbirgt sich hinter der in Amsterdam ins Auge gefassten stufenweisen Überführung der GASP zunächst in eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und später in eine Gemeinsame Verteidigung. Wie delikat dieser Punkt ist, wird nicht nur an der Frage deutlich, ob eine EU mit gemeinsamer Verteidigung das Erbe Großbritanniens und Frankreichs als Nuklearmächte antreten würde, sondern viel früher. Dann nämlich, wenn über das Ziel des Europäischen Integrationsprozesses gesprochen wird. Hieraus erklären sich die Reaktionen, die der bundesdeutsche Außenminister Joschka Fischer auslöste, als er seine Rede zur Finalität des Europäischen Integrationsprozesses an der Berliner Humboldt-Universität hielt.

Perspektivisch zielt der Europäische Einigungsprozess auf die Vergemeinschaftung aller Politikbereiche, also auch der Verteidigung. Eine gemeinsame Europäische Armee, eine gemeinsame Verteidigung werden gemeinhin als fehlende Schlusssteine des Prozesses bezeichnet.

Die Beschlüsse von Köln und Helsinki limitieren jedoch das gemeinsame militärische Handeln der EU für die nähere Zukunft in zweierlei Weise. Zum einen wird die GESVP als inter-gouvernementales Handeln ausgestaltet. Damit soll die Pandora's Büchse namens Souveränitätsübertragung verschlossen gehalten werden. Deshalb ist das militärische Krisenmanagement der EU beim Europäischen Rat, nicht aber bei der Europäischen Kommission angesiedelt.

Zum anderen wird das künftige militärische Handeln der EU auf die Erfüllung der Petersberg-Aufgaben beschränkt. Dies wurden 1997 in den Amsterdamer Vertrag aufgenommen, nachdem deutlich geworden war, dass der WEU aufgrund ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der NATO ein von der NATO unabhängiges Handeln kaum möglich sein würde.

Die Selbstbeschränkung der EU auf das Krisenmanagement hat drei Ursachen: Erstens eröffnet der Amsterdamer Vertrag keine weitergehende Zuständigkeit. Zweitens hat die EU vier neutrale Mitgliedstaaten, für die die Mitgliedschaft in einem Verteidigungsbündnis große politische und teilweise sogar verfassungsrechtliche Probleme hervorrufen würde. Und schließlich tritt die EU so nicht in eine direkte Konkurrenz zur NATO, deren Hauptaufgabe die kollektive Verteidigung ist.

Die EU trägt also ihren gegenwärtigen Möglichkeiten Rechnung, geht das zur Zeit Erreichbare an und schließt spätere, weitergehende Schritte nicht aus. In dieser Logik liegt es, dass die WEU, deren Vertrag eine rechtlich verbindlichere militärische Beistandsklausel enthält als der NATO-Vertrag, als Organisation erhalten bleibt. Dies erspart der EU die Diskussion über eine Integration der Verpflichtung in den EU-Vertrag – im Blick auf die bevorstehende Osterweiterung der Union ein gewichtiger Aspekt.

5. Die EU und Russland

Eine weitere politische Weichenstellung für die Ausgestaltung der GESVP betrifft die Beziehungen der EU zu Rus-

sland. Europäische Sicherheit ohne Russland gestalten zu wollen, ist unrealistisch und deshalb nicht erfolgversprechend. Nach Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages nutzte die EU das neue außenpolitische Instrument der Verabschiedung einer Gemeinsamen Strategie gegenüber Russland. Das Dokument wurde auf dem Kölner Gipfel gebilligt und signalisierte Russland die Bedeutung, die die EU den bilateralen Beziehungen beimisst. Von sicherheitspolitischer Relevanz ist, dass das Dokument Moskau die Entwicklung gemeinsamer Politiken zur Bewältigung von Krisen – gerade auch im Blick auf die Krisengebiete an der Südgrenze Russlands – offeriert.

Der Kosovo-Krieg spielte auch in den EU-Russland-Beziehungen eine wichtige Rolle. Russland sah sich aus innen- wie außenpolitischen Gründen nach Beginn des Krieges veranlasst, seine Beziehungen zur NATO zu unterbrechen. Mit dem Verzicht auf ein UNO-Mandat hatte die Allianz sich über ein vitales Interesse Russlands hinweggesetzt. Mit der Idee, ein Ende des Krieges durch eine gemeinsame Vermittlung von EU und Russland herbeizuführen und mit der G-8-Ebene ein Forum zur politischen Beendigung des Konfliktes zu wählen, in dem Russland unter Gesichtswahrung mitarbeiten konnte, kamen entscheidende Impulse für einen kooperativen Ansatz zur Beendigung des Krieges aus der EU. In Moskau führte der Kosovo-Krieg zu einer Diversifizierung im Denken über die Beziehungen mit dem Westen. Seit dem Kosovo-Krieg wird realisiert, dass aus dem Kreml zwei Tore nach Westen führen. Bei verschlossener Tür zur NATO und zu den USA existieren weiterhin Kooperationsmöglichkeiten mit den Nachbarn aus der EU.

Für die weitere Entwicklung dürfte es entscheidend sein, ob die EU und Russland ihre potenziell strategischen Kooperationsmöglichkeiten realistisch einschätzen und nicht durch überzogene Erwartungen überfrachten. Die Entwicklung und Ausgestaltung einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland wird Zeit, Geduld und Interesse an der Entwicklung gegenseitiger strategischer Abhängigkeiten und gemeinsamer Interessen brauchen. Dafür sind die in den letzten Monaten zwischen einzelnen EU-Staaten und Russland, aber auch der EU und Russland projektierten wirtschaftlichen Ko-

Politisch lautet die Gretchenfrage, wie autonom muss die EU sein, um eigenständig sein zu können.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

operationen zur Sanierung der russischen Pipelinesysteme, die zugleich zu einer langfristig gesicherten Energieversorgung in Westeuropa beitragen sollen, ein gutes Beispiel. Ähnliche vielversprechende Beispiele im Bereich der Sicherheitspolitik lassen dagegen noch auf sich warten. In Nizza will die EU lediglich Optionen für eine Zusammenarbeit beim Krisenmanagement mit Russland diskutieren.

In Zukunft erfordert die Osterweiterung der EU verstärkte Aufmerksamkeit. Mit der Osterweiterung kommen Union und Russische Föderation einander geographisch noch näher. Russland sah in der Osterweiterung der EU – im Gegensatz zu jener der NATO – bislang keine Bedrohung und widersetzte sich deshalb diesen Plänen nicht. Eine wesentliche Gestaltungsaufgabe für die Beziehungen der EU zu Russland wird es sein, dafür zu sorgen, dass dies auch angesichts der sicherheitspolitischen Integration der EU so bleibt.

Europäische Sicherheit ohne Russland gestalten zu wollen, ist unrealistisch nicht erfolgversprechend.

6. Zwischen Transparenz und Küchenkabinett

Schließlich werden die Europäischen Institutionen entscheiden müssen, wie sie ihre Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der parlamentarischen Kontrolle öffnen und öffentlich vermitteln bzw. rechtfertigen wollen – die Aspekte der Transparenz und der „democratic accountability“. Wie und in welchem Umfang dies geschieht, ist von größter Tragweite für die öffentliche Akzeptanz Europas und für die innenpolitische Durchhaltbarkeit militärischen Krisenmanagements.

Entscheidungen über die sicherheitspolitischen und militärischen Aspekte der GESVP werden ausschließlich auf intergouvernementalem Wege getroffen. Die nationalen Parlamente sind zur Zeit der einzige Ort, an dem über das Verhalten der jeweils nationalen Regierungen eine beschränkte

te Kontrolle ausgeübt werden kann. Eine parlamentarische Kontrollinstanz, die die Sicherheitspolitik der EU überprüfen und kontrollieren könnte, gibt es nicht.

Deutlich wird die Problematik an den Bemühungen des Europäischen Rates, den Geheimhaltungsanforderungen, die sich aus einem Informationsaustausch und der Zusammenarbeit mit der NATO ergeben, gerecht zu werden. Erst vor wenigen Jahren hatte die EU beschlossen, öffentlichen Zugang zu EU-Dokumenten grundsätzlich zu ermöglichen. Im Sommer dieses Jahres aber beschloss der Rat für Allgemeine Angelegenheiten mit Mehrheit, den Zugang wieder erheblich einzuschränken, ja ganze Vorgänge für nicht-öffentlich zu erklären, wenn einzelne Dokumente geheimschutzbefürchtete Informationen beinhalten sollten. Geheimhaltung soll für Vorgänge aus dem militärischen wie dem nicht-militärischen Krisenmanagement gelten. Nicht einmal im Register der Ratsdokumente sollen entsprechende Dokumente künftig Erwähnung finden. Holland, Finnland, Schweden und das Europäische Parlament rufen den Europäischen Gerichtshof an, da der Amsterdamer Vertrag explizit auch hinsichtlich der GASP, zu der die GESVP gehört, die Verpflichtung zur Öffentlichkeit enthält. Im Europäischen Parlament fragen sich die Abgeordnete, wie sie unter diesen Bedingungen noch eine Haushaltskontrolle ausüben können.

Kommission, Rat und Regierungen versuchen seit Wochen, die Wogen zu glätten: Doch alle Kompromissangebote signalisieren nur eins: Das alte Maß an Transparenz soll keinesfalls wiederhergestellt werden, die Bürokratie will sich die Möglichkeit, Entscheidungsprozesse unter Verschluss zu nehmen, erhalten. Der Kampf ums Prinzip geht also weiter: Hier das Interesse von Regierungen und Administrationen, Entscheidungen und deren Begründung in kleinen, kabinettartigen, schlecht kontrollierbaren Gremien zu fällen, an denen auch Bismarck Gefallen gefunden hätten; dort Parlamente und Öffentlichkeit, die ein legitimes Interesse an Kontrollierbarkeit, Nachvollziehbarkeit und öffentlicher Zugänglichkeit haben.

7. Schlussbemerkungen

Die Entwicklung einer vergemeinschafteten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat – unwiderrufflich – begonnen. Anders, als bei früheren Bemühungen, zu einer gemeinsamen Politik in diesem Bereich zu kommen, ist nicht damit zu rechnen, dass der Prozess angesichts der Mühen der Ebene schnell ins Stocken gerät. Der politische Willen und die Entschiedenheit, mit der das Projekt seit nunmehr zwei Jahren vorangetrieben wird, sind ungleich größer als in der Vergangenheit.

Damit steht zugleich fest, dass – früher oder später – die geschilderten Richtungsentscheidungen getroffen werden müssen. Mit ihnen wird Europa seine Rolle in der Welt neu definieren. Damit wird sich – so oder so – das Gesicht und die Wahrnehmung der EU verändern. Die Zeiten der klassischen „Zivilmacht“ Europa sind vorüber. Dies bedeutet nicht, dass Europa zwangsläufig zur „Militärmacht“ wird, aber doch, dass bereits eine gefährliche Tendenz dazu erkennbar wird.

Eine abschließende Bewertung der GESVP ist noch nicht möglich. Sie birgt Chancen, aber auch erhebliche politische Risiken. Und sie macht deutlich, wie dringend eine breite, gesellschaftliche Diskussion über die sicherheitspolitische Integration in Europa, die europäischen Interessen und die Formen ihrer Wahrnehmung ist. Ein Urteil aber steht bereits fest: Über dem Vorhaben GESVP flattert (auch) der Union Jack. spw

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik 39

Rechtspopulismus – Arbeit und Solidarität

Unternehmerische Arbeitskraft, Eigenverantwortlichkeit und ihre Risiken; Ende der Solidarität im Aktionärskapitalismus; Sozialstaatskrise, Frauen und Umverteilung; Lohnflexibilisierung, Leistungslohn; Neue Mitte, Krise von Rotgrün und Strategien linker Politik in Westeuropa

W. Schöni, M. Kuhlmann, M. Schumann, K. Dörre, M. Vester, G. Notz, W. Eberle, H. Schäppi, F.O. Wolf

Diskussion

J. Lang: Blocher, SVP und Nationalkonservatismus
F. Schandi: FPÖ – ein postfaschistisches Projekt
M. Zülle: Haider's Psychopolitik
N. Paech: Europäische Wertegemeinschaft und Krieg
W.-D. Narr: NATO-Krieg und „Aufruf zur Fahnenflucht“

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

204 Seiten, Fr./DM 21.– (Abonnement 36.–/38.–) zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 01 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Die europäische Neuordnung der Rüstungsindustrie

Von Hartmut Kühle

1. Abrüstung und Friedensdividende

Die Militärausgaben sind in den 90er Jahren weltweit um etwa ein Drittel zurückgegangen – in Deutschland fast um die Hälfte. Die weltweite Produktion militärischer Güter stagniert nach ihrem kräftigen Rückgang in der ersten Hälfte der 90er; in USA, Russland, Frankreich, Britannien und Japan steigt sie bereits wieder an. Die Zahl der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie fällt jedoch weiterhin, zuletzt um weltweit 3,4% gegenüber dem Vorjahr (BICC, 2001). Dies ist vor allem auf die anhaltenden Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen zurück zu führen, aber auch auf die zunehmende Konzentration. So haben die fünf größten Unternehmen ihren Marktanteil gegenüber 1990 verdoppelt (SIPRI, 2000). Die Zahl der weltweit in der Rüstungsproduktion Tätigen hat sich bis 1998 auf 8 Millionen halbiert.

Mit am stärksten ist der Beschäftigungsabbau in Deutschland: von den ehemals 280.000 in der Rüstungsproduktion Beschäftigten sind heute nur noch etwa 90.000 übrig geblieben.

Was ist mit den Ressourcen geschehen, die früher für militärische Zwecke ver(sch)wendet wurden? Einigkeit besteht darin, dass es eine sog. Friedensdividende gibt, aber es gibt unterschiedliche Konzepte, sie zu beziffern.

Wir legen bei der Berechnung der freigesetzten Ressourcen das Konzept der UNO zugrunde, das für jedes Jahr die Lücke zwischen den jetzt verminderten Militärausgaben mit jenen des Basisjahres vergleicht und über den Betrachtungszeitraum akkumuliert.

Danach ergibt sich, dass in Deutschland zwischen 1991, als die Militärausgaben 65,58 Mrd. DM betragen, und 1997 mit nur noch 49,66 Mrd. DM insgesamt Mittel in Höhe von 71,25 Mrd. DM entzogen worden sind (Dedek, 2000). Es ließe sich allerdings auch argumentieren, dass diese engere „Ressourcendividende“ noch weit höher ist: wenn nämlich der Kalte Krieg noch anhielte, wären die Rüstungsausgaben über das Jahr 1991 hinaus kontinuierlich weiter gestiegen. Deshalb wäre es sinnvoll, die zwischen 1970 und 1990 linear gestiegenen Rüstungsausgaben der alten BRD erstens mit denen der weitaus militarisierteren DDR zu addieren und zweitens linear bis heute fortzuschreiben und dann mit den aktuellen Ausgaben zu vergleichen. Der so errechnete, akkumulierte Betrag für die genannte Periode wäre um ein Vielfaches höher.

Die wie auch immer berechnete Ressourcendividende umfasst keineswegs den tatsächlichen Gewinn aus der Verminderung der Militärausgaben. Einerseits bietet die Überwindung des Kalten Krieges auch qualitative Vorteile, die gar nicht zu beziffern sind, z.B. indem unser geteiltes Land wiedervereinigt werden konnte und indem Europa

und insbesondere Deutschland friedlicher und sicherer geworden sind und damit eine höhere Lebensqualität er-möglichen. Andererseits sind die alternativen zivilen Verwendungsmöglichkeiten dieser Mittel beschränkt und werden durch die damit verbundenen Kosten vermindert. Früher war man mehrheitlich der Meinung, dass es bei einer Produktionsumstellung keinerlei sozio-ökonomische Probleme, sondern nur Vorteile geben werde:

- makroökonomisch durch eine Umverteilung der Ressourcen mit einer produktiveren Verwendung,
- mikroökonomisch durch effizientere Produktionsprozesse und
- gesellschaftlich, weil mehr Ressourcen für die Erzeugung nützlicher Güter zur Verfügung stehen werden (Brzoska, 1998).

Entsprechend hoch waren die Erwartungen nach dem Ende des Kalten Krieges, als Abrüstung und Konversion wirklich in großem Maßstab möglich wurden. Doch schon bald trat Ernüchterung ein, weil man erkennen musste, dass in den betroffenen Industriebetrieben zunächst mal eine Entwertung und Vernichtung von Kapital und Qualifikationen stattfindet und die Umstrukturierung in der Regel hohe Investitionen erfordert. Erfolgreichen Produktionsumstellungen und Umsetzungen von Personal vom militärischen in den zivilen Bereich stehen denn auch zahlreiche Fehlschläge gegenüber.

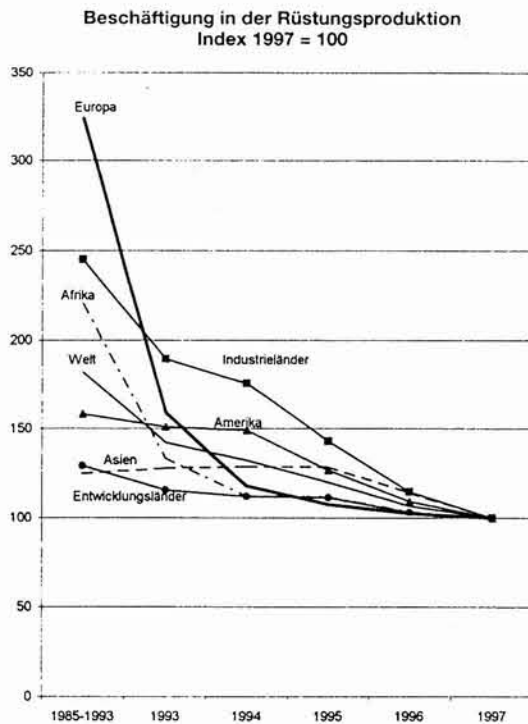
Wie gewaltig die Umstrukturierung ist, zeigen ihre sechs Aufgabenfelder:

- Umstrukturierung der Rüstungsunternehmen,
- Umwidmung der Finanzmittel für andere Aufgaben,
- Umorientierung von F&E,
- Demobilisierung der Soldaten und ihre Integration in den Arbeitsmarkt,
- Schließung der Stützpunkte und Entwicklung dieser Liegenschaften,
- Entsorgung der überschüssigen Waffen.

Dabei stellt sich das Problem, dass die heute anfallenden Kosten ziviler Verwendung manchmal höher sind als

Hoch waren die Erwartungen nach dem Ende des Kalten Krieges, als Abrüstung und Konversion wirklich in großem Maßstab möglich wurden.

Hartmut Kühle, Dr. rer. pol., arbeitete von 1973 bis 1998 am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) und ist seither Projektleiter am Bonn International Center for Conversion (BICC) und Mitglied im AK Wehrtechnik der IG Metall.



Quelle: BICC, Conversion Survey 1999.

der sich meist erst später daraus ergebende Nutzen. Darüber hinaus gab und gibt es einige Mammutaufgaben, die u.a. auch mit Hilfe der freigewordenen Mittel finanziert wurden, z.B. der Transfer von etwa 2000 Mrd. DM in die neuen Bundesländer oder der Abbau der übergroßen staatlichen Defizite, so dass die Friedensdividende nicht als solche sichtbar wird.

2. Neustrukturierung der Rüstungsindustrie

Nach dem drastischen Einbruch von Nachfrage und Beschäftigung in der ersten Hälfte der 90er Jahre geht es seither darum, den Konsolidierungsprozess der Unternehmen fortzusetzen, zwar auch mit dem Ziel, immer noch vorhandene Überkapazitäten abzubauen, aber vorrangig, um wichtige Kernkapazitäten und Schlüsseltechnologien zu erhalten und zu bündeln.

Die Rüstungsindustrie ist, auch wenn sie wie in Deutschland privatwirtschaftlich organisiert ist, eine „politische Branche“ insofern der Staat als Hauptkunde die gesamte Inlandsnachfrage bestimmt.

Einschließlich der Vorleistungen dürften von ehemals 280.000 heute noch etwa 90.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt von Rüstungsaufträgen abhängig sein.

Die staatliche Kontrolle der wehrtechnischen Unternehmen erfolgt vor allem auf indirekten, informellen Wegen. Dazu gehören die vielfältigen Möglichkeiten der Beschaffungspolitik, des beschränkten Wettbewerbs bei Ausschreibungen oder der freihändigen Vergabe. Größeren Beschaffungen muss der Verteidigungspolitische Ausschuss des Bundestags zustimmen. Direkter wird die Auslandsnachfrage vor allem über das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Außenwirtschaftsgesetz und natürlich über die von der Bundesregierung beschlossenen Exportrestriktionen kontrolliert.

2.1. Betriebliche Strategien

Die Suche und Umsetzung von Alternativen zum bisherigen Rüstungsgeschäft bietet sowohl Chancen als auch Ri-

siken. Einerseits haben Rüstungsunternehmen überdurchschnittlich hoch qualifizierte Beschäftigte, besonders große Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und teilweise gute Auslandskontakte. Ihre strukturellen Nachteile liegen andererseits in einem häufig unterentwickelten Kostenbewusstsein, einem überdurchschnittlichen Lohnniveau, hohen Verwaltungskosten, der Ausrichtung auf einen engen Kundenkreis staatlicher Abnehmer und daher einem unterentwickelten Marketing und in einer Unternehmenskultur, die von zivilen Unternehmen deutlich abweicht.

Grundsätzlich lassen sich *fünf idealtypische Anpassungsstrategien* unterscheiden:

- (1) Die defensive Strategie des Gesundheitschumpfens. Kostensenkung wird hauptsächlich durch Personalabbau und Ausgliederung unrentabler Betriebsteile zu erreichen versucht, ohne neue Produkte zu entwickeln.
- (2) Der völlige Ausstieg aus dem Rüstungsmarkt. Insbesondere Unternehmen, die den Markt und ihre Wettbewerbsfähigkeit negativ einschätzen, verkaufen ihre Anlagen vielfach an andere Unternehmen. Siemens und (der frühere Kanonenkönig) Krupp produzieren heute keine Rüstungsgüter mehr.
- (3) Die Konsolidierung der Rüstungsproduktion. Durch Aufkäufe bisher konkurrierender Unternehmen, Rationalisierung, Bereinigung der Produktpalette, Spezialisierung auf die Kernkompetenz und verstärktes Bemühen um ausländische Märkte kann versucht werden, Marktanteile auch in einem insgesamt schrumpfenden Rüstungsmarkt hinzuzugewinnen. Der Rheinmetallkonzern ist dafür ein Beispiel, der neben anderen Rüstungsfirmen gerade erst die Panzerproduzenten KUKA und Henschel übernommen hat.
- (4) Der Ausbau des zivilen Geschäfts durch Konversion. Deutsche Rüstungsunternehmen sind meistens diversifiziert, d.h. sie verfügen neben dem militärischen Bereich bereits über zivile Produktlinien. Hier kann versucht werden, Ressourcen auf den zivilen Bereich umzuleiten. Eine direkte Umnutzung der vorhandenen Produktionsanlagen und Arbeitskräfte dürfte nur in Ausnahmefällen gelingen, zumal es für Neueinsteiger in hoch kompetitiven Märkten schwer ist, erfolgreich Fuß zu fassen.
- (5) Der Ausbau des zivilen Geschäfts durch Zukauf ziviler Firmen. Diese Strategie bietet den Vorteil, die riskanten Umstellungs- und Lernprozesse der 4. Strategie abzukürzen, indem das Know-how der in zivilen Märkten erfolgreichen Unternehmen genutzt wird.

Die Rüstungsunternehmen sind heute zunehmend gezwungen, sich (noch) stärker marktwirtschaftlich zu verhalten und insbesondere auch die in anderen Sektoren bereits gängigen betriebswirtschaftlichen Strategien zur Kostensenkung einzuführen. Aufgrund der Orientierung auf nur einen staatlichen Großkunden und der dabei möglichen Kalkulation des Aufwands plus eines „angemessenen“ Gewinns war dies bisher meist nicht nötig.

Bei der Suche nach Alternativen tut sich der Panzerbau besonders schwer. Die militärischen Anforderungen führen hier zu Spezialentwicklungen, die eine wirtschaftliche Form nichtmilitärischer Anwendung ausschließen. Nach grober Schätzung dürften Untersysteme und Baugruppen der in der Bundeswehr verwendeten Kampffahrzeuge zu mehr als 95% speziell für militärische Zwecke entwickelt worden sein. Nur einige Randgebiete, wie z.B. Ausbildungs- und Prüfgeräte, können auch zivil genutzt werden.

Einschließlich der Vorleistungen dürften von ehemals 280.000 heute noch etwa 90.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt von Rüstungsaufträgen abhängig sein. Daher und weil es sich hier um eine „politische Branche“ handelt, die ihre Kapazitäten aufgrund eines staatlichen Auftrags aufgebaut hat, muss die Bundesregierung an ihre Verantwortung für die Beschäftigten erinnert werden. Sie darf die betroffenen Unternehmen und ihre Beschäftigten jetzt nicht einfach dem Markt überlassen. Der Abbau in dieser Branche ist schließlich nicht dem Markt, sondern politischen Entscheidungen geschuldet. Dazu kommt, dass sich die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag ausdrücklich zur Konversion bekannt hat. Außerdem sollte es sozialdemokratische Politik sein, die Verlierer des (notwendigen) Strukturwandels wenigstens sozial abzufedern, wie dies z.B. im Bergbau seit Jahrzehnten geschieht. Neben Arbeitsbeschaffungsprogrammen, besonderen Vermittlungsagenturen und der gezielten Umqualifizierung für zivile Produktion sollte es auch Hilfen für Unternehmen geben, die sich auf zivile Geschäftsfelder umorientieren wollen, um z.B. die Risiken der Umstellungsphase zu mindern.

2.2. Europäische Lösung

Einer der entscheidenden Nachteile der deutschen, aber auch der viel größeren französischen und britischen Rüstungsindustrie gegenüber den bereits fusionierten US-Giganten mit ihrem riesigen Binnenmarkt besteht in der Fragmentierung und nationalstaatlichen Reglementierung der europäischen Rüstungsmärkte. Sie sind zu klein mit der Folge zu kleiner Serien und zu hoher Stückkosten. Auch können die Vorteile des Binnenmarktes, nämlich die Wahl des günstigsten Standorts und des günstigsten Anbieters, nicht genutzt werden, da der gemeinsame Binnenmarkt nach Artikel 223 des EWG Vertrags ausdrücklich nicht für die Rüstungsproduktion gilt.

Die traditionelle europäische Antwort darauf ist die begrenzte internationale Unternehmenszusammenarbeit bei der Durchführung konkreter Projekte und Beschaffungsprogramme, die von den Regierungen auch politisch gefördert wird und zu der sich immer mehr Unternehmen gezwungen sehen. Diese Lösung erlaubt zumindest eine Verteilung der Forschungs- und Entwicklungskosten auf die beteiligten Länder. Kostengründe sind es auch, die den zunehmenden Einsatz ziviler Teile und Komponenten in der Rüstungsproduktion erzwingen. Hier ist eine gewisse Europäisierung schon Realität. Auch die zunehmende Lizenzproduktion ist ein Anzeichen für die voranschreitende Internationalisierung in der Rüstungsindustrie. Kurzfristige Kooperationsprojekte mit einer beschränkten Anzahl von Partnern sind aber auf Dauer unbefriedigende Lösungen, insbesondere für Projekte sehr großen Umfangs, die auch einen Austausch von Technologie und vertraulicher Information erfordern. Die Alternative dazu wären Fusionen im europäischen oder gar weltweiten Maßstab.

Trotz der nicht zu unterschätzenden Fusionsrisiken liegt die Zukunft der europäischen Rüstungsbetriebe angesichts der nun auf niedrigem Niveau stagnierenden Nachfrage und des amerikanischen Konkurrenzdruckes in der Herstellung einiger weniger grenzüberschreitender Systemhäuser. Dazu fehlt es aber z.Z. noch hauptsächlich an den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen. Die wichtigsten Hindernisse sind:

- unterschiedliche Eigentumsverhältnisse an Rüstungsunternehmen (Staatsbetriebe in Frankreich – private Unternehmen in Deutschland),
- staatliche Zustimmung bei grenzüberschreitenden Käufen und Verkäufen,
- Fehlen grenzüberschreitender rechtlicher Strukturen (europäisches Unternehmensstatut),
- unterschiedliche Exportpolitik,
- unterschiedliche nationale Anforderungen an militärische Ausrüstungen und

Abhängigkeit der Beschaffungen von der Beschäftigung im eigenen Land: Erhaltung nationaler Schlüsseltechnologien und Mindestkapazitäten.

Angesichts dieser Blockaden ist das im Juli unterzeichnete Framework Agreement ein Meilenstein in einer Reihe von Bemühungen, die Europa befähigen sollen, seine Rüstungsbasis unabhängig von den USA zu erhalten. Es soll die unterschiedlichen nationalen Exportkontrollprozeduren für Lieferungen zwischen Deutschland, Frankreich, Britannien, Italien, Schweden und Spanien vereinfachen und harmonisieren.

2.3. Rüstungsindustrie als Motor der europäischen Integration?

Die Vision einer europäischen Lösung beschreibt das BMVG wie folgt: „Es muss ein europäischer Konsens hergestellt werden mit dem Ziel, gewollte gegenseitige Abhängigkeiten zu schaffen, die nationales Autonomiestreben ausschließen. Europa braucht eine Bündelung der Fähigkeiten unter Wahrung einer fairen und partnerschaftlichen Beteiligung der Nationen. In den Wechselbeziehungen von nationaler Konsolidierung und Vor-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

bereitung europäischer Lösungen muss ein Interessenausgleich zur europäischen Rüstungsbasis derart Platz greifen, dass ein Land dort die Führung übernehmen wird, wo seine Industrie wirtschaftlich und technologisch stark ist, eine internationale Spitzenstellung einnimmt und auch Gesamtsystemkompetenz besitzt. Die Restrukturierung darf sich nicht auf dem Rücken eines Partners vollziehen und zur Dominanz einer europäischen Nation auf dem europäischen Markt führen. Dabei sind auch mittelständische Betriebe – häufig als Subunternehmen wichtige Technologieträger – angemessen zu berücksichtigen“ (BMVg, 1998).

Die notwendige Integration der nationalen Rüstungsmärkte und die Durchsetzung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Beschaffungspolitik krankt ebenso wie die gesamte europäische Integration daran, dass eine Politische Union, die über die nationalstaatlichen Interessen und Egoismen dominieren könnte, z.Z. noch fehlt. Die meisten Staaten sind bisher nicht bereit, ihre Souveränität auf eine supranationale Instanz zu übertragen. Um dennoch in absehbarer Zeit zu einer einheitlichen europäischen Rüstungs- und Beschaffungspolitik zu

Von der EWU werden starke ökonomische Sachzwänge ausgehen, die in Richtung einer Politischen Union wirken.

kommen, wäre als Alternative ein Weg denkbar, der auch bei der Schaffung der Europäischen Währungsunion (EWU) eingeschlagen wurde. Nach der mehrheitlich vertretenen „Krönungstheorie“ hätte erst die staatliche Einheit geschaffen werden müssen und erst dann als Krönung des ökonomischen und politischen Einigungsprozesses eine gemeinsame Währung eingeführt werden können. Statt dessen hat sich in der Praxis die „Lokomotivtheorie“ durchgesetzt, die die wirtschaftliche und monetäre Union umgekehrt als Schrittmacher einer dann folgenden politischen Union nutzt. Die EWU bringt in der Tat den europäischen Integrationsprozess einen entscheidenden Schritt voran und macht ihn darüber hinaus unumkehrbar. Von dieser höheren Integrationsstufe werden starke ökonomische Sachzwänge ausgehen, die in Richtung einer Politischen Union wirken.

Die gemeinsame Währung kann daher auch als Triebfeder für die notwendige Entwicklung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) betrachtet werden. Prinzipiell haben die EU-Staaten bereits heute die notwendigen Mittel, um eine effektive GASP zu verfolgen. Was fehlt, ist der politische Wille, aber dieser könnte ökonomisch erzwungen werden durch eine erfolgreiche, die weitere Integration sowohl erfordernde als auch fördernde EWU. Die zentralisierte bzw. supranationalisierte Geldpolitik muss z.B. durch eine enge Kooperation der de jure weiterhin nationalstaatlichen Fiskal- und Einkommenspolitik begleitet werden. Der Erfolg des EURO hängt von dieser Kooperation ab, und wenn dies gelingt, wird die Integration und die europäische Identität wiederum vorangebracht, und dann dürfte es letztlich auch leichter sein, eine GASP zu praktizieren.

Es sei daran erinnert, dass die Wirtschafts- und Währungsunion von Anfang an ein primär politisches Projekt war, bei dem es weniger um Geld als vielmehr um Macht geht. Das eigentliche und letzte Ziel der EWU als politisches Projekt ist es, die weitere politische- und nicht nur wirtschaftspolitische-Integration voranzutreiben. Nach dem schon seit 1993 vollendeten Binnenmarkt und der seit 1999 bestehenden EWU könnte gerade die militäri-

sche und rüstungsindustrielle Zusammenarbeit eine immer größere Bedeutung für den weiteren Vereinigungsprozess spielen. Manche befürchten, dass einige wenige übermächtige Rüstungskonzerne die Geschicke Europas maßgeblich bestimmen könnten. Aber gerade wegen dieser Gefahr könnte sich die Überzeugung durchsetzen, dass die nationalen Egoismen zurück gedrängt werden müssen und als Gegengewicht eine Politische Union unumgänglich ist.

Die immer engere militärische Zusammenarbeit auf allen Ebenen dürfte die Einführung gemeinsamer operativer Strukturen nahe legen. Gemeinsame Generalstäbe und Streitkräfte, gemeinsame Rüstungs- und Beschaffungsprogramme und grenzüberschreitende, europäische Rüstungsunternehmen werden letztlich auch eine einheitliche politische Instanz nach sich ziehen und sind deshalb Bausteine für die Einführung einer Politischen Union. Paecht, Mitglied der französischen Nationalversammlung, sieht dabei gerade in der Verteidigungspolitik die treibende Feder: „Die Zukunft Europas hängt schließlich vollkommen von dem Erfolg oder Misserfolg der gemeinsamen Verteidigungspolitik ab. Der Prozess der europäischen politischen Einigung wird bis zum erfolgreichen Ende fortgeführt oder endgültig abgebrochen, je nachdem, ob im Verteidigungsbereich Fortschritte erzielt werden oder nicht“ (Paecht, 1996, S. 8).

Die Zeit für eine europäische Lösung ist nicht nur reif, sie eilt, denn die amerikanischen Giganten haben nach ihrer großen Fusionswelle bereits den nächsten Schritt im Auge, nämlich die *transatlantische* Strategie, mit der sie auf den attraktiven, aber zersplitterten europäischen Rüstungsmarkt zielen. Auch das Pentagon unterstützt dies, u.a. um auf diese Weise wieder etwas mehr Wettbewerb in den stark konzentrierten amerikanischen Markt zu bekommen. Für einige europäische Unternehmen könnte die Kooperation oder Fusion mit amerikanischen Partnern ebenfalls attraktiv sein, da sie bisher vom amerikanischen Markt weitgehend ausgeschlossen sind. Im Bündnis mit den finanzstarken US-Unternehmen können die deutschen und europäischen Firmen aber nur Juniorpartner sein, und eine europäische Lösung würde damit in weitere Ferne rücken.

Im Bereich der Luft- und Raumfahrt ist die Europäisierung mit den zwei Polen EADS und BAE Systems einen großen Schritt voran gekommen. Eine ähnliche Entwicklung im Schiff- und Panzerbau ist jedoch nicht absehbar.

spw

Literatur

- BICC, Bonn International Center for Conversion. 2001. *Conversion Survey 1999. Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization*. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft (im Erscheinen).
- BMVg, Bundesministerium der Verteidigung. 1998. *Bericht zur Lage der deutschen wehrtechnischen Industrie*. Hauptabteilung Rüstung, Bonn.
- Brzoska, Michael. 1998. *The Balance Sheet of Conversion*. Bonn. BICC.
- Dedek, Michael. 2000. „Military Expenditures and the Peace Dividend in Reunited Germany.“ In Brömmelhörster, Jörn (Hrsg.), *Demystifying the Peace Dividend*. Baden-Baden, 2000.
- Klepsch. 1977. *The Klepsch Report. Report Commissioned by the Political Committee of the European Parliament*. Brussels.
- Paecht, Arthur. 1996. „Luft- und Raumfahrt als Instrument einer integrierten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.“ *Wehrtechnik*, 1/1996.
- SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute. 2000. *Yearbook 2000. Armaments, Disarmament and International Security*. Stockholm. Oxford University Press.



„And the winner is... Al W. Gorebu\$h“

Zu den Wahlen 2000 in den USA

von Edgar Göll und Konstantin Vössing

Beim diesjährigen Showdown auf der Mainstreet USA zwischen den beiden mit Wahlkampfmitteln gut bewaffneten Männern sanken vorerst beide in den Staub. Beide waren in den Spalt „der Mitte“ gerutscht, gefangen auf ihren „Dritten Wegen“ zur Stimmenmaximierung in der großen nebulösen Mitte der US-Gesellschaft. Die immer teureren Wahlkämpfe für Präsidentenamt und Kongress (insgesamt 3 Mrd. US\$) erregen demgegenüber trotz immer neuerer Techniken und Inszenierungen kaum besondere Aufmerksamkeit. Im Angebot waren relativ identische „Produkte“, daher ist das knappe Ergebnis nicht besonders erstaunlich. Wichtig allerdings ist die daraus resultierende geringe Legitimation des neuen Präsidenten, die Umstrittenheit des Ergebnisses beim politischen Gegner und der weitere Drang bzw. Zwang zur politischen Mitte.

Doch die politische Legitimation der Präsidenten und anderer politischer Repräsentanten durch das Wahlvolk war in den USA schon oft sehr gering. Selbst Reagan oder Clinton erhielten von nur knapp 25% der wahlberechtigten Bevölkerung ihr Kreuzchen (bzw. ihr Loch). Nun ist die Legitimation und das politische Mandat bei der Wahl von „Gorebush“ noch eingeschränkter, denn der neue Präsident hat weder zahlenmäßig noch inhaltlich einen besonders klaren Wählerauftrag.

Das „Wahldebakel“ in Florida

Geradezu grotesk mutete die Aufgeregtheit und Unsicherheit in den USA an über das Fiasko der Auszählung von Wählerstimmen, dem symbolischen Akt par excellence in repräsentativen Demokratien. Dabei schien in

den USA sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Stabilität unübertroffen: lang andauerndes ökonomisches Wachstum, unangefochtener Weltführungsanspruch, internationale kommerziell-kulturelle Dominanz usw. Und über all dies wird kontinuierlich der Zuckerguss von Klatsch und persönlicher Tragik gegossen (Hollywood und Disneyland): Selbstzufriedenheit ist weit verbreitet.

Das „Wahldebakel“ wird aber erst bei genauerer Betrachtung von drei Aspekten verständlicher. In organisatorischer Hinsicht gibt es in den USA je nach Wahlkreis eine Vielzahl von Abstimmungs- und Auszählungstypen; technische Details wie z.B. der Umstand, dass die von US-Flugzeugträgern verschickten Wahlbriefe per se nicht gestempelt (damit ist das Versanddatum nicht dokumentiert) sind, hatten bis dato keine Rolle gespielt. In politischer Hinsicht trug das knappe Ergebnis in Florida zu einer peniblen Überprüfung bei und deckte dadurch übliche Ungenauigkeiten und Schlenndrian auf – führte nach innen und außen allerdings zu „Schadenfreude“ (wird in den USA in deutsch verwendet mangels Synonym!) und Zunahme von Misstrauen und Abneigung gegenüber der Parteimaschinerie. Die verfassungsrechtliche Tradition des Wahlmännnergremium stellt zudem bei den jüngsten Wahlen den Wählerwillen auf den Kopf: einer Mehrheit der absoluten Stimmen steht wohl eine andere Mehrheit im Wahlmännnergremium gegenüber – letztere gibt den Ausschlag. Eine optimistische Sicht brachte hingegen Clinton zur Sprache: nun könne jede Bürgerin und jeder Bürger in den USA erkennen, dass wirklich jede Wählerstimme zählt!

Die Heftigkeit der Reaktionen in den USA zu den Detaillierungen in den drei Stimmbezirken in Florida dürfte noch andere Gründe haben. Hochkomplexe Gesellschaften wie die USA sind auf das Funktionieren in ihren Mikrobereichen angewiesen. Angesichts des knappen Ausgangs kommt diesmal zu Bewusstsein, wie abhängig selbst eine solch mächtige Nation von Details ist: der konkreten Form von Wahlzetteln, von Stempelapparaten, von Kalkülen der Wahlhelfer etc. Das läuft dem extremen Sicherheits- und Kontrollbedürfnis vieler US-BürgerInnen zuwider. Hinzu kommt die Zahlengläubigkeit, die fast religiöse Faszination von Statistiken und die strategisch-taktische Bedeutung des Einsatzes von Umfrageergebnissen. Nun wurde offenbar, auf welch wackeligen Annahmen und Voraussetzungen die vermeintlich exakten Fakten fußen.

Das erbitterte parteipolitische Hickhack über die Auszählungsprozeduren in Florida trug hysterische Züge und wurde begleitet von einem „hechelnden Voyeurismus“, der vom wahlpolitischen „Coitus interruptus“ völlig außer Fassung geraten war. Die harte Konkurrenz zwischen den Medienanstalten und ihren Meinungsumfragebüros – wer verlautbart als erste das Resultat und kürt den neuen Präsidenten? – war neben der bipolaren Parteipolitik der treibende Motor dieser Hektik. In einer Analyse der TV-Berichterstattung über den jüngsten Wahlkampf stellte Stephen Hess fest, dass sowohl Quantität als auch Qualität weiter gesunken sind. Die durchschnittlichen direkten „soundbites“ der Kandidaten sind auf 7 Sekunden

Im Angebot waren relativ identische „Produkte“, daher ist das knappe Ergebnis nicht besonders erstaunlich.

*Dr. Edgar Göll, Sozialwissenschaftler in Berlin
Konstantin Vössing, stellv. Juso-Landesvorsitzender NRW, studiert z.Z.
Politikwissenschaft an der Ohio State University*

geschrumpft und immer mehr geht es nicht um Inhalte sondern um „Pferderennen-Geschichten“ (wer liegt vorne, wer ist gedopt etc.).

Eine neue dritte Partei?

In Form der Green Party und ihres Präsidentschaftskandidaten Ralph Nader gab es diesmal allerdings wieder eine kleine progressive Alternative. Die Green Party der USA startete 1984, als sich verschiedene regionale und lokale Initiativen lose zusammenschlossen. Sie hat etwa 100.000 Mitglieder und in etwa 20 der 50 Bundesstaaten etwa 70 Mandatsträger in politischen Positionen. Den meisten Anklang finden sie unter jungen Menschen und in Bundesstaaten mit liberal-progressiven Enklaven wie Kalifornien. Die US-Grünen setzen sich ein für eine 30-Stunden-Woche, wollen die Todesstrafe abschaffen, möchten das Recht auf Abtreibung durchsetzen, fordern eine Gleichberechtigung Homosexueller, wollen Reparationszahlungen wegen der zweieinhalb Jahrhunderte Sklaverei zahlen, wenden sich gegen die Vernichtung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe durch das große Agrobusiness, wollen einen Weltgerichtshof und einen Machtzuwachs für die UN.

In den Medien und der breiten Öffentlichkeit mit ihrer Fun-Kultur ist für derartige Politikinhalt gerade auch einer solchen alternativen Partei kein Platz. Umso wichtiger sind Persönlichkeiten. Und diesbezüglich hatte sich die Green Party als Präsidentschaftskandidaten den bekannten und angesehenen Ralph Nader auserwählt. Dieser setzt sich seit den 60er Jahren für Verbraucher- und Umweltschutz ein, hat z.B. gegen Autokonzerne Klagen gewonnen und gilt als integrierter unbestechlicher Streiter der Lobbylosen.

Aber dritte Parteien haben es im Zweiparteiensystem der USA extrem schwer, dauerhaft erfolgreich zu sein. Selbst der Rechtspopulist Ross Perot schaffte mit seinen zig Millionen Wahlkampfmitteln 1996 und immerhin 19% Wählerzuspruch nur einen kurzen Einbruch ins bundespolitische Establishment. Sein rechtskonservativer Nachfolger Pat Buchanan rutschte nun auf ca. ein Prozent der Stimmen. Dennoch sind Wahlkampfeteiligungen für Linke nicht irrelevant: hier können mehr als in normalen Zeiten alternative politische Botschaften verbreitet, Netzwerke vertieft und Koalitionen geschmiedet werden. An den TV-Debatten durfte Nader allerdings nicht teilnehmen, denn dafür hätte er

mindestens 15-% der Stimmen in den Vorwahlen erhalten müssen.

In diesem Jahr könnte es Ralph Nader gewesen sein, der die Wahl mitentschieden hat. Vier von fünf grünen Wählern haben angegeben, sie hätten demokratisch gewählt, wenn Nader nicht angetreten wäre – das sind auch Stimmen, die Al Gore möglicherweise zum Sieg verholfen hätten. Die sich daraus ergebende Notwendigkeit, seine eigenen Leute mit ins Boot zu holen (im aktuellen Fall die klassisch demokratische Klientel, die zu Nader gewechselt ist), ist beiden Kandidaten sicherlich bewusst gewesen: Der Gore-Campaign ist dies jedoch trotz einer stärkeren Betonung der konzeptionell-inhaltlichen Unterschiede zu seinem Kontrahenten Bush in der Schlussphase des Wahlkampfes nicht mehr hinreichend gelungen.

Der asketische Rechtsanwalt Nader trat diesmal in 45 Bundesstaaten an. Beim ersten Versuch 1996 erhielt er noch 0,6%, diesmal immerhin etwa drei Prozent der abgegebenen Stimmen. Besonders hoch war der Zuspruch in Minnesota, Colorado (je 5%), Oregon und Wisconsin (je 4%). Nach der knapp verlorenen Wahl wird schrille Kritik an Nader geübt, er habe den Sieg von Bush mit seiner eigenen Kandidatur ermöglicht, er habe Wählerstimmen von Gore abgezogen. Doch diese auch in Deutschland zur Genüge bekannte Kritik (SPD gegenüber Grünen und PDS, Logik des „kleineren Übels“) stellt auch in den USA eine Umkehrung der Kausalitäten dar, verwischt die Spur der Ursachen: dass besonders wenige BürgerInnen wählen gehen, die potenziell Demokraten wählen würden, ist nicht Naders Schuld; dass die demokratischen Kandidaten nach rechts in die ominöse politische Mitte rücken, ist Naders Schuld nicht; dass es keine andere linke Kraft gibt, die die politischen Diskurse erweitern und vertiefen könnte, ist Naders Schuld nicht; dass etliche Sympathisanten der Demokraten diesmal republikanisch wählten, ist Naders Schuld nicht. Dementsprechend antwortet Nader auf diese Kritik frech: „im Gegenteil: Gore hat mir Stimmen abgelncht“. Außerdem hätten die Demokraten lange genug die Linken und ihre Themen/Vorschläge innerhalb ihrer Partei zurückgewiesen, ignoriert, marginalisiert, ausgegrenzt (bspw. Jesse Jackson nach seiner bemerkenswerten Kampagne 1992). Sie seien damit die Ursache seiner Kandidatur. Und nun sei es an der Zeit, eine progressive Partei aufzubauen, die sich der Macht der Konzerne und anderen ignorierten Problemen

annehme. Die Green Party wolle antreten „to clean Washington up“. Sie seien nach diesem Wahlergebnis die drittstärkste und am schnellsten wachsende Partei in den USA.

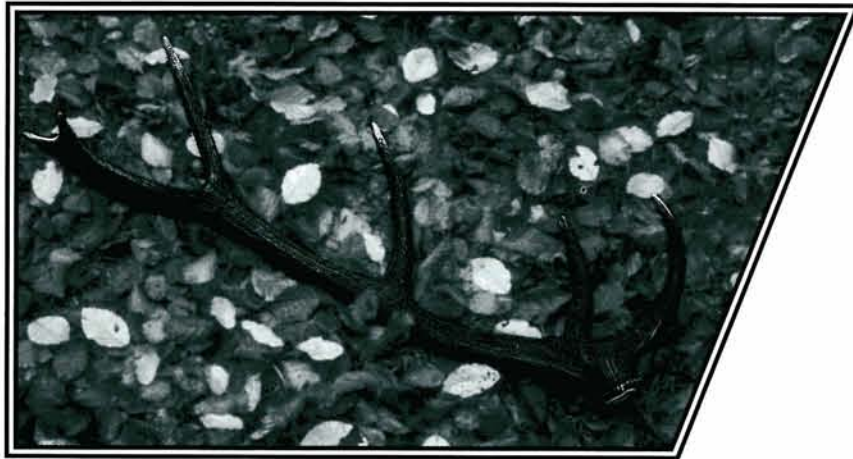
Politische Inhalte und Wählersegmente

Ralph Nader spricht so ein Wählersegment an, das von den Demokraten lange Zeit vernachlässigt wurde. Jenseits der Diskussion um die Mittelmäßigkeit der beiden großen Kandidaten und ihrer gleichermaßen zentristischen Orientierung (auf den Punkt gebracht durch die Wahlkampfphilosophien *compassionate conservatism* (mitfühlender Konservatismus, George Bush) und *pragmatic idealism* (Al Gore) ist es notwendig, die Präsidentschaftskandidaten der beiden großen Parteien genauer zu betrachten: sind die beiden Kandidaten wirklich so mittelmäßig und austauschbar, dass es eigentlich egal war, wer letztendlich zum Präsidenten gekürt wurde? Francis Fukuyama schreibt etwa, dass es „die Ironie der US-Politik ist, (...) dass die Polemik zwischen den Parteien umso stärker wächst, je geringer die politischen Unterschiede werden.“ (Die WELT 7.11.2000:6). Oder gibt es nicht doch substantielle Unterschiede? Sind die inhaltlichen Knackpunkte des Wahlkampfes meilenweit von europäischen Problemen und Diskussionen entfernt, oder gibt es Übereinstimmungen?

Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass die konkreten Standpunkte und Konzepte der beiden Kandidaten zum Teil recht unterschiedlich waren und sind. Als ein zentrales Beispiel seien hier die steuer- und sozialpolitischen Konzepte genannt, die sehr differieren. George Bush's Vorschläge stehen in der Tradition der neoliberalen Reaganomics – mit Steuererleichterungen für ein Prozent der bestverdienenden Amerikaner sowie einer weitgehenden Privatisierung der Altersvorsorge und der (ohnehin löchrigen) staatlich gestützten Krankenversicherung. Gore hingegen befindet sich hier in der klassischen Falle des Dritte Wegs: er wirbt für Haushaltskonsolidierung und steht gleichzeitig für sozial gerechtere Steuerpolitik; sein Ansatz in der Altersvorsorge und der Krankenversicherung ist die Umkehrung dessen, was sein Kontrahent fordert: Eine Ausweitung der staatlichen Programme, um die weniger privilegierten Amerikaner vor Krankheit und Altersarmut zu schützen. Es gibt zahlreiche

Dass die demokratischen Kandidaten nach rechts in die ominöse politische Mitte rücken, ist Naders Schuld nicht

Zum neuen Kampf muss Neues wachsen



Es geht um neue Politik – undogmatisch, pragmatisch, progressiv. Wir suchen nach den besseren Argumenten jenseits anachronistischer Denkschablonen, nach einer neuen Linie, nach einem neuen Ton verbindlicher Politik. Jetzt regieren die staatstragenden Yesterday Heroes der 68er. Aber dahinter wird eine neue Generation sichtbar, die von Berlin aus wirksam wird. Die *Berliner Republik*, herausgegeben von dreizehn jüngeren SPD-Bundestagsabgeordneten, wird für diese politische Generation ein Platz der Selbstverständigung sein. Weil jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht.

Die Berliner Republik jetzt für 8 DM testen!

Probeexemplar bei: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Tel. (0 30) 2 55 94 - 1 30, Fax (0 30) 2 55 94 - 1 90, E-Mail vertrieb@vorwaerts.de



Herausgeber: Dr. Hans-Peter Bartels (verantwortlich i.S.d.P.), Kurt Bodewig, Sebastian Edathy, Kerstin Griese, Hubertus Heil, Christian Lange, Birgit Roth, Dr. Carola Reimann, Michael Roth, Carsten Schneider, Karsten Schönfeld, Rolf Stöckel, Ute Vogt

weitere Beispiele, die diese politischen Unterschiede illustrieren können.

Neben den inhaltlichen Differenzen sind auch die Unterschiede der beiden Personen als auch der hinter ihnen stehenden Parteiapparate relevant. Gore z.B. mangelte es deutlich an medialer Vermittlungsfähigkeit: er kommt trotz seiner langjährigen Erfahrung in der Administration extrem hölzern daher. Wichtiger scheint aber die nicht ausreichende Mobilisierungsfähigkeit der demokratischen Partei gewesen zu sein. Zumindest stellte der Parteienforscher Robert Kuttner kürzlich fest, dass bei den Demokraten im Vergleich zu den Republikanern ein Defizit sowohl hinsichtlich Zusammenhalt als auch politischer Leidenschaft und Überzeugung existierte und weiter existiert.

Demgegenüber verfügt Bush jr. über größere mediale Fähigkeiten und einen Parteiapparat, der nach acht Jahren Clinton mit allen Mitteln das Präsidentenamt erobern wollte. Außerdem nutzt er seine mannigfachen Verbindungen zum Big Business in Texas und anderen Staaten, die Kontakte und Ressourcen aus dem Umfeld seiner politisch einflussreichen Familie. Besonders geschickt widmete er sich auch dem lateinamerikanischen Wählersegment – für Republikaner ein Novum. Dies macht bereits 7% der Wahlberechtigten aus, Tendenz steigend. Bush fokussierte auf die wachsende Mittelschicht der Latinos: es sei z.B. „absolut beleidigend, wenn Gore daherkommt und sagt, nur weil deine Haut eine bestimmte Tönung habe, seist du ein Opfer, das du in der Gesellschaft deshalb nicht konkurrenzfähig bist.“ Gore hingegen versuchte zu vermitteln, dass er den Angehörigen von Minderheiten den Weg in den American Dream ebnen wolle.

Über die Gestaltung der Zukunft wurden keine Visionen vorgestellt. Von der Tätigkeit beispielsweise des Präsidentschaftlichen Beirats für Sustainable De-

velopment, dem Gore vorsah, um beispielsweise ansetzend an dem akuten Problem des „urban sprawl“ (Zersiedelung) eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten, war in keiner Rede und in keinem Spot etwas zu vernehmen.

Auch internationale Politik spielte im Wahlkampf nur eine sehr untergeordnete Rolle, obgleich die USA immer stärker in die Globalisierung hineingeraten. Z.B. erhöhen sich die wirtschaftlichen Interaktionen mit Kanada und Mexiko sehr stark (durch NAFTA). Weiterhin sind die USA absolut unerreichter Exportweltmeister von Waffen, ihr Plan zur Stationierung eines Raketenabwehrsystems verändert die sicherheitspolitische Weltlage, sie sind einflussreich gegenüber der UN und anderen multilateralen Institutionen, dominieren die Probleme mit Israel und in Kuba, verzögern diverse Abkommen wie z.B. bezüglich Klimaschutz (Den Haag). Trotz diverser Übereinstimmungen ist Bush als unilateral und Gore als multilateral eingestellter Außenpolitiker einzuschätzen.

Der Wahlausgang ist bedeutsam, weil der neue Präsident im Einvernehmen mit dem US-Senat etwa 3 neue Verfassungsrichter für den Supreme Court berufen wird. Bush's Vorschläge sind z.B. in Bezug auf das Thema Abtreibung erzkonservativ und *pro-life*: ein Schritt rückwärts in der Abtreibungsfrage wäre die sichere Konsequenz. Gore steht für die entgegengesetzte Position.

Nicht vergessen werden darf trotz der Personaldebatten ein wichtiges direktdemokratisches Element der US-Wahlen: hier stehen zu jedem Wahltermin Gesetzesvorschläge zur öffentlichen Abstimmung! In 42 der 50 Bundesstaaten standen für deren Wahlbevölkerung zudem insgesamt über 200 Gesetzesinitiativen (propositions) zur Entscheidung, viele von ihnen bezogen sich auf kulturelle Themen wie Bildung, Drogen, Homosexualität. So wurde in Michigan entschieden, dass keine Gutscheine für Privatschulen eingeführt werden und in South Carolina dürfen nun Lotteriegewinne zur Unterstützung des Bildungswesens eingesetzt werden. Während in Nevada und Colorado Marihuana zu medizinischen Zwecken eingesetzt werden und in einem Bezirk Kaliforniens jeder Erwachsene bis zu 25 Marihuana-Pflanzen anbauen darf, wurde eine Legalisierung dieser Droge in Alaska abgelehnt. In Nebraska wurde die Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen, in Maine ein staatliches Verbot der Diskriminierung Homosexueller abgelehnt.

Der Kampf um die „Mitte“

Das Zwei-Parteiensystem der USA verlangt von den Kandidaten ein hohes Maß an politischer Integrationsfähigkeit über zahlreiche politische und weltanschauliche Lager hinweg. Bemerkenswert ist, dass bei diesem Wahlgang trotz bzw. gerade wegen dieses Systems die Wahl in wahlarithmetischer Hinsicht womöglich wegen des Auftretens einer dritten Partei entschieden worden ist. Schon die Wahl 1992 war ein Indiz für die Notwendigkeit von Integrationsfähigkeit: Bill Clinton konnte sich u.a. deswegen durchsetzen, weil ein Großteil eigentlich verlässlicher republikanischer Stimmen an den Kandidaten der Reformpartei Ross Perot ging. 1996 war es wieder ein Mangel an Integrationsfähigkeit auf der Rechten, der den erneuten Wahlsieg Clintons begünstigte. Dem Republikaner Bob Dole gelang es nicht, die religiöse Rechte bei der Stange zu halten, ohne den „average voter“ vor den Kopf zu stoßen – Dole hatte sich zu offensichtlich an die Seite der religiösen Eiferer gestellt.

Zahlreiche Indizien scheinen zu verraten, wie austauschbar letztlich die zur Wahl stehenden Alternativen waren: „Compassionate conservatism“ und „pragmatic idealism“ – zwei Varianten, die aus unterschiedlichen Umständen entstanden sind, die aber beide auf den selben magischen Fixpunkt gerichtet sind: die Mitte, da, wo der „average voter“ sitzt. Genau diese Kritik hat Ralph Nader und der Green Party zu knapp drei Millionen Stimmen verholfen: Beide Kandidaten sind inhaltlich austauschbar, beide sind Repräsentanten des versteinerten und alternativlosen Dualismus in der US-amerikanischen Politik.

Der anvisierte average voter ist durch hochgradig professionelle Instrumente bis in alle Einzelheiten ausgeleuchtet. Die dementsprechende Wahlkampfstrategie ist –mehr noch als in vergleichbaren europäischen Wahlkämpfen– darauf ausgerichtet, Wahlkampfthemen- und Botschaften mit mathematischer Genauigkeit zu potenziellen Wählern in Beziehung zu setzen. Dabei werden die Kandidaten ihren persönlichen Präferenzen in einem Masse beraubt, dass Al Gore sich selbst schon mit John Malkovich verglichen hat, der Hauptfigur aus *Being John Malkovich*, dem seine eigene Entscheidungsfähigkeit geradezu physisch genommen wird, durch Eindringlinge, die sich in seinem Kopf breit machen, seine Handlungen steuern und

In 42 der 50 Bundesstaaten standen für deren Wahlbevölkerung zudem insgesamt über 200 Gesetzesinitiativen zur Entscheidung,



„Ein scharfer Blick nach rechts- außen – das ist Verfassungsschutz im besten Sinne.“

Peter Pragal, Berliner Zeitung

A 13861

blick nach rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten | 17. Jahrgang, Nr. 17, 24. August 2000

Einblicke

Links nach rechts

Von Juri Maier

Die ganze Republik scheint derzeit fieberhaft den Rechts-
extremismus im Internet zu suchen. So war in der „Süd-
deutschen Zeitung“ zu lesen, dass rechtsextreme Agitation
indirekt auch über die Linkliste des BNR-Angebots auf-
findbar ist.
Dass man Internet-Angebote über Ketten von Links finden
kann, war dem „blick nach rechts“ bekannt. Neu ist, dass
Dritte die Internet-Adresse „www.nazi.de“ reserviert und
auf die Linkseite des BNR umgeleitet haben. Da die Eingabe
einer Internet-Adresse keine ungewöhnliche Suchstrategie
ist, haben wir überprüft, ob der BNR so zum reinen Zwei-
schichtenstopp auf der Suche nach rechter Propaganda würde.
In diesem Zusammenhang wurde ein fraglicher weiter-
führender Link zeitweise deaktiviert.
Daraufhin erhielt der BNR die Aufmerksamkeit des Inter-
net-Magazins „Telepolis“. Der BNR wurde als erstes Opfer
einer republikweiten Säuberungshysterie identifiziert. In ei-
nem anderen Artikel wurde der Vorgang sogar als „Zensur“
beschrieben.
Um alle Seiten zu beruhigen: Der BNR hat seine Auffassung
nicht geändert. Auf den eigenen Seiten setzt der BNR prinzi-
piell keine Links auf rechte Websites. Sollten uns andere
Informationsangebote interessant erscheinen, werden sie un-
abhängig davon, ob sie nun Links auf ihre Quellen für an-
gemessen halten oder nicht, in die Linkliste aufgenommen.
Klar ist, dass sich rechtsextreme Propaganda im Internet nicht
verstecken lässt. Es ist aber auch nicht Aufgabe des BNR,
den Zugriff darauf zu erleichtern.
Die Debatte um rechte Websites ist nur ein Schaukampf. Die
einen haben in der Suche nach rechten Websites offenbar eine
zeitgemäße Alibihandlung entdeckt, anderen geht es letz-
lich um die Verteidigung der Meinungsfreiheit. Wenn es um
den Ursprung von rechter Gewalt und Rassenhass geht, der
mass wandern suchen.
Juri Maier ist Geschäftsführer der Internetagentur „Wegewerk“

Trotz Verbot nicht tot
Die Kameradschaft „Hamburger Sturm“
wurde von der Innenbehörde zwar aufge-
löst. Die Szene ist aber weiterhin aktiv.
Seite 2 ■

Web-Welt der Neonazis
Auf den braunen Seiten im Internet
man sich mit „Sieg Heil“ oder
eigenen Namen die „88“.

Eine „Neue“
Bekenntnisse der
sind als reine
werten. Die
ziz führt ou

Anschl
Im Raum
massiv e
gemocht

Föder
Den „neu“
dient die it
bild.

Meldung

blick nach rechts
Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.
Für den Vorstand: Helmut Löhhöf
Redaktion: Gabriele Wandtlinger

„blick nach rechts“ erscheint alle
14 Tage. Die Jahrgänge 1996 - 99
sind jetzt auch auf CD-ROM zur
professionellen Suche nach Namen,
Organisationen und Zusammen-
hängen erhältlich. Für ein neues
Jahresabo gibt es diese CD-ROM
gratis (Bild unten).



„blick nach rechts“ –
Das wachsame Auge
auf die rechte Szene.

„Krisenzeit, Ausländerfeindlichkeit –
neue Konstellationen im rechten Spek-
trum: Der Blick nach rechts ist uner-
läßlich.“ Michael Stiller, Süddeutsche Zeitung
„Wer sich über den Rechts-
extremismus, die Entwicklung seiner
Organisation und Verbindungen infor-
mieren möchte, kommt am „blick nach
rechts“ nicht vorbei. Kurz, prägnant

und übersichtlich vermittelt der
Informationsdienst das Wichtigste aus
der Neonazi-Szene.“ Prof. Dr. Christoph
Butterwegge „Wer den Rechtsextre-
mismus im Auge haben will, muß einen
Blick nach rechts werfen.“ Matthias
Arning, Frankfurter Rundschau „Hervorra-
gende Hintergrundinformation für unser
politisches Magazin.“ Olaf Buhl, ZDF,

Kennzeichen D „Gerade in dieser Zeit ist
es wichtig, daß es „blick nach rechts“
gibt. Sie leisten mit Ihren Hinweisen
auf rechtsextreme Aktivitäten einen
wichtigen Beitrag zur Aufklärung über
die Untaten von Rechtsextremisten und
decken die Hintergründe auf.“ Ignatz
Bubis, Präsident des Zentralrats der Juden in
Deutschland

blick nach rechts kostet im Jahresabonnement 125 Mark plus Porto. Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und -verbände
sowie gemeinnützige Vereine zahlen nur 64 Mark plus Porto. blick nach rechts gibt es auch im Halbjahres-Test-Abo* zum Vor-
zugspreis von 32 Mark plus Porto. Anruf genügt: 030/25594-130, Fax 030/25594-190, internet <http://www.bnr.de>

* Nach Ablauf der halbjährlichen Bezugszeit wandelt sich dieses Abo automatisch in ein Jahresabo, wenn nicht spätestens sechs Wochen vorher schriftlich gekündigt wird.

ihn selbst zu einer bloßen Hülle werden lassen.

Der deutlich personenbezogenere Wahlkampf beruht auf historisch bedingten institutionellen Arrangements, dessen Charakteristika etwa das geografische Repräsentationsprinzip oder das Prinzip ‚winner takes it all‘ sind. Zudem tragen die kommerzialisierten Massenmedien zu einer Personalisierung bei.

In den USA bestehen weiterhin sozialstrukturelle Kernmilieus und relativ stabile Grundmuster politischer Orientierung: Frauen, ethnische Minderheiten und insbesondere Bewohner von größeren Städten sind weiterhin mehrheitlich verlässliche Wähler der Demokraten, während der typische WASP (White Anglo-Saxon Protestant), „Besserverdienende“ und Bewohner ländlicher Gegenden in wesentlich größerer Masse die Republikaner unterstützt.

Auch die inhaltlichen „Kerne“ der politischen Auseinandersetzung und ihre Verteilung auf unterschiedliche Protagonisten sind sehr ähnlich, auch wenn etwa die Abtreibungsfrage in der Bundesrepublik längst nicht den selben Stellenwert und ein vergleichbares Konfliktpotenzial hat, und auch

wenn zahlreiche andere Diskussionen selbstverständlich den unterschiedlichen gesellschaftlichen und historisch-institutionellen Umständen geschuldet sind bzw. auf einer unterschiedlichen Ausgangsbasis stattfinden: Die Alternativen, etwa in den genannten Aspekten der Sozialpolitik, sind jedoch in beiden Fällen in ähnlichen Ausprägungen vorhanden.

Fazit

Im Verlauf dieses Wahlkampfes wurde wieder deutlich, dass fundamentale Kritik an den Macht- und Herrschaftsstrukturen, Diskussionen über Alternativen gar, lediglich in kleinen Nischen stattfindet. In einer solch infantilen Fun-„Kultur“ wie in den USA systemkritische Diskurse anzubringen, gegen die instant satisfaction tief-schürfende Analysen zu Gehör zu bringen, gegen die Obsessionen einer Hyperkonsumgesellschaft spätimperialen Charakters und seiner „Plastic People“ (Frank Zappa) humane Alternativen attraktiv zu präsentieren und in den Bereich des Erreichbaren zu stellen, ist sehr aufwändig.

Gleichwohl ist Vorsicht angebracht: Insbesondere wenn z.B. die „Amerikanisierung“ der deutschen

Politik als das Schreckgespenst für die Linke erscheint – im Abwehrkampf gegen einen angelsächsisch inspirierten *inhaltlichen* Dritten Weg genauso wie beim Kampf gegen die Etablierung undemokratischer Mechanismen und Strukturen etwa im Rahmen Parteireform. Gerade die Bundestagswahl 1998 lenkte ja den Blick über den Atlantik und war Anlass für viele Linke, die „Amerikanisierung“ der Wahlkampf-führung in der Sozialdemokratie zu kritisieren. Das Ausmaß von Austauschbarkeit politischen Führungspersonals mitsamt der wachsenden Bedeutung professioneller Berater wie auch der Grad der Kommerzialisierung und Professionalisierung ist hierzulande sicherlich noch geringer, die Kritik an der „Amerikanisierung“ ist in diesem Zusammenhang, zumindest was die Willkür bei der Auswahl der Botschaften und den Aspekt der Austauschbarkeit angeht, sicherlich mehr als berechtigt. Hinsichtlich der Instrumente selbst sollte man im Einzelfall entscheiden, was geeignet und/ oder angebracht ist. Insofern sollten Trends aus den USA auch in Deutschland genau beobachtet und auf ihre Anwendung geprüft werden. spw

Der Europarat und Belarus – Dialog mit Dissonanzen

Europarat und Belarus

von Wolfgang Behrendt

Am 16. September 1992, zwei Jahre nachdem der belarussische Staat innerhalb der UdSSR seine Souveränität erklärt hatte, erhielt das Parlament von Belarus den Sondergaststatus in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und war damit Kandidat für die Aufnahme in den Europarat. Der Sondergaststatus in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

war 1989 geschaffen worden. Ihn können die Parlamente aller europäischen Nichtmitgliedstaaten beantragen, die die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris für ein neues Europa unterzeichnet haben, die auf den Konferenzen der OSZE verabschiedeten Instrumente angenommen und die beiden VN-Pakte über bürgerliche und politischen Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet und ratifiziert haben. Ziel der Einrichtung dieses Status war es, nach 1989 den Staaten Mittel- und Osteuropas durch umfassende Mitwirkungsmöglichkeiten an der Arbeit der Versammlung und ihrer Gremien den Weg zum Beitritt zum Europarat zu erleichtern.

Einen formellen Antrag auf Mitgliedschaft im Europarat stellte Belarus am 12. März 1993. Nach dreijähriger Beratung verabschiedete Belarus am 15. März 1994 eine Präsidialverfassung. Anfang Juli 1994 fanden demokratische Präsidentschaftswahlen statt, aus denen Lukaschenko mit über 80% der Wählerstimmen als klarer Sieger hervorging. Nach den Parlamentswahlen im Jahr 1995 konstitu-

ierte sich im Januar 1996 das erste freigewählte Parlament.

In der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zeichneten sich vielversprechende Entwicklungen ab. Ein Rat auf Ministerebene wurde in Minsk eingerichtet, um die belarussischen Gesetze in Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention zu bringen und ein kompatibles Rechtssystem aufzubauen. Schon bald aber waren in dem Dialog Dissonanzen zu hören. Immer öfter verlautete, dass die belarussischen Behörden gegen unabhängige Medien vorgehen und die Schraube der staatlichen Kontrolle über die elektronischen Medien enger anziehen. Präsident Lukaschenko führte ein System strikter Kontrolle über die Kommunalverwaltungen ein. Es kam es zum Machtkampf zwischen dem Präsidenten und dem Parlament.

Die Entwicklungen erreichten ihren Höhepunkt, als Präsident Lukaschenko im November 1996 ein mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbares Referendum abhielt. Das Verfassungsgericht von Belarus hatte das Referendum als unverbindliche Empfehlung für das

von Wolfgang Behrendt, MdB, Berichterstatter des Europarates für Belarus

Parlament in bezug auf eine Änderung der Verfassung bezeichnet, eine Entscheidung, die Lukaschenko kurzum für ungültig erklärte. Er löste das Parlament auf und bildete aus präsidententreuen Anhängern die Nationalversammlung. Das Oberhaus setzte sich aus getreuen Provinzpolitikern zusammen. Von diesem Zeitpunkt an sah sich der Präsident nicht mehr als eines der Verfassungsorgane, sondern als Garant der Verfassung und als über ihr stehend.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates reagierte auf diese Entwicklungen mit der Suspendierung des Sondergaststatus für die belarussische parlamentarische Delegation. Nach Ansicht der damaligen Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung war die neue Verfassung rechtswidrig und das Parlament aufgrund der Art und Weise, wie es eingesetzt worden war, demokratisch nicht legitimiert. Das Verfahren in bezug auf den Aufnahmeantrag von Belarus aus dem Jahre 1993 wurde ausgesetzt.

In zwei Anhörungen im Juni 1997 und im Januar 1998 kam der Politische Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung zu dem Schluss, dass eine Wiederherstellung des Sondergaststatus aufgrund der Lage in Belarus nicht möglich sei. Im Januar 2000 wurde diese Haltung von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bestätigt. Die Hoffnungen richteten sich nun auf die Einrichtung eines Dialoges zwischen Vertretern der Regierung und der Opposition, die darauf abzielten, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die für den Herbst 2000 geplanten Parlamentswahlen frei, fair und demokratisch verlaufen.

Die Parlamentswahlen

Die am 15. Oktober veranstalteten Parlamentswahlen in Belarus waren nach Ansicht der internationalen Gemeinschaft weder demokratisch, noch frei, fair und transparent. Am 30. August 2000 fand die 3. Technische Konferenz der OSZE in bezug auf die Wahlbeobachtung in Belarus unter Teilnahme von Vertretern des Europarates und der Europäischen Union statt. Die Teilnehmer der Konferenz kamen zu dem Schluss, dass die Fortschritte in Belarus nicht ausreichten, um eine Entsendung offizieller internationaler Wahlbeobachter zur rechtfertigen. Beschlossen wurde die Entsendung einer technischen Bewertungsmission und das weitere Engage-

ment der Parlamentarischen Troika (Parlamentarische Versammlungen von Europarat und OSZE und Europäisches Parlament).

Eine von der OSZE entsandte Expertengruppe kam nach einem vierwöchigen Aufenthalt in Belarus zu dem Ergebnis, dass die Defizite bei den vier Kernforderungen, die die europäischen Institutionen an Belarus gestellt hatten – Transparenz des Wahlprozesses, Zugang aller politischen Parteien zu den Massenmedien, Einhaltung einer Periode des Friedens vor den Wahlen und Stärkung der Rechte des Parlaments gegenüber dem Präsidenten – noch zu deutlich waren.

Positiv bewertet wurde in bezug auf die Transparenz des Wahlprozesses die Aufnahme von Vertretern der Opposition in die Zentrale Wahlkommission und die Verbesserung des gesetzlichen Rahmens, in dem die einheimischen Beobachter agierten. Bemängelt wurden jedoch die übermäßig strengen Vorschriften für die Registrierung der Kandidaten. Zur Illustrierung: Eine Abweichung in Höhe von umgerechnet 10 Dollar bei der Erklärung der Einkommensverhältnisse konnte bereits dazu führen, dass ein Kandidat nicht registriert wurde. Auch die gesetzliche Bestimmung, dass jeder Kandidat 1000 gültige Unterschriften zur Unterstützung seiner Kandidatur vorzulegen hatte, fand in der Praxis teilweise eine abenteuerliche Umsetzung. Denn bei der Validierung der Unterschriften wurde lediglich eine „virtuelle Zahl“ von 1000 Unterschriften als Referenz genommen. Aus diesen Unterschriften wurden erst 200 und dann nochmals 150 Unterschriften ausgewählt und auf ihre Gültigkeit hin überprüft. Die tatsächliche Anzahl der vorgelegten Unterschriften spielte dabei keine Rolle. Eine faire Lösung wäre es gewesen, wenn aus den vorgelegten Unterschriften 1000 gültige bestimmt worden wären. Das Oberste Gericht von Belarus hatte dieses Verfahren jedoch für gültig erklärt.

Auf welch tönernen Füßen dieser Registrierungsprozeß stand, wurde ebenfalls anhand einer Äußerung der Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission deutlich. Lidia Jermoschina erklärte anlässlich der lange umstrittenen und dann positiv beschiedenen Registrierung des Oppositionspolitikers und ehemaligen Ministerpräsidenten von Belarus, Tschigir, dass das Wahlgesetz in bezug auf Anerkennung bzw. Ablehnung von Regi-

Das neue Heft:



Joachim Bischoff/Richard Detje: Rot-Grün auf der Kriechspur; Fritz Fiehler: Euro-Schwäche, Gewinnrevisionen und Ölpreis-Abenteuer; Bernhard Müller: CDU/CSU: Ein »Dissonanter Haufen«; Theodor Bergmann: Sozialisten und die neudeutsche kapitalistische Demokratie; Joachim Bischoff: Das Johannes-Evangelium und der »völkische Antikapitalismus«; Karl Mai: 10 Jahre Vereinigungsökonomie

Michael Wendl: ver.di – schlechter Kompromiss; Sybille Stamm: 4 + 1 = 5? Über die Mühen der Gebirge bei der ver.di-Gründung; Peter Scherer: Vergangenheit als Zukunft? Richard Detje/Otto König: Wende in der Tarifpolitik; ZwangsarbeiterInnen in Hannover; Frank Deppe: Botschaften auf Englisch

Dieter Prokop: Postfordistischer Lebenskampf und ein Erlösung versprechender Diktator – »Big Brother«; Sabine Kebir: Zum 100. Geburtstag von Werner Krauss

Dieter Boris: Mexiko – Das Ende einer Ära; Christian Christen: Italien – Das Ende von Mitte-Links kündigt sich an; Bernhard Sander: Frankreich – Linksrregierung in der Zange; Dierk Hirschel: Die Erblast des Apartheidregimes

Supplement: Joachim Bischoff/ Sebastian Herkommer, Zukunftswerkstatt Amerika? Der Bobo-Kapitalismus und die Neue Ökonomie

Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,- St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH Fax 040/280 505 68 e-mail: artikel@sozialismus.de

strierungsanträgen flexibel sei. Die Kommission habe ihr Bestes getan, um die sogenannten bedeutenden Personen zu registrieren, indem sie die Fehler, die diese bei ihrer Registrierung gemacht hätten, teilweise übersehen hätte. Auch wenn als Ergebnis dieses Vorgehens führende Oppositionspolitiker die Chance zu Kandidatur erhielten, zeigt es, dass die Spielregeln der Demokratie noch nicht begriffen wurde.

Den Zugang zu den Massenmedien für alle politischen Parteien zu gewähren war eine der wichtigsten Forderungen, die die europäischen Organisationen an die belarussischen Behörden stellten. Das belarussische Fernsehen und die beiden auflagenstärksten Tageszeitungen sind staatlich kontrolliert. Oppositionspolitiker haben kaum Zugang zu ihnen. Die unabhängigen Tages- und Wochenzeitungen, die sich teilweise sehr kritisch zur Regierungspolitik äußern, sind nur in kleinerer Auflage und fast ausschließlich in Minsk und einigen größeren Städten des Landes erhältlich. Das Abkommen, das Ende 1999 zwischen der Opposition und der Regierung über den Zugang zu den Massenmedien ausgehandelt worden war und Hoffnungen auf eine Verbesserung der Mediensituation weckte, kam nie zur Umsetzung. Auch bei nachfolgenden Ankündigungen positiv zu wertender Maßnahmen seitens der Regierung tat sich eine weite Kluft zwischen Theorie und Praxis auf. So hatte der Präsident noch im August erklärt, dass alle registrierten Kandidaten, unabhängig von ihrer politischen Orientierung, unter gleichen Voraussetzungen unentgeltlich Sendezeit im staatlichen Fernsehen erhalten würden, um ihre politischen Vorstellungen darzulegen. In der Sendung „Wahl 2000“, die allabendlich zwischen 18.00 und 19.00 Uhr ausgestrahlt wurde, erhielt jeder Kandidat einen Sendplatz von fünf Minuten. In dieser kurzen Zeit war es jedoch nicht möglich, politische Programme zu diskutieren bzw. die Wähler umfassend zu informieren. Darüber hinaus konnte der Zuschauer nur schwer festzustellen, wann der Kandidat seines Wahlkreises im Fernsehen erscheinen würde, da der Ausstrahlungszeitpunkt nicht angekündigt wurde. Im staatlichen Fernsehen erhielt Präsident Lukaschenko 55% der Sendezeit für politische Sendungen, die Opposition 11%. In den staatlichen Printmedien war die Aufteilung ähnlich: 72% der politischen

Berichterstattung fielen dem Präsidenten zu, 12% der Opposition. Die Opposition hatte keine Möglichkeit, den Wählern in den staatlichen Medien ihre politischen Programme oder die Hintergründe des Boykottaufufes zu erläutern. In den unabhängigen Medien erhielt die Opposition 50% der politischen Berichterstattung.

Trotz der von den europäischen Institutionen geforderten und von Präsident Lukaschenko angekündigten „Zeit des Friedens“ vor den Wahlen blieben Gesetze in Kraft, die erhebliche Einschränkungen der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit bedeuteten. So dauerte es bis zum Abend vor den Wahlen, dass Artikel 167 (3), nach dem der Aufruf zum Wahlboykott strafrechtlich verfolgt werden konnte, geändert wurde. Der Schritt zur Änderung verdient Anerkennung, kam aber für diese Wahlen zu spät. Positiv herauszustreichen ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass trotz der Gültigkeit dieses Artikels bis zum Vorabend der Wahlen die Möglichkeit der strafrechtlichen Verfolgung nicht angewandt wurde, als Oppositionskandidaten im Rahmen ihrer regierungskritischen Kampagne zu einem Boykott aufriefen.

Im August diesen Jahres erklärte Präsident Lukaschenko, dass „die Erweiterung der Funktionen des Parlaments ein untrennbarer Bestandteil der in Belarus vor sich gehenden gesellschaftlichen Prozesses ist“. Seit dem Referendum vom November 1996 konzentriert sich die Macht in seinen Händen. Das handverlesene belarussische Parlament ist kaum mehr als ein Beratungsgremium des Präsidenten. Eine rechtsstaatliche Struktur mit Gewaltenteilung und unabhängiger Justiz ist nicht mehr zu erkennen. Auch die Richter werden vom Präsidenten ernannt. Die Erweiterung der Befugnisse des Parlaments ist deshalb eine der Kernforderungen der europäischen Institutionen. Am 29. Oktober, dem Tag der zweiten Wahlrunde, hatte er diese Ankündigung erneuert und sogar ein Referendum nach den Präsidentschaftswahlen in Erwägung gezogen, um, nach seinen Worten, die Verfassung flexibler hinsichtlich zusätzlicher Rechte der anderen Staatsorgane zu gestalten. Konkrete Vorschläge, wie diese Kompetenzerweiterung aussehen könnte, liegen aber noch nicht vor. Es bleibt abzuwarten, ob Präsident Lukaschenko wirklich den Schritt einleitet, nicht nur Vollmachten, sondern auch

Macht an das neugewählte Parlament abzugeben.

Ausblick

Drei Tage nach den Parlamentswahlen, am 18. Oktober 2000, gaben Wahlbeobachter aus Russland in der russischen Duma eine Pressekonferenz zum Verlauf und dem Ausgang der belarussischen Parlamentswahlen. Während sie sich in der Kritik an der demokratischen Entwicklung und dem Regime Lukaschenkos geringfügig unterschieden, stimmten sie in der Bewertung der Wahlen überein: sie seien transparent, frei und fair gewesen. Die Beobachter lobten die Akribie, mit der die technischen Abläufe in den einzelnen Wahllokalen vonstatten gegangen seien.

Bewertungen wie diese, gemeinsam mit den Äußerungen der Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission zur Auslegung des Wahlgesetzes sowie Aussagen des Präsidenten, nach denen er z.B. keine Erfordernis darin sieht, der Opposition Sendeplätze im staatlichen Fernsehen zu überlassen, solange sie doch über den landesweit zu empfangenen russischen Sender ihre Position vermitteln könne, lassen befürchten, dass es sich bei den vorhandenen positiven Ansätzen, die von Regierungsseite angeboten werden, um kaum mehr als „formale Demokratie“ handelt. So bedeutend wie diese formalen Abläufe für die Grundlagen der Demokratisierung sind, so wenig effektiv sind sie, wenn sich parallel keine entsprechende soziokulturelle und strukturell-institutionelle Transformationen vollzieht. Demokratie funktioniert nur mit Demokraten, die sich eben nicht mechanisch durch demokratische Verfahren, die ihnen von außen angetragen werden, hindurchbewegen, sondern die die wesentlichen Elemente der Demokratie wie Partizipation, Pluralismus, Rechtssicherheit ebenso wie die Achtung der Menschenrechte und Freiheitsrechte im Sinne der Meinungs- oder Versammlungsfreiheit verinnerlicht haben. Ohne diese Verinnerlichung kann der Gedanke der Demokratie keine Wurzeln schlagen und sich ausbreiten.

Bei der Ausbreitung des demokratischen Gedankens und seiner Verankerung in der Gesellschaft ist gerade in Staaten wie Belarus, die nicht auf einer demokratischen Tradition aufbauen können, Unterstützung erforderlich. Eine Isolation des Landes würde die Demokratisierung im Keim ersticken. Aber nicht nur die zwischen-

Auch wenn führende Oppositionspolitiker die Chance zu Kandidatur erhielten wurden die Spielregeln der Demokratie noch nicht begriffen.

staatliche Zusammenarbeit ist hier gefragt. Gefordert sind alle zivilgesellschaftlichen (und auch wirtschaftlichen!) Kräfte. Durch Austauschprogramme und Bildungsmöglichkeiten im Ausland können Einzelne zu Multiplikatoren in der Demokratieförderung werden. Die Wirkung gleichgeschalteter Medien kann durch den persönlichen Meinungs austausch relativiert werden. Kontakte zu gesellschaftlichen Kräften wie Gewerkschaften, Parteien oder Interessenverbänden tragen dazu bei, das Interesse des Einzelnen an der Mitgestaltung

seines sozialen und politischen Umfeldes zu wecken.

Der Übergang von einer Diktatur zu einer Demokratie ist kein konfliktfreier Prozess. Ein autoritär regierender Herrscher wäre kein solcher, wenn er freiwillig die Macht teilen würde. Die Ankündigung Präsident Lukaschenkos, Teile seiner Macht an die anderen Staatsorgane abgeben zu wollen, muss daher auf Zweifel treffen. Aber ein Machtmonopol ist nicht gleichbedeutend mit einem starken Staat. Ein starker Staat wird mitgetragen von einer informierten, wissenden Bevölke-

rung. Die europäischen Organisationen müssen ihre Anstrengungen darauf richten, einen Beitrag dazu zu leisten, in Zusammenarbeit mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften, mit Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen und Wirtschaftskräften, alle Bereiche der Gesellschaft zu erreichen, um einen Demokratisierungsprozess zu fördern, der den Voraussetzungen im Land und den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung trägt. Eine sorgsam versiegelte Wahlurne macht noch keine Demokratie.

spw

Wer ist eigentlich Herr Genosse Wladimir Putin? Diese Frage ist in Russland bis heute aktuell. Der Präsident trifft sich mit Leuten unterschiedlicher politischer Orientierung, und nach diesen Begegnungen schätzen ihn seine Gesprächspartner sehr positiv ein. Der Vater der Perestroika, Michail Gorbatschow, ist der Meinung, dass sein „Staatspotenzial“ zur Zeit nicht besonders hoch ist, aber man müsse ihm doch „die Zeit und Chance geben“. Der Chefredakteur der ultranationalistischen Zeitung „Sawtra“ („Morgen“) kommentierte sein Besuch bei Putin mit folgenden Worten: „Endlich haben wir „unseren Mann in Kreml“. Der Vize-Präsident der Akademie der Wissenschaften Russlands W. Fortow äußerte sich nach dem Treffen Putins mit führenden Wissenschaftlern so: Der Präsident ist in unseren Fragen kompetent und „kapiert“ sofort den Sinn der besprochenen Probleme.

Auch ausländische Besucher schätzen den Präsidenten positiv ein. So äußerte sich nach dem andertalbstündigem Gespräch mit Putin die französische Russland-Forscherin Carrère d'Encausse, er sei „charmant“.

Viele waren gespannt, was der Schriftsteller Solschenizyn sagen würde, nachdem Putin sein Landhaus bei Moskau besuchte: eigentlich war das die Begegnung zwischen dem scharfen Kritiker des GULAG-Systems und dem Mann, der in diesem System erzogen wurde. Die Meinung des Schriftstellers: Der Mann habe „ein sehr lebendiges Denken“, in vielen besprochenen Fragen hätten beide Gemeinsamkeiten gefunden. Putin bleibt populär. Besonders emotional sind die Frauen. Bei den Besuchen „im

Volk“ versuchen sie, ihn zu umarmen und zu küssen.

Das alles geschieht in einer Situation, in der seriöse Analytiker mit Sorge konstatieren, das Land entwickle sich Richtung eines „weichen autoritären Regimes“ und das Orientierungsziel sei dabei die Wiederherstellung der Position der Großmacht, gestützt auf eine starke Armee. Das seien die „drei Säulen“, auf denen die Hauptstrategie von Putin ausgebaut werde. Die Demokratie als Hauptvoraussetzung der Genesung des Staates nach der mehr als 70-jährige Periode des Totalitarismus trete dabei in den Hintergrund.

Wie kann man diese merkwürdigen Unterschiede in der Einschätzung von Putin erklären? Wer hat recht? Oder, anders gesagt, gibt es eine Wahrheit oder viele Wahrheiten – die der Analytiker und die des Volkes?

Beim Versuch, diese Frage zu beantworten, müssen wir in der ersten Linie berücksichtigen, was für ein Erbe dieser neue Hauptakteur auf der politischen Bühne Russlands angetreten hat. Im August 2001 ist es genau zehn Jahre her, dass die Sowjetunion zusammenbrach. Für einen so großen „Tanker“ wie Russland (wenn man den Ausdruck von Peter Glotz zitieren will) ist dies keine lange Zeit. Im Unterschied zu den anderen europäischen Staaten, die auch eine Totalitarismusperiode erlebt haben, geht es nicht nur um den Wechsel des politischen Regimes, sondern um prinzipielle Änderungen in fast allen Bereichen des Lebens, nicht einfach um die Wiederherstellung der demokratischen Regeln, sondern praktisch um einen Neuaufbau. Und das alles mit und für eine Bevölkerung, die mit drei Generationen im totalitären Staat entsprechenden Gewohnheiten erworben hat.

Wladimir Putins Quadratur des Kreises

Von Prof. Dr. Boris Orlow

Weder bei den Dissidenten noch bei den politischen Kreisen, die meistens aus der KPdSU stammten, gab es eine klare Vorstellung, wie die Strategie des Handels aussehen sollte. Es waren zwei Hauptorientierungen – Demokratie und Marktwirtschaft. Und es gab verschiedene Vorstellungen über Methoden und Tempo der Reformen.

Das Hauptergebnis war die neue Verfassung Russlands, die Ende 1993 durch ein Referendum angenommen wurde. Hier sind die Menschenrechte verankert (einschließlich des Rechts auf Privateigentum), der Gewaltenteilung (Präsident mit Regierung, Parlament, Verfassungsgericht), des föderalen Systems (89 Regionen, darunter 21 Nationale Republiken), wo die Gouverneure und örtliche Parlamente direkt gewählt werden. Der Präsident hat sehr große Vollmachten, nur er bildet die Regierung. Die Parteien, die in die Staatsduma gewählt sind, haben praktisch einen sehr schwachen Einfluss darauf. Das betrifft auch die Gouverneure und Vertreter der örtlichen Parlamente, die in der zweiten

Es gibt keine Einigkeit in der Bewertung des Präsidenten Wladimir Putin.

Prof. Dr. B. Orlow ist einer der Mitbegründer der sozialdemokratischen Bewegung in Russland.

Kammer – eine Variante des Bundesrates – vertreten sind. Bei diesem politischen System bekam der Präsident mehr Vollmachten als es die Generalsekretäre der KPdSU oder die Zaren im alten Russland hatten.

Wie nutzte der erste Präsident Russlands, Boris Jelzin, diese Möglichkeiten aus? Seine Amtszeit kann man in zwei Kategorien teilen: In der ersten Periode wurde die Demokratie auf dem ganzen Territorium von Russland aufgebaut (in vielen Fällen aber ohne realen Inhalt), die Privatisierung der totalverstaatlichten Wirtschaft wurde durchgeführt, die Medien haben Freiheit bekommen, es begann parteipolitisches Leben. Aber mit der Zeit wurde der Verlauf der Reformen immer langsamer. Dafür gab es eine Menge von Ursachen. Die wichtigsten von ihnen: die Kommunistische Partei war nicht verboten, und dabei blockierte sie im Parlament die Wirtschaftsreformen; die Reformen selbst waren im Zeichen der Schocktherapie durchgeführt – unvorbereitet, inkonsequent und missbilligt durch die Mehrheit der Bevölkerung. Im Verlauf der Privatisierung hatte sich eine kleine Gruppe von Menschen enorm bereichert; die meisten jedoch waren enttäuscht und fühlten sich belogen. Die Kluft zwischen den Reichen und den Armen wurde immer grösser. Ein Drittel der Bevölkerung lebte unter der Armutsgrenze. Die wenigen Vertreter der konsequenten Demokratie wurden durch Leute aus alten Zeiten ersetzt. Korruption, politischer Zynismus, unkontrollierte Tätigkeit der Beamten wurden zur Alltäglichkeit. Hinzu kam der erste Krieg in Tschetschenien mit vielen Opfern auf beiden Seiten. Die Reaktion der Bevölkerung auf alle diese Prozesse war einfach – daran sind die Demokraten schuld, das Land braucht Ordnung, Disziplin und eine gestärkte staatliche Leitung, besonders in den sozialen Fragen.

Dies war die Erbschaft, die Putin von Jelzin übernommen hatte. Und hier beobachten wir eine Situation, die auf den ersten Blick im Widerspruch mit der elementaren politischen Logik steht: die Ernennung Putins durch Jelzin auf den Posten des amtierenden Präsidenten war positiv, obwohl die Reputation von Jelzin zu dieser Zeit auf der untersten Stufe war. Der von Jelzin empfohlene Mann hatte eine KGB-Vergangenheit. Auch das störte nicht. Die erste Phase der Bekämpfung der Invasion der Terroristen aus Tschetschenien auf das Territorium von Dagestan wurde unter der

aktiven Führung Putins zum zweiten Tschetschenien-Krieg, Diese Aktion des neuen Präsidenten, die praktisch bis heute andauert, war laut Umfragen auch akzeptiert. Bei den Präsidentenwahlen im Sommer 2000 bekam Putin nach den offiziellen Angaben die Mehrheit der Stimmen schon in der ersten Runde.

Es gibt verschiedene Interpretationen dieses Phänomens. Die meistverbreitete Meinung: Die Bevölkerung ist müde der Reformexperimente, die von Arbeitslosigkeit, steigender Armut, Korruption und Kriminalität begleitet waren. Die Leute möchten an der Spitze des Staates einen jungen energischen Mann sehen, der Ordnung schafft und dem Lande das verloren Prestige zurückgewinnt.

Von diesem Standpunkt gesehen, sind die Erwartungen der Bevölkerung berechtigt. Der neue Präsident will in der Tat alles machen, um diese Aufgabe zu erfüllen. Und das bezweifelt fast niemand im Lande. Die Zweifel entstehen, wenn man analysiert, mit welchen Mitteln er das machen und in welche Richtung er Russland führen will. Einerseits möchte er eine effektive Wirtschaft fördern, gestützt auf neoliberale Methoden (seine engsten Wirtschaftsberater sind Anhänger dieser Politik). Andererseits aber will er eine Staatsmodell einführen, wo die „Staatsvertikalen“ von oben nach unten das ganze Land „durchstechen“: also freie Markwirtschaftstätigkeit und eine umfassende bürokratische Kontrolle auf allen Ebenen.

Das ist organisch mit Vorstellungen des Präsidenten über die Demokratie verbunden. Seine Ausgangsposition in dieser Frage ist die Diktatur des Gesetzes. Aber auf welche Weise soll diese „Diktatur“ funktionieren? Beim Präsidenten besteht der Sicherheitsrat. Manche Analytiker vergleichen ihn mit dem ehemaligen Politbüro der KPdSU. Auf Putins Initiative wurde der Föderative Rat reformiert. Statt Gouverneure und Vorsitzende der regionale Parlamente sollen dort jetzt nur ihre Vertreter sitzen. Der Präsident bekam das Recht, die vom Volk gewählte Gouverneure von ihren Posten zu entlassen unter dem Vorwand, sie hätten das Gesetz verletzt. Als Kompensation dafür gilt die Bildung des Staatsrates beim Präsidenten, wo die Gouverneure nur Beratungsfunktion haben.

Schon in den Zeiten der Sowjetunion war das große Territorium vom Russland in sieben Militärkreise eingeteilt. Nach der Initiative von Putin

wurden daneben sieben administrative Kreise gebildet, an deren Spitze von Putin ernannte Administrativchefs stehen. Diese „Natschalniks“ kontrollieren die Tätigkeit der Behörden in den Regionen, die diesen Kreisen angehören.

Diese komplizierte administrative Konstruktion stützt sich auf die sogenannte Doktrin der „Informationssicherheit“. Diese ist so formuliert, dass man praktisch jede Medieninformation als eine Gefahr für die Sicherheit des Landes interpretieren kann. Neben der Annahme dieser Doktrin erfolgt massiver Druck auf die vom Staat unabhängigen Medien. Das betrifft in der ersten Linie den populären Fernsehkanal NTW. Einer der Inhaber des Medienkonzerns, zu dem auch NTW gehört, W. Gussinskij, wurde verhaftet (während Putin auf Europa-Reise war), dann wurde er unter skandalösen Umständen freigelassen, im Oktober 2000 wurde er wieder durch die Staatsanwaltschaft zum Verhör geladen. Für die Öffentlichkeit ist es klar: es geht nicht nur um Gussinskij und seine Schulden bei „Gasprom“, sondern es ist ein indirekter Hinweis darauf, dass die Regierung die kritischen Publikationen der Medien nicht begrüßt. Die administrative Aktivität Putins verbunden mit dem Druck auf Medien steht also in einem gewissen Widerspruch zur Behauptung, die Demokratie in Russland weiter zu fördern.

Auch die Verteilung der Mittel im Staatsbudget für das Jahr 2001 spiegelt diesen Widerspruch. Ein Drittel für Auslandsschulden, ein Drittel für Militärausgaben und nur ein Drittel für alle anderen Bedürfnisse der Gesellschaft – Bildung, Gesundheitswesen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sozialpolitik und so weiter. Der oben erwähnte Wissenschaftler W. Fortow informierte Putin, dass für die Wissenschaft nur 0,3% des Bruttosozialproduktes in Russland ausgegeben wird, 460 Mio Dollar, zwei mal weniger als die Summe des Jahresbudget einer durchschnittlichen Universität in den USA. Bei dieser Ausgabenverteilung ist die Orientierung auf eine Wiederherstellung der Grossmachtrolle Russlands sehr problematisch.

Wenn man die ersten 6 Monate der Tätigkeit von Wladimir Putin auf dem Posten des Präsidenten unter Einbeziehung nur diesen Tatsachen analysiert, so bekommt man eine folgende Vorstellung: Es wird ein riesiger Beamtenstaat konstruiert, mit einem Hauptbeamten an der Spitze, der fleißig und energisch die Idee eines star-

Putin will freie Markwirtschaftstätigkeit und eine umfassende bürokratische Kontrolle auf allen Ebenen.

ken russischen Staaten realisieren möchte, wobei er nichts gegen die Demokratie hat, wenn sie ihn bei seinen Absichten nicht stört. Aber praktisch ist das das ewige Problem der „Quadratur des Kreises“. Denn wir haben schon vor kurzem solch einen starken Staat mit sehr vielen „Vertikalen“ – Partei, Staat, Armee, KGB, Ideologie des Marxismus-Leninismus – miterlebt. Das Ergebnis ist bekannt. Putin hat viel weniger und viel schwächere „Vertikalen“ bei all seinen Bemühungen zur Verfügung.

Bei der letzten Umfrage in Oktober 2000 unterstützten Putin 51,5%

der Bevölkerung. In Juni 2000 waren es 45,4%. In der Zwischenzeit gab es solche Ereignisse wie die Weiterführung des Tschetschenienkriegs, die Tragödie des U-Boots „Kursk“, der Brand im Moskauer Fernsehturm und andere traurige Ereignisse. Ein Beweis dafür, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Politik ihres Präsidenten sogar verstärkt unterstützt. Ob die oben erwähnte Widersprüchlichkeit dabei berücksichtigt wird, bleibt eine offene Frage – für die Gesellschaft, aber auch für die Administration des russischen Präsidenten.

spw

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Der angekündigte Krieg

von Adam Keller

Im Rückblick wird man den Ausbruch des Palästinensischen Aufstandes auf die Zeit vor 3 ½ Jahren legen, als die Regierung von Israel den Bau der jüdischen Siedlung „Har Homa“ nahe dem Abu Ghneim Gebirge gestattete – auf Gelände, das Palästinensern aus Beit Sahour konfisziert wurde. Dies geschah im Angesicht der Weltöffentlichkeit und trotz deutlicher Verurteilung durch die internationale Gemeinschaft. Zu diesem Zeitpunkt bemühte sich die palästinensische Führung noch um ernsthafte und dauerhafte friedliche Maßnahmen gegen die israelische Provokation. Wer zu dieser Zeit dort war, erinnert sich an die Protest-Camps neben der Siedlung, von denen Israelis und Palästinenser gemeinsam zu ihren Protestmärschen aufbrachen. Wir sahen, dass sich die Organisatoren strikt darum bemühten, dass kein einziger Stein von Jugendlichen gegen die Siedlung geworfen wurde. Und wir sahen, wie die Jugendlichen diese Anordnung befolgten, so schwer es ihnen auch fiel angesichts der israelischen Bulldozer, die die Bäume niederrissen auf den ehemals so grünen und schönen Hügeln des Abu-Ghneim.

Nach dreimonatiger Anwesenheit am Har Homa endete der Protest ergebnislos. Heute ist dieser Streifen Land ein Schlachtfeld. Junge Palästinenser – vielleicht die gleichen? – kommen zur früheren Zeltstadt mit Steinen, manchmal mit Waffen. Einige von ihnen sind bereits getötet worden.

Anfangs nannten die Medien die Proteste „Unruhen“, dann „Aus-schreitungen“ oder „Konfrontationen“. Ab der dritten Woche wurde

der Begriff „Schlacht“ immer häufiger für die Bilder in den Fernsehnachrichten verwendet: Demonstrationen von Jugendlichen prallen auf Soldaten wie in der frühen Phase der Intifada; bewaffnete israelische Siedler im Feuergefecht mit palästinensischen Stellungen; ein Guerillakrieg beweglicher palästinensischer Kämpfer, die Militär- und Siedlerkonvois angreifen.

Überall handelt es sich um einen Kampf mit ungleichen Waffen; mal sind es Steine und Molotow-Cocktails gegen hochmoderne Schusswaffen, an anderen Stellen Handfeuerwaffen gegen Panzer und raketentragende, waffenstarrende Helikopter,

Es ist ein fortwährend Kampf – ein Kampf von Menschen, die frei sein wollen, die gezeichnet sind von sieben Jahren voller Enttäuschung und zerbrochenen Hoffnungen. Sieben Jahre eines Friedensprozesses, in dem weiterhin Häuser zerstört, Land beschlagnahmt, die Anzahl der Siedlungen verdoppelt wurden und die Palästinenser sich immer tiefer in Armut versinken sahen. Sieben Jahren, die mit so viel palästinensischer Begeisterung begonnen wurde nach dem Handschlag im Weißen Haus – sie endeten mit der Überzeugung der Palästinenser aller Fraktionen, dass nur das, was die Welt „Gewalt“ nennt, dazu führt, dass ihr Leiden in dieser Welt gehört wird.

Für sie bleibt unvergessen, dass fast zweihundert von ihnen getötet wurden – viele von ihnen noch Kinder – tausende verwundet wurden, viele für den Rest ihres Lebens verkrüppelt. Wenig beachtet wurden die Hunderttausende, die eingeschlossen bleiben durch die Belagerung ihrer Städte

und Dörfer. Wenig erfährt man von den Arbeitern, die von ihren Arbeitsstellen in Israel abgeschnitten sind und von deren Löhnen so manche große Familie abhängig ist.

Je mehr die israelische Seite die Daumenschrauben aber anzieht, desto rebellischer scheint das Verhalten der Palästinenser zu werden. In Israel wird die „Entmenschlichung“ der Palästinenser und ihres Führers Arafat durch eine Medienlandschaft inszeniert wird, die sich in den letzten Jahrzehnten selten derart zustimmend zu einer kriegsbereiten Regierung gezeigt hat. Gleichzeitig werden Forderungen laut, von der Bombardierung einzelner Häuser zur Beschießung ganzer Straßenzüge oder Dörfer überzugehen. Selbst diejenigen, die gegen diese Vorschläge sind, verwenden

Adam Keller, Aktivist der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom (www.gush-shalom.org) ist Herausgeber der Zeitschrift „Das andere Israel“, die Zeitschrift des Israelischen Rates für einen israelisch-palästinensischen Frieden (ICIPP), er lebt in Tel Aviv. Die Übersetzung und Bearbeitung besorgte Reinhold Rünker

den kaum humanitäre Argumente, sondern befürchten „negative Propaganda, wenn zu viele getötet werden“, oder sprechen von „Szenen, die besser nicht auf den internationalen TV-Bildschirmen zu sehen sein sollten“.

Jedoch: nichts macht einen Krieg so unpopulär wie täglich heimkehrende Särge eigener Soldaten. Dies diktiert eine Strategie, Soldaten so lange wie möglich in befestigten Stellungen oder bewaffneten Fahrzeugen zu halten und militärische Operationen vor allem aus der Luft durchzuführen. Noch sind die israelischen Opfer deutlicher geringer als auf der palästinensischen Seite. Aber es gibt bereits eine wachsende Protestbewegung von Soldatenmüttern, die um radikale Ele-

mente aus der „Four Mothers“-Movement herum entsteht, die so bedeutsam war, um den Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon zu erreichen.

Auch die israelische Wirtschaft, die bis jetzt noch nicht so betroffen war wie die palästinensische, erhielt unterdessen schwere Schläge. Der Tourismus ist im Rückgang begriffen, israelische Farmer müssen ihre Ernte wegen fehlender palästinensischer Erntearbeiter auf den Feldern verrotten lassen, ausländische Investoren in High-Tech-Bereichen verhalten sich zurückhaltend. Für die „unpolitischen“ Siedler, die sich erst kürzlich in den von der Regierung konfiszierten Gebieten niedergelassen haben ist es eine bittere Erfahrung festzustellen, dass sie auf besetztem Gebiet leben, denn die Durchgangsstraßen nach Jerusalem oder Tel Aviv werden durch Steine oder Schüsse unpassierbar.

Wahrscheinlich wird die Situation so für eine längere Zeit weiter gehen. Die Atmosphäre „nationaler Einheit“ der ersten Wochen zerbricht nun aber langsam, zumal die Unterstützer der Friedenscamps ihren anfänglichen Schock überwunden haben. Die Tauben in Baraks Kabinett melden sich zunehmend wieder zu Worte. Minister wie Yossi Beilin und Shimon Peres spekulieren noch verhalten, was Labour-Funktionäre fast offen aussprechen – wer die Nachfolge von Barak antreten wird.

Gleichzeitig droht der Konflikt aus mehreren Gründen völlig außer Kontrolle zu geraten. Im gefährlichen Kreislauf der Rache, mit dem Druck der israelischen Generalität und der radikalen Rechten könnte eine immer aggressivere Politik entstehen; begünstigt durch ein weiteres Selbstmörder-Attentat in einer israelischen Stadt, eine weitere mörderische Attacke durch israelische Siedler, einen Angriff der Hisbollah, irgendwo entlang der libanesischen Grenze....

Und es gibt sicher genug Sprengstoff unter der großen Zahl von palästinensischen Flüchtlingen im Libanon und Jordanien; die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen dem Mubarak-Regime in Ägypten und dessen islamischer Opposition; Syrien, mit einem jungen und unerfahrenen Präsidenten an der Spitze; Saddam Hussein, der bestrebt ist, die internationalen Sanktionen gegen den Irak zu durchbrechen; Yemen, wo ein

amerikanisches Kriegsschiff kürzlich angegriffen wurde; die Golfstaaten, die reichsten Länder in der Region – jedes dieser Länder könnte in den Strudel der Auseinandersetzungen gezogen werden. Sogar in entfernteren Ländern, wie z. B. in Frankreich, wenden arabische und moslemische Gemeinschaften bereits ihrer Wut gegen jüdische Einrichtungen – mit lokalen Antisemiten, die auf den palästinensischen Zug aufspringen, obwohl sie selbst anti-arabisch eingestellt sind.

Und es gibt keine Sicherheit, dass der Ausbruch von Unruhen unter den israelisch-arabischen Bürgern Anfang Oktober einmalig bleibt, insbesondere weil die damaligen Probleme weiterhin ungelöst sind.

Schlussendlich bleibt der Kern des aktuellen Konfliktes: die Erklärung der Palästinenser im Gaza-Streifen und der West Bank zum unabhängigen Staat nach mindestens 33 Jahren Besetzung. Sie beinhaltet die juristische wie die diplomatische Anerkennung der internationalen Gemeinschaft ebenso wie die volle Kontrolle über die Grenzen und das Staatsgebiet ohne Einschränkung durch Enklaven jüdischer Siedler. Die Option einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung wird jedoch durch Bedenken der USA und der Europäer blockiert. Ohne eine Vereinbarung mit Israel – die im Moment mehr als unwahrscheinlich ist – wird Palästina kaum in der Lage sein, seine Unabhängigkeit in naher Zukunft zu erklären.

Früher oder später wird es also wieder zu Verhandlungen zwischen Israel und Palästina kommen müssen. Selbst die dunkelsten Szenarien, in denen der Mittlere Osten in einen regionalen Krieg schliddert (über einige wurde jüngst in der Presse als Planspiele der Militärs berichtet,) müssen unausweichlich irgendwann in Verhandlungen enden. Eines kann aber mit einiger Gewissheit vorhergesagt werden: Wenn wieder Verhandlungen stattfinden, werden sie deutlich anders sein müssen als in den letzten sieben Jahren. Die palästinensische Seite wird selbstbewusster als vorher auftreten, und der israelische Verhandlungsführer wird zumindest etwas von der Arroganz einbüßen müssen, die die letzten Verhandlungen charakterisiert haben. Es wird der Tag kommen, an dem Israel erkennt, dass dies besser sein wird – gerade auch für Israel. spw

Mit Malaria ist keine Mark zu machen

500 Millionen Menschen erkranken jedes Jahr an Malaria. Eine Million stirbt daran. Neue Medikamente werden dringend gebraucht, weil die herkömmlichen oft nicht mehr wirken. Aber dies ist teuer und für die Industrie nicht gewinnträchtig. Trotzdem müssen unentbehrliche Medikamente für alle zugänglich sein.

Unterstützen Sie uns!



**MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**

Bitte schicken Sie mir

- allgemeine Informationen
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- Die Broschüre „Vermächtnis für das Leben“

Name _____

Geb.-Datum _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Ärzte ohne Grenzen e.V., Lievelingsweg 102, 53119 Bonn
Spendenkonto 97 0 97, Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

21.02.01-11



1. Macht es überhaupt noch Sinn von der Perspektive der Linken zu sprechen? Eine solche Frage impliziert die Möglichkeit der Unterscheidung von linker und rechter Politik, die von den Modernisierern bekanntlich bestritten wird. Der Grund dafür ist relativ einfach zu durchschauen. Im Moderne-Diskurs werden Elemente des linken Diskurses um Freiheit, Gleichheit und Solidarität verweben mit neoliberalen Elementen: Freiheit wird undefiniert von der Chance zur vielseitigen Persönlichkeitsentwicklung in einer solidarischen Gesellschaft zur Freiheit vom Staat und so zur Freiheit des Stärkeren; Gleichheit wird mit dem Leistungsmythos verweben ohne die realen Voraussetzungen und Bewertungen in Frage zu stellen, verloren geht damit der Gehalt sozialer Gleichheit als Voraussetzung freier Persönlichkeitsentwicklung und gleicher demokratischer Teilhabe; Solidarität wird zur nationalen Standortsolidarität mit all ihren chauvinistischen Gefährdungen verkürzt, verdrängt wird die Bedeutung des gegenseitigen füreinander Einstehens – insbesondere für Schwächere. (...)

2. Mit den – geschlechtsspezifisch entschärften – Lösungen der französischen Revolution kann man sich dem Charakter linker Politik in einem ersten Schritt, der die aufklärerische Tradition bewahrt, nähern. Um das Spezifikum der linken sozialistischen Theorietradition zu erfassen, muss man jedoch einen Schritt weiter gehen und die aufklärerische Orientierung mit einer Kritik der Produktionsverhältnisse und der Produktionsweise in der kapitalistischen Gesellschaft verbinden. Die Organisation der Produktion ist es, so die sozialistische Theorietradition, die eine Annäherung an die Ideale der französischen Revolution verhindern. Dabei muss man zwei wesentliche Aspekte der Kritik unterscheiden: Erstens führt

die kapitalistische Produktion zu einer ungleichen Verteilung des materiellen Reichtums. Das wiederum hat verschiedene Konsequenzen, nämlich erstens eine ungleiche Machtverteilung zwischen den gesellschaftlichen Klassen, die gleiche Freiheit im Sinne des gleichen Einflusses eines jeden auf die gesellschaftliche Entwicklung verhindert. Die zweite Folge ist eine klassenspezifisch unterschiedliche Möglichkeit der individuellen Entwicklung. So wird die Kritik sozialer Ungleichheit mit einer Kritik ungleicher individueller Freiheit verbunden. Schließlich wird soziale Ungleichheit an sich, d.h. als Problem relativer Armut problematisiert. Dieser Ansatz der sozialistischen Kritik knüpft insgesamt an die Verteilungs- und Herrschaftsverhältnisse an mit der Folge, dass die Begründung linker Politik von Idealen auf gesellschaftliche Widersprüche und Interessen umgestellt wird. (...)

3. Zweitens formulierte die sozialistische Kritik in Form der Marxschen Theorie eine Kritik der Funktionslogik der kapitalistischen Wirtschaft. Die Logik der Profitmaximierung und Produktionserweiterung verhindert Freiheit im Sinne einer autonomen gesellschaftlichen Selbstbestimmung, da sich alle Mitglieder der Gesellschaft unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit den Imperativen der ökonomischen Funktionslogik unterwerfen müssen. Und sie internalisieren diese Unterwerfung, was von Marx als Entfremdung beschrieben wurde. (...)

4. So lässt sich die spezifisch sozialistische Kritik kapitalistischer Gesellschaften als Fortschreibung des Projektes der Aufklärung deuten. Eine gewichtige Strömung heutiger soziologischer Theorien betrachten die Eigenesetzlichkeiten gesellschaftlicher Subsysteme, darunter das ökonomische System, als nichthintergehbare Errun-

Thesen zu den Perspektiven der sozialistischen Linken

Aktualität der politischen Unterscheidung von links und rechts

genenschaft der Moderne, so dass die Marxsche Kritik als vormodern und romantisch diffamiert werden kann. (...)

5. Die Elemente linker Politik sind um feministische und ökologische Ansätze erweitert worden, obwohl hier zunächst Reibungspunkte und Konflikte mit der Praxis der Arbeiterbewegung bestanden. So ist die Linke pluralistisch zu begreifen, ohne dass sich damit die Rechts-Links Unterscheidung verflüchtigt. (...)

6. Die ökologische Frage geht insofern eine Koalition mit der linken Tradition ein, als sie notwendigerweise die Funktionslogiken der kapitalistischen erweiterten Reproduktion, die Wachstumslogik in Frage stellen oder zumindest Modifikationen vornehmen muss. Ökologisch interessieren qualitative Größen, Gebrauchswerte, ökonomisch dagegen quantitative Größen, Tauschwerte. Das heißt nicht, dass sich die reale ökologische Bewegung in ihrer Gesamtheit dieses Widerspruchs bewusst ist – andere versuchen ihn scheinbar realpolitisch wegzudefinieren, geraten aber dann tatsächlich realpolitisch immer wieder in die Zwänge, die sich eben aus diesem Widerspruch ergeben.

Ergebnisse der neoliberalen Hegemonie

7. Definiert man über diese Eckpunkte linke Politik, lässt sich feststellen, dass diese im Westen, aber auch weltweit in den letzten zehn bis zwanzig Jahren deutlich an Terrain verloren hat. Das heißt umgekehrt, dass sich die Kräfteverhältnisse in diesem Zeitraum entscheidend zugunsten des Kapitals und

Die hier dokumentierten Thesen wurden in einem Bremer Diskussionskreis von Jens Evers, Andreas Fisahn, Carola Iller, Mario Käse, Martin Pranger, Christiane Schnell, Imke Sommer erarbeitet. Die vollständigen Thesen können voraussichtlich ab Januar 2001 von der spw-homepage www.spw.de heruntergeladen oder ab sofort per eMail bei redaktion@spw.de bestellt werden.

konservativ-neoliberaler Politikkonzepte verschoben haben – unabhängig davon, wer nun gerade in welchem Staat die Regierung stellt. Die Ergebnisse oder die Phänomene dieser Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse sind leicht zu beschreiben.

8. Die soziale Ungleichheit hat innerhalb der westlichen kapitalistischen Industriestaaten erheblich zugenommen. Die Einkommens- und Vermögensverteilung hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zugunsten der hohen Einkommen und großen Vermögen verschoben. Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Gesamteinkommen der Gesellschaften ist zurückgegangen, also der Anteil der Gewinne gestiegen. (...) Die Zwei-Drittel Gesellschaft hat sich flächendeckend durchgesetzt, sie erscheint in einigen der Länder geradezu als positive Utopie, da die soziale, kulturelle, bildungsmäßige Exklusion und die Exklusion von der demokratischen Teilhabe sich z.T. auf die 50% Marke zubewegt.

9. Auch im Weltmaßstab ist das Bild nicht günstiger. Die Verteilung von Lebenschancen hat sich im Ganzen zugunsten der reichen Staaten verschoben. Afrika ist von der Entwicklung weitgehend abgekoppelt und versinkt in Armut. Einige Schwellenländer, die trotz allem Anlass zur Hoffnung gaben, sind über die Auswirkungen von Finanzspekulationen und folgenden Finanzkrisen in tiefe allgemeine ökonomische Krisen gestürzt und in ihrer Entwicklung zurückgeworfen worden. Am deutlichsten haben sich jedoch die Lebensbedingungen und -chancen im Mafia-Kapitalismus der ehemals zur UdSSR gehörenden Staaten verschlechtert.

10. In der Umweltpolitik lassen sich zwar auf internationaler Ebene einige positive Entwicklungen in der Regulierung verzeichnen, die gleichwohl absehbar nicht in der Lage sind, auch nur den ökologischen Status Quo zu sichern. Die Symbolik der internationalen Konferenzen zum weltweiten Klimaschutz (Rio, Kyoto und Den Haag) ist nicht zu unterschätzen, wenn auch wenig verpflichtende Ergebnisse produziert wurden. (...) Die Frauenbewegung hat insbesondere an symbolischem Terrain verloren; es gibt eine Rückbesinnung auf Familie und traditionelle Geschlechterrollen, wenn sich auch viele der Erfolge der Frauenbewegung in der Alltagskultur halten.

(...)

12. Auch im Bereich der staatlichen Politik lässt sich die Schwäche de-

mokratischer Selbststeuerung, der Verlust an gesellschaftlichen Steuerungskapazitäten feststellen. (...) Die Diffusion der Politik wird von den handelnden Akteuren in einem zentralen Bereich als Sachzwang bestehend aus einer Mischung aus leeren Staatskassen einerseits und den Anforderungen der globalisierten Wirtschaft andererseits wahrgenommen. Obwohl eine kaum mehr zu übersehende Diskrepanz zwischen konzentriertem privaten Reichtum und Armut der öffentlichen Kassen besteht, bleibt die Politik bei einer Umverteilung zugunsten des privaten Reichtums, welche die Finanzierbarkeit selbst zentraler Staatsaufgaben und erst recht der sozialen Sicherungssysteme in Frage stellt. (...) Die leeren Staatskassen verstärken aber nicht nur die soziale Differenzierung, sondern berauben der Politik insgesamt Handlungsspielräume. Das demokratische Ideal der gesellschaftlichen Selbststeuerung verblasst vor der Realität der Fremdsteuerung durch scheinbare ökonomische Sachzwänge.

Bedingungen der neoliberalen Hegemonie

13. (...) Die erste Entwicklung wird als Übergang von der fordistischen Regulationsweise in ein anderes – hilfsweise postfordistisch genanntes – System industrieller Beziehungen analysiert. Charakterisiert wird damit im Ausgangspunkt die verringerte Bedeutung der klassischen industriellen Produktion in den kapitalistischen Zentren und die zunehmende Bedeutung des tertiären Sektors. (...) Dazu leisteten die neuen Technologien auf der Grundlage der elektronischen Datenverarbeitung ihren Beitrag, die gleichzeitig als neue Industrie entstanden sind und die den Dienstleistungssektor wesentlich veränderten. (...)

14. Der Strukturwandel der Wirtschaft hatte Veränderungen der realen Arbeitsbeziehungen und der subjektiven Beurteilung ihrer Stellung durch die neuen Arbeitnehmer zur Folge. Diese lassen sich kennzeichnen durch eine Erosion des sog. Normalarbeitsverhältnisses, das nicht zu verklären ist, da es mit einer diskriminierenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung verbunden war. Hinzu kommt eine Atomisierung der Gesellschaft, die eine Selbstorganisation kollektiver Interessen erschwert. (...) Die Individualisierungsthese trifft insofern zu, als sie das subjektive Gefühl der „modernen Dienstleister“ oder des intellektuellen Proletariats trifft –

gerade das dürfte die Bedingung ihrer breiten Rezeption gewesen sein. Die Atomisierung der gesellschaftlichen Subjekte (...) ist gleichzeitig eine Voraussetzung ihres Erfolges, stabilisiert die neoliberale anthropologische Prämisse vom egoistischen homo oeconomicus.

15. Die Implosion des Realsozialismus hat die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten des Neoliberalismus verändert. (...) (D)ie nach 1970 immer offenkundiger werdende ökonomische Schwäche der staatlichen Wirtschaft des Realsozialismus (führte) dazu, dass ein zentrales Element sozialistischer Programmatik auch der demokratischen Westlinken problematisch wurde, nämlich die Vorstellung über eine sukzessive Ausdehnung des öffentlichen Sektors, was regelmäßig den staatlichen Sektor meinte, könne eine zentrale, aber demokratische Wirtschaftssteuerung erreicht werden. Dieses Programm scheiterte nicht nur an seinen Gegnern, sondern wurde in seinen Grundlagen in Frage gestellt, ohne dass eine alternative Konzeption für eine demokratische Kontrolle ökonomischer Prozesse entwickelt werden konnte. (...)

16. Eine dritte Bedingung des neoliberalen Erfolges sind die Phänomene, die unter dem Stichwort Globalisierung zusammen gefasst werden. (...)

17. Die Globalisierung führt zu einem Verlust an Handlungskompetenzen der Nationalstaaten, der zum einen gleichsam systemisch, zum anderen machtpolitisch bedingt ist. Auf der systemischen Seite geht es um den realen Verlust ökonomischer Gestaltungsspielräume. Über die Dimension deren Einschränkung wird intensiv gestritten; unstrittig ist jedoch, dass die Staaten im Bereich der Finanzmärkte nur noch sehr eingeschränkt handlungsfähig sind. (...)

18. Bei den machtpolitischen Beschränkungen sind wiederum zwei Aspekte zu unterscheiden, nämlich vertragliche Souveränitätsverluste und Opting-Out Drohungen des Kapitals. (...)

19. Auf der Ebene der Symbolik ist das opting out als Drohpotenzial der Unternehmen bedeutender. Es schlägt sich direkt in subjektiv wahrgenommene Beschränkungen des politischen Handlungsspielraumes als Reaktion auf die Drohung mit einem Standortwechsel nieder. Dieses Drohpotenzial muss nicht zwangsläufig und ist in den seltensten Fällen mit

realen Möglichkeiten der Standortverlagerung verbunden. Aber darauf kommt es nicht an. Globalisierungsprozesse werden als strukturelle Zwänge wahrgenommen und diese Zwänge haben als Phänomen Globalisierung Eingang in die symbolische Ordnung gefunden, der sich die nationale Politik unterordnet. (...)

Politik im Wettbewerbsstaat

20. Der Nationalstaat wurde so zum Wettbewerbsstaat (J. Hirsch) – zu einem Staat, der mit anderen Wettbewerbsstaaten über Infrastruktur, steuerliche Belastung, Sozialleistungen, Produktivität, Zinsniveau usw. um die Gunst der globalen Kapitalanleger buhlt. (...) Das heißt nicht, dass konservativ-neoliberale und sozialdemokratisch-modernistische Politik dekungs-gleich werden. Sie kennzeichnen zwei Strategien des Wettbewerbsstaates. Der konservativ-neoliberale Weg setzt cum grano salis auf Deregulierung und die freie Entfaltung der Marktkräfte, denen zuge-traut wird, zu einer optimalen Ent-wicklung der Gesellschaft zu führen. Politische Interventionen in den Markt werden grundsätzlich als ineffizient abgelehnt und eine Beschränkung des Staates auf die unabweislichen Aufgaben gefordert, die entspre-chend eng definiert werden.(...)

21. Dagegen verordnet das Pro-gramm des „Dritten Weges“ den Ge-sellschaften über den aktivierenden Sozialstaat eine „modernisierendes“ Fitnessprogramm für die Gesellschaft, um in der internationalen Konkurrenz eine möglichst gute Figur zu machen. Die Globalisierung der Ökonomie wird nicht nur als unaufhaltsam ak-zeptiert, sondern als Chance begrif-fen, die Gesellschaft zu modernisieren und den allgemeinen Wohlstand über aktive Förderung zu vergrößern. Das Modernisierungskonzept baut auf der Annahme auf, dass nationale wirt-schaftspolitische Interventionen die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft oder die Attraktivität des nationalen Standorts erhöhen können. Dazu dient insbesondere eine gezielte infrastrukturbildende In-dustriepolitik, aber auch die aktivie-rende Sozialpolitik wird in den Dienst der nationalen Wettbewerbspolitik gestellt. (...)

22. Die (sozialistische) Linke, die sich auf die verschiedenen Parteien der Linken verteilt, kann die Politik des Wettbewerbsstaates z.Z. nur ge-legentlich in einzelnen Punkten modifi-zieren. (...) Die Politik des Wettbe-

werbsstaates erscheint als einheitliche Strategie, das eben macht ihre Hege-moniefähigkeit aus, während die wi-derständigen Potentiale in Einzelfra-gen isoliert bleiben. (...)

Linke Interventionen

23. Unter Bedingungen einer globali-sierten Wirtschaft bekommt die Um-wandlung sozialer Macht in politische Macht eine (...) neue Dimensionen. Damit wird sie zum Problem für den demokratischen Anspruch der Gesell-schaft. Der Verlust der Steuerungsfä-higkeit nationaler Regierungen wird nicht nur zu einem Problem der ge-sellschaftlichen Entwicklung, sondern auch zu einem subjektiven Problem für die politischen Akteure: sie wer-den ihrem noch vorhandenem Selbst-bild als politische Gestalter oder Trä-ger politischer Macht nicht mehr ge-recht. (...)

24. Wenn der Neoliberalismus sei-ne Stärke u.a. aus den Zwängen und der Symbolik der Globalisierung ge-winnt, bekommt deren Durchbre-chung eine eminente Bedeutung. Die Gegenstrategie auf einer supra-natio-nalen Ebene lässt sich durch das Stichwort Re-Regulation der Märkte charakterisieren. (...) Um eine solche Rolle einzunehmen, müsste die EU je-doch in wichtigen Bereichen wie der Steuer- und Sozialpolitik zusätzliche Kompetenzen gewinnen, in anderen Bereichen müsste das Verhältnis zwi-schen Deregulierung oder Freihandel und anderen gesellschaftlichen Inter-essen, insbesondere ökologischen und sozialen anders gewichtet wer-den. (...)

25. Auch diese Perspektiven bezie-hen sich auf reale Entwicklungen und Widersprüche, an die linke Politik an-knüpfen kann. Der Zusammenbruch der Ökonomien der sog. asiatischen Tigerstaaten aufgrund reiner Finanz-spekulationen rückte die Auswirkungen eines vollständig deregulierten Fi-nanzmarktes gefährlich nah an die kapitalistischen Zentren heran, so dass die Kapitalfraktionen, die sich nicht aus reinem Spekulationskapital rekrutieren, über kurz oder lang ein Interesse an sichereren, re-regulierten weltweiten Finanzmärkten gewinnen dürften. Den Prozess der europä-ischen Einigung unterstützen verschie-dene Faktoren, wie geschichtliche Er-fahrungen, geopolitische Erwägun-gen, ökonomische Interessen, die hier nicht aufzufächern sind. (...)

26. Ob es der Linken gelingt, auf den genannten Gebieten strategisch bedeutender Entwicklungen Terrain zu

gewinnen und Elemente einzubauen, die über das Politikkonzept der Moder-nisierer hinausweisen, hängt wesent-lich von den politischen Kräfteverhält-nissen im außerparlamentarischen Raum ab. (...) Vordringlich erscheint es so, an den sich aus vorhandenen Wi-dersprüchen und Konflikten entste-henden Widerständigkeiten gegen die Politik des Wettbewerbsstaates anzu-knüpfen sich auf den außerparlamen-tarischen Bereich zu konzentrieren. Die vorhandene Konzentration auf die Ar-beit innerhalb der staatlichen Institu-tionen ist abgekoppelt von gesell-schaftlichen Bewegungen nicht erfolg-versprechend, bleibt vereinzelt und zwingt die Akteure mehr oder weniger zur Assimilation an die hegemoniale Politik.

27. Eine Veränderung der Kräfte-verhältnisse setzt ein Aufbrechen der ideologischen Dominanz nicht nur neoliberaler Politikmuster voraus, sondern der gesamten Bandbreite neoliberaler Deutungsmuster (...) In Frankreich haben Intellektuelle um den Soziologen Pierre Bourdieu eine Führungsrolle eingenommen in dem Versuch, die ideologische Hegemonie des Neoliberalismus zu durchbre-chen, wobei die theoretisch ideologi-sche Offensive neuerdings mit der Or-ganisation von Widerstandspotentialen verknüpft wird. Sie rufen auf zu einer Einberufung von Generalstän-den der sozialen Bewegung in Euro-pa, deren Ziel es ist, „eine gemeinsa-me Charta auszuarbeiten, und Grundlagen für eine internationale Struktur zu schaffen, die alle mögli-chen organisatorischen und intellektuellen Formen des Widerstandes ge-gen die neoliberale Politik bündelt, gleichzeitig aber ihre Unabhängigkeit gegenüber den Parteien und Regie-rungen, insbesondere gegenüber den Regierungsparteien bewahrt.“ spw

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

**analysen
fakten & argumente**



Hochzeiten des Todes
Papier- und Schweißindustrie in Frankreich

Flugzeug- und Raketenindustrie im Fusionsfieber
isw-spezial 13 zeigt auf, dass die Her-ausbildung von Superkonzernen der Luftfahrt und Rüstungsindustrie nicht ohne Rückwirkungen auf die Politik bleibt. Durch die Monopolisierung der Rüstungsindustrie, die enge neue Verzahnung der Rüstungskonzerne mit Militär und Verteidigungsministerium entsteht ein militärisch-industrieller Komplex neuer Dimension.
isw-spezial 13, Dezember 2000
DM 5,- + Versand



Wieviel Reichtum können wir uns leisten?
Wie der Wohlstand zu erreichen ist und was das für die Zukunft bedeutet

Von der Vielfalt menschlicher Entwicklung – oder vom Reichtum, der Armut braucht
isw-report 45, Dezember 2000 – 5,- DM + Versand

Gesamtprogramm anfordern, Bestellungen

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

(...)

SPW dokumentiert in leicht gekürzter Fassung den nachfolgende Diskussionsbeitrag, der im Rahmen des Crossover-Prozesses der drei Zeitschriften „Andere Zeiten“, SPW und „Utopie Kreativ“ entstanden ist. Der Beitrag versteht sich als Denkanstoß zur strategischen Neuorientierung der Linken unabhängig von ihrer parteipolitischen Einordnung. Crossover hofft damit, eine rege Diskussion anzustoßen. An der Erarbeitung der Thesen waren beteiligt: Willi Brügggen, Horst Dietzel, Dietmar Lindemann, Frieder Otto Wolf und Gerry Woop.

Die neue Ökonomie politisch gestalten

Eckpunkte einer postfordistischen Globalsteuerung

I. Die Linke droht in den endlosen Grabenkämpfen der klientelistischen Interessen- und Verteilungskonflikte zu versinken. Bloße Interessenpolitik reicht nicht.

Die gegenwärtige Krise der Linken ist auch eine Krise ihres eigenen Politikverständnisses. Sie hat sich zu sehr in die Rolle eines bloßen Interessenvertreters zurückdrängen lassen, der die Anliegen der Ärmere, weniger Mächtigen und Marginalisierten gegen die Herrschenden zur Geltung bringen will. Dieser Rückzug auf eine Art Robin-Hood-Rolle hat sicher den großen Vorteil, von vornherein immer auf der richtigen Seite zu stehen. Der Nachteil ist: Die Konkurrenz um die besseren Gesamtkonzepte gerät dabei zu sehr in den Hintergrund, weil es letztendlich doch nur darum geht, wer die richtigen Interessen vertritt. Inzwischen wird deutlich, daß dieses vor allem an den großen gesellschaftlichen Spaltungslinien (Ost-West, Kapital-Arbeit, Männer-Frauen etc.) orientierte Politikverständnis zu kurz greift.

Dabei verlieren die gesellschaftlichen Interessengegensätze keineswegs an Schärfe. Das Besondere der gegenwärtigen Lage besteht vielmehr darin, daß der Kampf der Interessen inzwischen aufs Engste mit dem Kampf um die Spielregeln der Verteilungskämpfe verknüpft ist.

Für die politischen Vorschläge der Linken bedeutet das: Sie müssen nicht nur zeigen, wie die marginalisierten Interessen stärker zur Geltung gebracht werden können. Für die Linke ist entscheidend, ob es gelingt, zugleich auch einen neuen gesellschaftlichen Steuerungs- und Integrationsmodus anzubieten, bei dem insgesamt mehr rausspringt. Dabei ist ent-

scheidend, ob es gelingt, die bestehenden Interessenkonstellationen im Hinblick auf konkrete Zukunftsentwürfe zu verflüssigen und neu zu bündeln.

II. Vorbild könnte der politische Keynesianismus der 60er Jahre sein. Heute geht es um eine neue postfordistische Globalsteuerung. Die Linke bekommt nur dann eine neue Chance, wenn ihre Konzepte mehr Wohlstand und Lebensqualität für (fast) alle bieten.

Blicken wir zurück: Aus den goldenen Dekaden des „sozialdemokratischen Zeitalters“ können wir lernen, daß hegemoniefähige Reformblöcke auch damals nur dann zustande kamen, wenn es gelang, die an den gesellschaftlichen Spaltungslinien anknüpfenden Verteilungskämpfe mit einer übergreifenden Reformperspektive zu verbinden von der sich fast alle Vorteile versprochen. Das bedeutet: Erst wenn es gelingt, mehr Wohlstand und Lebensqualität für (fast alle) zu bieten, bekommen die Reformkräfte eine Chance, sich aus den Fußangeln der klientelistisch vermacheten Strukturen moderner Massendemokratien zu befreien.

Auch unser Vorschlag eines ökologischen New Deal bezog sich auf diese Logik. So sollten die verteilungspolitischen Interessen der alten Arbeiterbewegung mit den lebensweltlichen Bedürfnissen der neuen Öko- und Alternativmilieus verknüpft werden.

Mit der strukturellen Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit und der schrittweisen Erosion des alten Lohnarbeitsverhältnisses wurde diesem ökologischen New Deal der Boden entzogen. Die sozialdemokratischen Kernsektoren verloren das Interesse an den Reformprojekten und zogen sich auf eine klientelistische Verteidigung ihrer Partialinteressen zurück. Gleichzeitig geriet auch das grüne Klientel immer stärker in den Sog monetärer Partikularinteressen und entwickelte Sympathien für neoliberale Wettbewerbsideologien. Gleichzeitig trat mit der PDS eine neue Linkspartei auf. Als die „politische Mehrheit links von der Mitte“ im Herbst 98 endlich zur Macht kam, fehlte das gemeinsa-

me politische Projekt. Was blieb, war eine ziemlich langweilige Schnittmengepolitik, ohne eigenen Gestaltungsanspruch.

Inzwischen ist die von Thatcher und Reagan losgetretene neoliberale Flutwelle auch über unser Land hinweggerauscht. Gerade melden auch die letzten Bastionen des rheinischen Kapitalismus und der Deutschland-AG Land unter. Jetzt – wo die Deregulierungswelle langsam ausläuft, zeichnen sich die Umriss eines neuen Akkumulationsregimes immer deutlicher ab. Nun ist es an der Zeit, die Konturen einer neuen postfordistischen Globalsteuerung herauszuarbeiten, die an die Stelle der alten keynesianistischen Regulationsformen treten und einen neuen reformpolitischen Aufbruch begründen kann.

Schon vor zwei Jahren hatten wir in einem Crossover-Konsenspapier die entscheidenden Eckpunkte dieser neuen Konstellation benannt: Damals hielten wir fest: „Einerseits beobachten wir, wie sich im Schatten der neoliberalen Deregulierung und unter dem Dach der privaten Unternehmensimperien ein neues Akkumulationsregime herauskristallisiert, das Züge einer marktvermittelten Planungsökonomie trägt. Andererseits leiden die modernen Exportökonomien unter einer wachsenden intersektoralen Fragmentierung, die eine binenwirtschaftliche Austrocknung dieser Volkswirtschaften nach sich zieht“ (vgl. Brügggen, Klein, Westphal 98).

Deshalb wird die neue postfordistische Globalsteuerung vor allem dafür zu sorgen haben, daß die im Weltmarktsektor hergestellten Reichtümer wieder in die Binnenökonomie einfließen können, um die regionalwirtschaftlichen Wertschöpfungskreisläufe neu zu beleben. Für die ökonomische und politische Akzeptanz eines derartigen Projektes ist entscheidend, ob diese neue Globalsteuerung ohne zusätzliche bürokratische Effizienzverluste und ohne hierarchische Bevormundung auskommt.

III. Von den Konzernen lernen heißt: Bürokratie ist out – auch in der Politik. Die in der privaten Wirtschaft entstandene neue Synthese zwischen

Die gegenwärtige Krise der Linken ist auch eine Krise ihres eigenen Politikverständnisses.

strategischer Planung und marktför-
miger Umsetzung kann auch auf den
öffentlichen Sektor übertragen wer-
den.

Betrachten wir die Sache näher:
Während die Headquarter der immer
größer werdenden Weltkonzerne sich
auf die langfristige strategische Pro-
dukt- und Unternehmensplanung
konzentrieren, spielen bei der Umset-
zung dieser Vorgaben marktförmige
Steuerungsmechanismen eine wach-
sende Rolle. Über ein zentral gelenk-
tes Auftragsvergabensystem werden
die qualitativen Vorgaben der Kon-
zernvorstände an verselbständigte
und untereinander konkurrierende
Subeinheiten weitergereicht. An die
Stelle der alten Unternehmenshierar-
chien treten stark gestaffelte Subcon-
tractingsysteme und dezentrale Ko-
operationsnetzwerke, während die
Konzernheadquarter nur noch die fi-
nanz- und produktstrategischen
Grundscheidungen vorgeben.

Dabei spielt die schiere Größe der
Weltmarktkonzerne eine so wichtige
Rolle, weil es in modernen Unterneh-
mensstrategien nicht mehr um Plan-
nung für die Märkte sondern um stra-
tägische Planung der Märkte geht.
Jenseits der verschiedenen, markt-
schreierisch aufgeblasenen neuen
Managementmoden und im Gegen-
satz zum allgemeinen Vorurteil über
den sog. Shareholderkapitalismus
gibt es eine ziemlich stabile und fast
alle Bereiche erfassende Tendenz,
langfristige unternehmensstrategi-
sche Aspekte stärker zu betonen. Die
überall propagierte ‚Konzentration
auf Kernkompetenzen‘ ist Teil dieses
Strategiewechsels. Das in den sechzi-
ger und frühen siebziger Jahren do-
minierende Prinzip der horizontalen
und vertikalen Konzernintegration
wird durch eine neue marktbezogene
Konzentrationsstrategie abgelöst,
die die neuen Weltkonzerne in die Lage
versetzen soll, sich in mindest einem
Marktsegment einen möglichst exklu-
siven Kompetenzvorsprung zu si-
chern, der es ihnen erlaubt, diese
Märkte nach mittelfristigen strategi-
schen Gesichtspunkten zu entwickeln
und dauerhafte kompetenzbedingte
Extraprofiten zu sichern.

Gleichzeitig gibt es die Tendenz,
das alte Lohnarbeitsverhältnis durch
neue Austauschbeziehungen zu er-
setzen, wo nicht mehr Arbeitszeit ge-
gen Lohn, sondern qualitativ definierte
Leistungen gegen Geld getauscht
werden. Dahinter steckt ein struktu-
reller Umbau der gesellschaftlichen
Arbeitsteilung. Kontrolle und Leitung

werden in immer größerem Maße an
den Beschäftigten zurückdelegiert. Im
Grunde geht es um eine schrittweise
Aufhebung der Trennung von Hand-
und Kopfarbeit.

Beide Tendenzen – die neuen Ar-
beitsbeziehungen und der Anspruch,
Märkte nicht nur zu bedienen, son-
dern sie systematisch zu entwickeln
und zu kontrollieren – vereinigen sich
zu einem neuen Bild der Großkonzer-
ne, wo die Konzentration auf Kern-
kompetenzen und die marktförmige
Verschlangung der inneren Hierarchi-
en mit einer Konzentrations- oder Fu-
sionspolitik einher gehen, die auf
weltweite mono- oder oligopolisti-
sche Marktmacht zielt. Durch eine
langfristig angelegte Markt- und Pro-
duktentwicklungspolitik versuchen
die Konzernheadquarter die Entwick-
lung ganzer Branchen zu steuern,
während sie einen immer größeren
Anteil der Entwicklungs- und Produk-
tionstätigkeit an ein breit gefächertes
Subcontractingnetzwerk weiterge-
ben. Gleichzeitig beobachten wir, wie
es innerhalb und zwischen diesen
Subunternehmen zu einer Renaissance
vormoderner, personaler Ko-
operationsformen kommt, die vor al-
lem auf den Prinzipien von Vertrauen
und Gegenseitigkeit beruhen und das
verbindende Band moderner Koope-
rationsnetzwerke bilden. Dadurch
entsteht eine neue Synthese von
Markt, Plan und persönlicher Koope-
ration, bei der die wichtigen qualita-
tiven Grundscheidungen durch
strategische Planung vorgegeben
werden, während die quantitative Ef-
fizienzkontrolle Marktmechanismen
überlassen bleibt.

IV. Die Globalisierung hat das
Gleichgewicht zwischen Binnen- und
Weltmarktsektor empfindlich gestört.
So wie der politische Keynesianismus
der Nachkriegsdekaden für ein
Gleichgewicht zwischen Einkom-
mens- und Produktivitätsentwicklung
sorgte, muß die postfordistische Glo-
balsteuerung ein neues Gleichge-
wicht zwischen Binnen- und Welt-
marktsektor durchsetzen.

Beim Werttransfer vom Welt-
markt- in den Binnensektor stehen vor
allem zwei Wege im Vordergrund: Da
sind zum einen die im Weltmarktse-
ktor verdienten und zu einem großen
Teil für Binnenmarktgüter ausgegebenen
Arbeitseinkommen und zum an-
deren die im Weltmarktsektor erho-
benen, ebenfalls vor allem für Binnen-
güter verausgabten Sozialabgaben
und Steuern. Umgekehrt versorgt der
Binnensektor die weltmarktbezogene

Für
18
ganz
schön
clever...

... sind unsere
beiden neuesten Bücher,
wieder in bewährter
AKP-Qualität zum sagenhaft
niedrigen Preis von
jeweils 18,- DM.

Editor: Schiller-Bücherei
Klaus-Peter Hornschi (Hg.)

**KOMMUNALE
UNTERNEHMEN**
auf
der
Flucht
nach
vorn!



AKP

Bielefeld 1999
136 Seiten, 18,- DM
ISBN 3-9803641-2-7

Editor: Schiller-Bücherei
Rita & Hermann (Hg.)

**INSZENIERTER
FORTSCHRITT**
die Emscherregion
und ihre
Bauausstellung



AKP

Bielefeld 1999
136 Seiten, 18,- DM
ISBN 3-9803641-3-5

Hier bestellen:
Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40, 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17, Fax 05 21/17 75 88
e-mail: AKP-Redaktion@t-online.de
www.gruene.de/akp-redaktion

Produktion mit qualifizierten Arbeitskräften und kommunalen Infrastrukturlösungen.

Dieses Beziehungsgefüge gerät nun in eine Schiefelage, weil es in Folge der Globalisierungstendenzen für den Binnensektor zu einer fortlaufenden Verschlechterung der terms of trade zu Lasten des Binnensektors kommt. Gleichzeitig sinkt der relative Anteil des im Industriesektor erzielten Steueraufkommens sowie die dort erarbeiteten Sozialabgaben und Arbeitseinkommen kontinuierlich. Das ist vor allem eine Folge des internationalen Standortdumping und der Rationalisierungsbedingten Arbeitsplatzverluste.

Binnen- und Weltmarktsektor geraten in eine sich gegenseitig verstärkende Wechselwirkung: Je weniger Arbeiter in der Industrie Beschäftigung finden, desto stärker gerät auch der intersektorale Werttransfer aus der weltmarktbezogenen Produktion in die regionalen Wertschöpfungskreisläufe ins Stocken. Der Arbeitsmarkt gerät in eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale – aus der es nur noch eine Lösung zu geben scheint: Der Weltmarktsektor muß noch stärker werden, noch schneller wachsen, damit der relative Preisverfall für die Binnengüter durch Mengenausweitung kompensiert werden kann.

Auch die Globalisierung der Finanzmärkte wirkt in die gleiche Richtung. So haben sich die Wertpapieranlagen ins Ausland (ohne Direktinvestitionen) zwischen 1993 und 1998 von 53 Mrd. DM auf 246 Mrd. DM nahezu verfünffacht. Zwar gab es umgekehrt auch eine ähnlich starke Steigerung ausländischer Anlagen in Deutschland – die aber ebenfalls vor allem den Weltmarktsektoren zugute kamen (vgl. Deutsche Bundesbank 1996, 1999). Dabei sind die inländischen Käufe inländischer Wertpapiere noch gar nicht berücksichtigt, die eine ähnliche Entwicklung genommen haben. Schon jetzt ist absehbar, daß sich diese Tendenz in Zukunft weiter beschleunigen wird, weil mit zunehmendem privaten Vorsorgebedarf der Druck wächst, einen Teil des Einkommens in Aktien und Anleihen anzulegen.

Das bestärkt die relative Innovationssträgheit des Binnensektors. Häufig sind die hier operierenden Einheiten zu klein, um aus sich heraus neue Innovationswellen zu generieren. Erschwerend kommt hinzu, daß die Nachfrageentwicklung vor allem von politischen Institutionen beeinflusst wird, die im Augenblick einen eher restriktiven Kurs fahren. So gelingt es

dem innovativeren Weltmarktsektor immer wieder, durch Substitutionsprozesse einen Teil der regionalökonomischen Nachfrage auf sich zu ziehen.

Dabei sind es gerade die personal- und dienstleistungsintensiven regionalen Wertschöpfungskreisläufe, von denen die notwendige ‚ökologische Dematerialisierung‘ der Produktion ausgehen könnte, wo die größten Beschäftigungseffekte zu erwarten sind und wo die drückendsten Wohlstandslücken existieren.

Deshalb brauchen wir eine neue Globalsteuerung, die in Lage ist, die intersektoralen Austauschprozesse wieder zu beleben. So wie es den keynesianischen Steuerungskonzepten gelang, ein relatives Gleichgewicht zwischen Massenkraftentwicklung und Produktivitätswachstum zu gewährleisten, so geht es bei der neuen postfordistischen Globalsteuerung darum, ein neues Gleichgewicht zwischen Binnen- und Weltmarktsektor herzustellen.

Wir brauchen also einen neuen staatlichen Transfermechanismus, der in der Lage ist, den ausgetrockneten Werttransfer aus dem Weltmarkt- in den Binnensektor wieder zu beleben, dabei aber weder die Staatskassen noch die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standortes belastet.

Deshalb schlagen wir vor, daß der Mehrwertsteuersatz noch weiter nach Produktgruppen differenziert wird. Durch gezielte Mehrwertsteuererhöhungen soll der Verbrauch ökologisch besonders schädlicher und eher luxuriöser Weltmarktgüter verteuert werden, um damit die binnenwirtschaftlichen Sektoren zu alimentieren. Dieser Weg hat den großen Vorteil, daß er die Standortkosten unangetastet läßt. Die Kosten für Exportgüter bleiben unberührt. Außerdem geht es um einen grundsätzlichen Richtungswechsel. Indem der Konsum bestimmter Weltmarktgüter verteuert wird, soll die ökologisch fatale Fehlentwicklung korrigiert werden, daß arbeitsintensive Leistungen immer teurer werden, während der relative Preis der technischen Konsumgüter mit jedem neuen Rationalisierungsschritt weiter zurückgeht.

V. Unser Projekt: Den keynesianischen Fürsorgestaat durch einen schlankten und dezentralisierten Transferstaat ersetzen.

Bleibt die Frage, wie diese Transfermittel in die regionalen Wirtschaftskreisläufe eingespeist werden

können, ohne daß schwerfällige Bürokratien entstehen. Hier schlagen wir vor, auf die neuen Organisationskonzepte der Weltkonzerne zurückzugreifen, die vor allem auf eine neue Verknüpfung von Markt und Plan zielen.

Warum soll es nicht möglich sein, daß kommunale Körperschaften auf regionaler Ebene ganz ähnlich agieren? Unser Vorschlag läuft im wesentlichen darauf hinaus, daß öffentliche Produkt- oder Dienstleistungsagenturen sozial, kulturell und ökologisch gewollte Leistungen von den Anbietern zu Marktpreisen aufkaufen, um sie dann zu bezahlbaren und sozial gestaffelten Preisen an die Endverbraucher weiterzugeben. Die öffentlichen Hände hätten die Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis zu schließen. Dieses Modell hat den Vorteil, die ökologisch und volkswirtschaftlich notwendige Wende zu personalintensiven Diensten ohne die Einführung eines Niedriglohnssektors zu schaffen. Gleichzeitig entstehen ganz neue politische Gestaltungsmöglichkeiten, weil die Politik entscheidet, in welchen Bereichen Leistungen angeboten werden. Wir stellen uns vor, daß die bisher noch über ABM und Einarbeitungszuschüsse vergebenen Arbeitsfördermittel zum großen Teil in dieses Projekt einfließen könnten. Das würde die leidige Konkurrenz zwischen privaten Leistungsanbietern und öffentlichen Beschäftigungsprojekten beenden, so dass dauerhafte regionale Netzwerkstrukturen zwischen traditionellem Handwerk, ökologischem Reparaturgewerbe, persönlichen Dienstleistern und Kulturproduzenten entstehen können. Dabei ist uns besonders wichtig, dass neben den privaten auch gemeinwirtschaftliche, genossenschaftliche oder öffentliche Leistungsanbieter zum Zuge kommen.

Die Vorteile dieses fördertechnischen Paradigmenwechsels liegen auf der Hand: Die Anbieter werden einer zweistufigen Konkurrenz ausgesetzt: Sie müssen sowohl öffentliche Körperschaften wie die Endverbraucher von ihren Leistungen überzeugen. Das verhindert sinnlosen Leerlauf und fördert Effizienz und Flexibilität.

Grundsätzlich sind die verschiedensten Modelle denkbar. Das Grundprinzip bleibt immer dasselbe. Während politisch geklärt wird, welche Leistungen unterstützt werden sollen, entscheidet der Markt, wer diese Leistungen am effizientesten und am kundenfreundlichsten erbrin-

Von regionalen Wertschöpfungskreisläufen könnte die notwendige ‚ökologische Dematerialisierung‘ der Produktion ausgehen.

gen kann – wobei wichtig ist, daß die öffentlichen Auftraggeber auf die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards achten.

Dabei ist unser Vorschlag zugleich auch ein Versuch, die Öko-Umbaupolitik aus der politischen Sackgasse zu befreien, in die sie durch ihre einseitige Fixierung auf Öko-Steuern geraten ist. Zwar sind Öko-Steuern überall dort sinnvoll, wo es darum geht, technologisch und gesellschaftlich schon bestehenden Alternativlösungen zum Durchbruch zu verhelfen – einen grundsätzlichen Richtungswechsel z.B. in der Verkehrs- oder der Energiepolitik können sie aber nicht durchsetzen. Deshalb sind die neuen marktvermittelten Planungsinstrumente hier eine gute Ergänzung. Die kostendeckende Einspeisevergütung für Wind- oder Solarstrom ist dafür ein gutes Beispiel. Diese Regelung unterscheidet sich vom oben skizzierten Modell nur dadurch, daß hier die Energiekonzerne gezwungen wurden, die Rolle der öffentlichen Aufkäufer der gewünschten Leistungen übernehmen. Ähnliches wäre auch im Bereich der großen Industrie denkbar.

Letztendlich laufen unsere Vorschläge darauf hinaus, den untergehenden Fürsorgestaat durch einen neuen, teils europäischen, teils nationalstaatlichen Transfersaat zu ersetzen, der mehr Gerechtigkeit und mehr soziale Sicherheit mit mehr Flexibilität und mehr Selbstbestimmung verbindet. Auch wir sind für einen „aktivierenden Sozialstaat“, allerdings interpretieren wir ihn anders als die Parteigänger der ‚neuen Mitte‘ oder des ‚dritten Wegs‘. „Aktivierung“ durch noch größeren Druck auf die sozial Schwachen und durch eine weitere Verschärfung des Einkommensgefälles lehnen wir ab. Unter Aktivierung verstehen wir vor allem die Eröffnung neuer, individuell und kreativ zu nutzender Chancen. Dazu gehören auch die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, die Verallgemeinerung der Versicherungspflicht und eine Umstellung der Arbeitgeberbeiträge auf eine Wertschöpfungsabgabe.

VI. Den ökologischen New Deal für die Gestaltungsinteressen der neuen Wissensarbeiter und Arbeitskraftunternehmer öffnen

Zur Durchsetzung dieser Vorschläge benötigen wir eine Erneuerung des politischen Deals, der dem fordistischen Keynesianismus zugrunde lag. Bei unseren bisherigen

Überlegungen zum ökologischen New Deal bestand der vorgeschlagene Kompromiß vor allem darin, die Verteilungsinteressen der Arbeiterbewegung durch eine politisch subventionierte Arbeitszeitverkürzung aufzunehmen, während wir den neuen lebensweltlichen Bedürfnissen des Alternativ- und Ökomilieus durch die geplanten ökologischen Umbaumaßnahmen entgegen kommen wollten. Inzwischen ist eine zahlenmäßig zwar noch relativ kleine, aber rasant wachsende und gesellschaftlich sehr einflußreiche Gruppe hinzugekommen: Die neuen Arbeitskraftunternehmer. Hier entsteht ein neues soziales Milieu, das seine soziale Identität und sein Selbstbewußtsein vor allem aus seiner wachsenden individuellen Gestaltungsmacht bezieht und das das alte System der Arbeitsbeziehungen eher als Hemmschuh erlebt. Nur wenn es gelingt, die Gruppe der qualifizierten und hoch flexiblen Modernisierungsgewinner mit ins Boot zu holen, haben wir eine realistische Chance für ein gesellschaftlich hegemoniefähiges Reformbündnis. Deshalb ist es so wichtig, daß unsere Reform- oder Umsteuerungsvorschläge ohne zusätzliche Bürokratie und ohne staatliche Bevormundung auskommen und daß die im Privatsektor sich durchsetzenden neuen Arbeitsbeziehungen auch im öffentlichen Bereich eine Chance bekommen.

Gleichzeitig muß es darum gehen, neue Formen der kollektiven Interessenvertretung zu entwerfen, die in der Lage sind, den neuen Arbeitskraftunternehmern eine marktfähige Qualifikation und eine qualifikationsgerechte Honorierung zu sichern. Im Grunde geht es dabei um eine schrittweise Weiterentwicklung des alten Systems der Branchengewerkschaften und der Flächentarifverträge hin zu halböffentlichen Institutionen, die all die Aufgaben übernehmen, die bei den schon bisher freiberuflich tätigen Berufsgruppen durch Ärzte-, Architekten- oder Anwaltskammern übernommen werden.

Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die sich jetzt abzeichnende ökonomische Aufschwungphase für ein neues Dreierbündnis aus alten Umverteilungsinteressen, lebensweltlichen Alternativ- und Ökobilieus und modernen Flexibilisierungsforderungen zu nutzen. denzen kommt es für den Binnensektor zu einer fortlaufenden Verschlechterung der terms of trade.

spw

Winfried Wolf
Fusionsfieber
Oder: Das große Fressen



PapyRossa

ISBN 3-89438-210-4, Broschur: 288 Seiten,
DM 28,00/EUR 14,30/SFR 26,00/OS 207,00

Ulrike Winkler (Hg.)
Stiften gehen
NS-Zwangsarbeit und
Entschädigungsdebatte



PapyRossa

ISBN 3-89438-204-X, Broschur: 272 Seiten,
DM 29,80/EUR 15,20/SFR 27,50/OS 221,00

Manfred Weißbecker
Reinhard Kühnl (Hg.)

- ◆ **Rassismus**
- ◆ **Faschismus**
- ◆ **Antifaschismus**

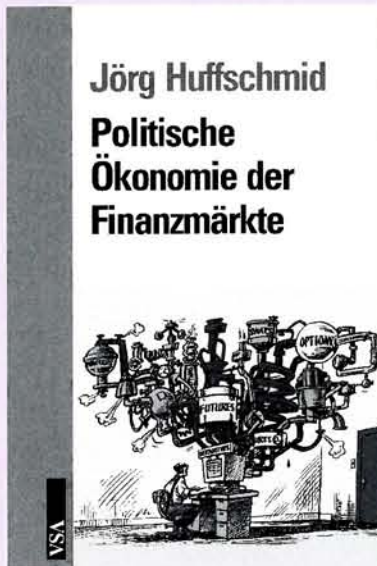
PapyRossa

ISBN 3-89438-199-X, Broschur: 570 Seiten,
DM 58,00/EUR 29,60/SFR 52,50/OS 429,00

Wie Rassismus entsteht und zu Faschismus wird, Antifaschismus in beiden deutschen Staaten, Geschichtspolitik im vereinten Deutschland.

PapyRossa Verlag
Luxemburgerstr. 202 - 50937 Köln
Tel.: 0221/444845 - Fax: 0221/444305
papyrossa@koeln-online.de/ www.papyrossa.de

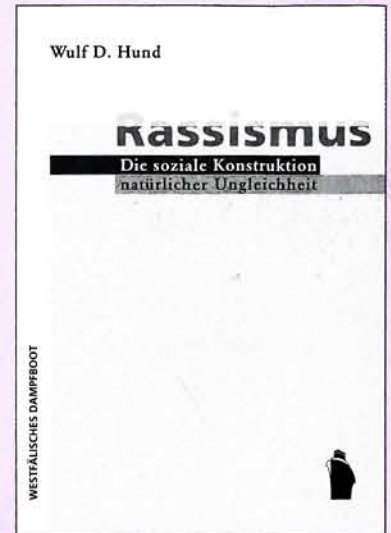
Hier gibt's was!



1 Jörg Huffs Schmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 248 S., Ladenpreis DM 29,80



2 Dagmar Everding/Michael Kruse/Harald Kugel (Hg.): Demokratie in Deutschland, 176 Seiten, Ladenpreis DM 28,00



3 Wulf D. Hund: Rassismus. Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit, 173 S., Ladenpreis DM 29,80

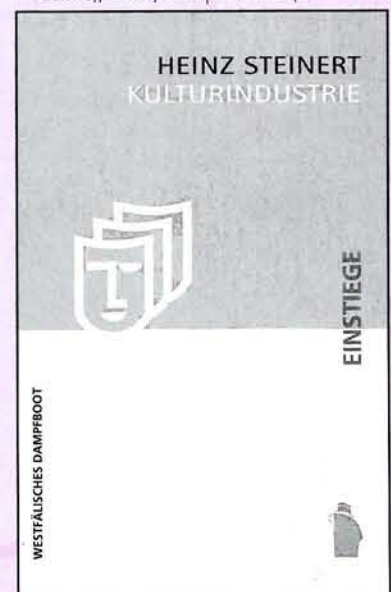
4 Elmar Altvater/Frigga Haug/Oskar Negt u.a.: Turbo-Kapitalismus, 220 Seiten, Ladenpreis DM 32,80



5 Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.): Der Kosovo-Krieg, 228 Seiten, Ladenpreis DM 24,80



6 Heinz Steinert: Kulturindustrie (Einstiege Band 5), 218 S., Ladenpreis DM 29,80



Abo-Prämien 2000

spw